

G 2/66 EX



# MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

**3'74** MÄRZ



# VW Industriemotoren. Die bringen die Sache sofort ins Laufen.

VW-Industriemotoren arbeiten mit der gleichen Zuverlässigkeit und der gleichen Ausdauer wie alle VW-Motoren.

Sie brauchen wenig Wartung. Haben ein geringes Gewicht und eine hohe Lebensdauer. (Übrigens: Achsen, Felgen, Getriebe und andere Fahrwerksteile können Sie ebenfalls bei VW kaufen. Aus der Großserie. Deshalb günstig.)

VW-Industriemotoren können überall leicht angeschlossen werden. Damit die Sache läuft und läuft und läuft.



## Stadtautobahnen

**Planung · Bau · Betrieb**

Herausgegeben von Stadtdirektor Dipl.-Ing. E. Oehm. Mit Beiträgen zahlreicher namhafter Fachleute. 548 Seiten mit 367 Abbildungen, 72 Tabellen und 6 Übersichtsplänen. Format 21 X 30 cm. Ganzgewebe DM 145,—

In der BRD — und sicher auch in den meisten anderen Ländern — gibt es noch keine einheitlichen Planungsrichtlinien für den Bau von Stadtautobahnen. So wird dieses erste umfassende Werk auf diesem Gebiet eine ganz wesentliche Hilfe sein für alle in den Großstädten tätigen Verkehrsplaner und Straßenbauer, aber ebenso auch für die anderen, an der Verwirklichung ihrer Stadtentwicklung und ihrer Generalverkehrspläne beteiligten kommunalen Stellen.

Alle Aspekte, die von den verschiedenen Seiten in unterschiedlichster Auffassung vorgebracht werden, finden in diesem neuen Handbuch ihre Berücksichtigung. Durch diese Gesamtschau der Probleme und Lösungen wird vor allem das im kommunalen Bereich so wichtige gegenseitige Verständnis aller Beteiligten gefördert werden — ob sie an Grundsatzentscheidungen, an den einzelnen Stufen der Planung bzw. an dem Bau von städtischen Autobahnen mittelbar oder unmittelbar mitwirken.

Das Buch ist ein wesentlicher Beitrag zum notwendigen zukunftsorientierten, humanen Städtebau. Denn eine der Hauptaufgaben ist heute die Bewältigung des innerstädtischen Individualverkehrs. Hier bietet sich in erster Linie der Bau von richtig konzipierten Stadtautobahnen im Rahmen der kommunalen Gesamtverkehrsplanung an, um damit die Voraussetzungen für ein gut funktionierendes Nahverkehrssystem und für autofreie Fußgängerzonen zu schaffen.



**Bauverlag GmbH · 62 Wiesbaden 1 · 1 Berlin 31**

# MAGAZIN 3'74



## Seite 5:

„Zweimal im Jahr“ — Probealarme dienen der Funktionsprüfung und unterrichten die Bevölkerung über die Sirensignale.

## Seite 6:

„Für den Hilfszug schalten alle Signale auf Grün“ — Der Katastrophenschutz der Deutschen Bundesbahn.

## Seite 12:

„Seetüchtiger Feuerlöschkreuzer“ — Modelltyp für eine neue Generation großer Löschboote.

## Seite 13:

„Bedienungswirrwarr“ — Wann werden die Betätigungseinrichtungen von Feuerlöschern endlich vereinheitlicht?

## Seite 19:

„Was gedenkt die Regierung zu tun...“ — Aus der Fragestunde des Deutschen Bundestages.

## Seite 20:

„Generalprobe“ — Vorführung eines ABC-Zuges vor dem Deutschen Feuerwehrverband.

## Seite 22:

„Wohin mit 300 Obdachlosen?“ — Eine Katastrophenschutz-Übung im Verwaltungsbezirk Berlin-Zehlendorf.

## Seite 25:

„Abschied vom Amt“ — Vizepräsident Dipl.-Ing. Schmitt trat in den Ruhestand.

## Seite 26:

„Vorauslöschfahrzeug wurde Hilfsrüstwagen“ — Die Erprobung des Prototyps auf einer Versuchsstrecke zeigte gute Ergebnisse.

## Seite 29:

„UdSSR: Vorsorge für Krieg und Frieden“ — Mobile veterinärärztliche Betreuungsstation für verseuchtes Vieh.

## Seite 64:

„Von der Bergwacht bis zur Rettung aus Seenot“ — Freiwillige Helfer im Gespräch mit dem Bundespräsidenten.

## Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 49 50 71

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder  
Alfred Kirchner  
Werner Koller  
Dr. Werner Schiefel

## Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Postfach: 450247; Ruf: (02 21) 49 50 71

## Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek — Reinhold Budde  
im Mönch-Verlag Bonn

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,  
599 Altena, Postfach 137  
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311


## Anzeigenverwaltung:

BAUVERLAG GMBH — ZS 55.1  
62 Wiesbaden 1, Postfach  
Wittelsbacherstraße 10  
Tel. (0 61 21) 7 49 51  
Telex: 04 186 792  
Anzeigenleiter: Manfred W. Kleinfeld  
Anzeigen-Preisliste Nr. 2 — gültig  
ab 1. 7. 1973

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit

Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.  
Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

 Tatsächlich verbreitete Auflage: 106.100 Exemplare IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

### Mehr Geld für den Rettungsdienst in NRW

Über 5000 Menschen könnten in Nordrhein-Westfalen jährlich nach Herzinfarkten, Vergiftungen oder Unfällen vor dem Tode gerettet werden, wenn ihnen rechtzeitig geholfen würde. Das erklärte Prof. Hans Lauber (SPD) bei der ersten Lesung eines Gesetzentwurfs über den „Rettungsdienst“ vor dem nordrhein-westfälischen Landtag. Lauber gab den „volkswirtschaftlichen Schaden“ eines plötzlichen Todesfalles mit durchschnittlich 200 000 DM an. In NRW entstehe jährlich ein Verlust von einer Milliarde DM. Allein diese gewaltige Zahl rechtfertige große finanzielle Anstrengungen. Aus diesem Grunde forderte er gemeinsam mit dem FDP-Sprecher Hellbig eine feste Beteiligung des Landes an den Kosten. Der Gesetzentwurf sieht für die Kreise und kreisfreien Städte, die Träger des Rettungswesens sein werden, nur „Zuschüsse nach Maßgabe des Haushaltsplanes“ vor. Für Rettungsdienst und Krankentransport werden heute in Nordrhein-Westfalen jährlich 75 Millionen DM ausgegeben. Diese Kosten werden sich durch das neue Gesetz nahezu verdoppeln.

### Kulturgüterschutz

Eine Neuauflage der Broschüre „Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“ hat das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz herausgegeben. Das Heft enthält den vollen Wortlaut der Haager Konvention vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgütern bei bewaffneten Konflikten mit den zugehörigen Ausführungsbestimmungen, das Haager Protokoll vom 14. Mai 1954 über den Schutz von Kulturgut sowie das deutsche Ratifikationsgesetz

vom 11. April 1967 unter Berücksichtigung des am 14. 8. 1971 in Kraft getretenen Änderungsgesetzes vom 10. 8. 1971. Mit der Herausgabe dieser Schrift kommt die Bundesrepublik Deutschland ihrer Verpflichtung nach, den Gedanken des Schutzes von Kulturgütern zu verbreiten. Ein einleitender Aufsatz von Bernd Dietmar Scheer, Regierungsdirektor im Referat für internationale kulturpolitische Angelegenheiten im Bundesministerium des Innern, führt in die Zielsetzungen der Konvention ein. Der Titel des Beitrags „Brachland Kulturgutschutz — Provozierende Bemerkungen anstelle einer Einführung“ deutet an, auf welche psychologischen, organisatorischen und vor allem finanziellen Probleme die praktische Verwirklichung der Konvention in der Bundesrepublik stößt. Trotz aller Bedenken kommt der Autor zu dem Schluß, daß mit



der Haager Konvention ein wirksames Instrument zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten gegeben zu sein scheint, welches im israelisch-arabischen Konflikt seine erste praktische Bewährungsprobe bestanden hat. Kulturgutschutz ist auch im Atom-Zeitalter durchaus möglich, aber leider ist er bei uns bis heute ein Stiefkind der Bundesfinanzen geblieben.

### Besser mit Gurt

Nachdem alle neuen Automobile in der Bundesrepublik seit Beginn

dieses Jahres mit Sicherheitsgurten ausgestattet sein müssen, soll zum 1. Juni 1976 auch die Anschnallpflicht eingeführt werden, wie Bundesverkehrsminister Lauritzen im Bundestag ankündigte. Mit einer großen Kampagne soll zuvor für das Anlegen der Sicherheitsgurte geworben werden.

Tödliche Verletzungen kommen nach Feststellungen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit in Wien bei im Auto angeschnallten Passagieren erst bei Geschwindigkeiten von über 100 km/h vor, während bei nicht angegurteten Personen schon ab 20 km/h tödliche Unfälle möglich sind. In Frankreich gingen die tödlichen Unfälle im Jahre 1973 um 5,9 Prozent zurück. Die Anlegepflicht für Sicherheitsgurte war dort im Juli 1973 eingeführt worden.

### DLRG-Erfolgsbericht 1973

Insgesamt 594 Menschen (1972: 598) wurden im vergangenen Jahr von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) im Bundesgebiet und in West-Berlin vor dem Ertrinken gerettet. In 67 Fällen erfolgte der Einsatz der Rettungsschwimmer unter Lebensgefahr bzw. unter besonders schwierigen Umständen. Bei 216 Geretteten mußten Wiederbelebungsverfahren angewendet werden. In 54 001 Fällen leisteten Rettungsschwimmer Erste Hilfe; 5476mal konnten sie Wassersportler bergen.

Von der DLRG wurden 1973 insgesamt 810 356 Schwimmprüfungen (1972: 718 746) abgenommen. Ferner legten 108 949 Rettungsschwimmer (1972: 102 437), davon 25 690 weibliche (1972: 23 178), ihre Prüfung ab. Die Zahl der von der DLRG in den letzten 24 Jahre Ausgebildeten hat sich damit auf fast 11,3 Millionen, darunter mehr als 1,77 Millionen Rettungsschwimmer, erhöht.

Die DLRG unterhielt 1973 im Bundesgebiet und in West-Berlin insgesamt 941 feste und 364 bewegliche Rettungswachstationen. Für den Rettungsdienst standen neben 738 Motorbooten insgesamt 402 Ruderboote, 470 Rettungsbretter, 1533 Wiederbelebungs- und 1764 Tauchgeräte sowie 185 Einsatzwagen und 1213 Funksprechgeräte zur Verfügung. Bei Katastrophenfällen waren im vergangenen Jahr 661 Sondereinsätze der DLRG notwendig.

## Preis für Krebsforschung an THW-Helfer



Dr. med. Werner, seit Mai 1971 aktiver Helfer im THW-Bezirksverband Hamburg-Nord, wurde mit dem vom Landesverband für Krebsbekämpfung und Krebsforschung

vergebenen Konietzny-Preis für das Jahr 1973 ausgezeichnet. Den mit 10 000,— DM dotierten Preis erhielt Dr. Werner zusammen mit einem Kollegen für eine Untersuchungsarbeit über Magenkrebs. Der Fachtitel lautet: „Experimentelles Anastomosencarcinom, ein Beitrag zur Pathogenese des Magenstumpfcarcinoms“. Einfacher ausgedrückt: Es waren die Voraussetzungen zu untersuchen, unter denen an einem Magenstumpf Krebsgeschwüre entstehen können. Die Hamburger Helfer sind stolz auf ihren Kameraden Werner; sie gratulieren ihm zu dieser Auszeichnung und wünschen ihm weiterhin viel Erfolg beim Kampf gegen die Geißel der Menschheit.

## Soforthilfe für Niger

Das Auswärtige Amt teilt mit: Die Bundesregierung hat Kenntnis davon erhalten, daß von den Sahel-Ländern die Republik Niger gegenwärtig in besonders alarmierendem Maße unter der Dürrekatastrophe zu leiden hat. Sie hat daraufhin zur Linderung der schlimmsten Not der Bevölkerung von Niger 3000 Tonnen Hirse als Soforthilfe gespendet.

## Brandkatastrophe im Hochhaus

180 Menschenleben forderte ein Großbrand, der vier Stunden lang in einem 25stöckigen Hochhaus im Geschäftsviertel der brasilianischen Großstadt Sao Paulo wütete. Das Feuer war im zwölften Stockwerk in einem Schacht der Klimaanlage ausgebrochen. Da das moderne Bürogebäude keine feuersicheren Treppenhäuser oder Notausgänge hatte und die Leitern der Feuerwehr nur bis zum 13. Stock reichten, gab es für die meisten Menschen in den oberen Stockwerken kein Entrinnen mehr. Viele von ihnen sprangen auf



Das brennende Hochhaus.

das Dach eines benachbarten Hauses, um den Flammen zu entgehen. Ungefähr 20 Personen sollen dabei in den Tod gestürzt sein. Hitze und Rauch waren so stark, daß zunächst keine Hubschrauber auf dem Dach landen konnten, wo zahlreiche Menschen auf ihre Rettung warteten. Inzwischen erhob sich eine Flut von Vorwürfen wegen der fehlenden Sicherheitseinrichtungen in dem Hochhaus. Der Bürgermeister von Sao Paulo setzte wenige Tage nach dem Unglück neue Feuerschutzbestimmungen für Bauvorhaben der Stadt in Kraft. Könnte sich eine ähnliche Brandkatastrophe auch in der Bundes-

republik ereignen? Der Frankfurter Branddirektor Ernst Achilles meint, daß auch bei uns zahllose Menschen in Hochhäusern und anderen vielräumigen Gebäuden in ständiger Gefahr sind, weil eine rasche Räumung im Brandfall einfach nicht möglich ist. Er hält die Sicherheitsvorschriften für gänzlich unzureichend. Seine Forderungen: Alle Hochhäuser müssen mindestens zwei Sicherheitstreppehäuser erhalten; sie müssen mit automatischen Feuermeldeanlagen und mit „Vollsprinklern“ ausgestattet werden; es dürfen nur noch Isoliermaterialien benutzt werden, die nicht brennbar sind.

# Veranstaltungen der BVS-Bundesschule

Die Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz führt im Mai und Juni folgende Veranstaltungen durch:

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit vom bis	Meldung bei der	
			Dienststelle bis zum	Landesstelle bis zum
44	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	7. 5. — 10. 5.	25. 3. 74	1. 4. 74
45	BVS-Fachlehrgang Brandschutz (findet an der BVS-Schule Rheinland- Pfalz in Birkenfeld statt)	7. 5. — 10. 5.	25. 3. 74	1. 4. 74
46	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	7. 5. — 10. 5.	25. 3. 74	1. 4. 74
47	Informationsseminar	7. 5. — 10. 5.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
48	BVS-Fachlehrgang Bergung (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	14. 5. — 17. 5.	1. 4. 74	7. 4. 74
49	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	14. 5. — 17. 5.	1. 4. 74	7. 4. 74
50	Arbeitsseminar Zivile Verteidigung	14. 5. — 17. 5.	1. 4. 74	7. 4. 74
51	Arbeitsseminar Brandschutzgruppe (findet an der BVS-Schule Rheinland- Pfalz in Birkenfeld statt)	28. 5. — 31. 5.	14. 4. 74	21. 4. 74
52	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil I	28. 5. — 31. 5.	14. 4. 74	21. 4. 74
53	Informationsseminar	28. 5. — 31. 5.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
54	Informationsseminar	5. 6. — 7. 6.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
55	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer (Anreise am 18. 6. bis 15 Uhr)	19. 6. — 21. 6.	2. 5. 74	12. 5. 74
56	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil I (Anreise am 18. 6. bis 15 Uhr)	19. 6. — 21. 6.	2. 5. 74	12. 5. 74
57	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst (Anreise am 18. 6. bis 15 Uhr)	19. 6. — 21. 6.	2. 5. 74	12. 5. 74
58	Informationsseminar	19. 6. — 21. 6.	Einladung erfolgt durch die Bundesschule	
59	Arbeitsseminar Bergungsgruppe (findet an der BVS-Schule Niedersachsen in Voldagsen statt)	25. 6. — 28. 6.	11. 5. 74	18. 5. 74
60	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	25. 6. — 28. 6.	11. 5. 74	18. 5. 74
61	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Redner	25. 6. — 28. 6.	11. 5. 74	18. 5. 74

## Zweimal im Jahr

Probealarme dienen der Funktionsprüfung und unterrichten die Bevölkerung über die Sirensignale



**Im Führungsraum eines Warnamtes: Der Warn- und Alarmdienst gibt Meldungen zur Gefahrenlage. (Siehe auch unser Titelbild)**

Der Warn- und Alarmdienst, einer der wichtigsten Teile des Zivilschutzes in der Bundesrepublik, ist einsatzfähig. Der Ausbau des Sirennetzes mit 60 000 Sirenen ist soweit fortgeschritten, daß etwa 80 % der Bevölkerung durch die Sirensignale erreicht werden. Außerdem sind ca. 13 000 Behörden, wie Führungsstellen des

Zivilschutzes und der Polizei, Feuerwehr, Rundfunk, Krankenhäuser, außerdem lebenswichtige Betriebe, Versorgungseinrichtungen usw. durch Warnstellen mit den Warnämtern verbunden. Die Inhaber der Warnstellen werden über alle Alarme, d. h. auch über die Probealarme, besonders informiert; im Ernstfall erhalten sie laufende Durchsagen über die Gefahrenlage.

Bei Probealarmen werden die ersten drei Signale in der Regel zentral durch die zehn Warnämter ausgelöst. Zur zusätzlichen Erprobung der dezentralen Auslösung kann eines der Signale nochmals durch den örtlichen Zivilschutzleiter gegeben werden. Auf diese Weise wird auch das Funktionieren einer örtlichen Alarmierung erprobt. Zwar sind die Sirenen heute technisch weitgehend perfektioniert, um jedoch jeder Panne vorzubeugen, ist der halbjährliche Probelauf unerlässlich.

Außerdem überprüfen die Techniker des Zivilschutzes bei dieser Gelegenheit die ausreichende Beschallung der jeweiligen Wohngebiete mit Phonogeräten, damit nötigenfalls eine Erweiterung des Sirennetzes vorgenommen werden kann. Dies gilt besonders für Neubaugebiete. Neben der Überprüfung der technischen Funktionsbereitschaft der Sirenen dienen die halbjährlichen Probealarme, wie in anderen Staaten, auch bei uns dazu, die Bevölkerung mit der Bedeutung der Sirensignale vertraut zu machen.


Bei künftigen Probealarmen soll die Bevölkerung vor allem auch auf das Signal „Katastrophenalarm“ hingewiesen werden. Es ist geplant, daß die regionalen Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie auch die örtlichen


Dienste im Falle einer Katastrophe mit Lautsprecherwagen über Ausmaß und Schutzmöglichkeiten informieren. Bei einem Probealarm bietet sich im übrigen auch eine gute Gelegenheit, die Bevölkerung an unsere gehörlosen Mitbürger zu erinnern. Sie nämlich müssen in solchen Fällen durch ihre Nachbarn alarmiert werden. Dies ist bei Probealarm nicht erforderlich, wohl aber bei allen anderen Gelegenheiten, bei denen die Bevölkerung wichtige und dringende Informationen über Lautsprecherwagen, durch Rundfunk und Fernsehen erhält. Probealarm kann man übrigens nicht mit dem Ernstfall verwechseln: Probealarme beginnen immer mit der Entwarnung.

Jeder Probealarm löst in der Bundesrepublik stets von neuem eine Diskussion über den Sinn der Sirenen und letztlich den Sinn des gesamten Zivilschutzes aus. Zu diesem Thema hat man in der Schweiz eine Statistik erarbeitet, aus der sich folgendes ergibt: Selbst da, wo es keine Schutzräume gibt — und das trifft für die Bundesrepublik leider weitgehend zu — können die Verluste bei der Explosion einer 20-kt-Bombe über einer Stadt mit 130 000 Einwohnern 25 % geringer sein, wenn rechtzeitig gewarnt wurde und so wenigstens eine behelfsmäßige Deckung aufgesucht werden konnte.


Übrigens: der Warn- und Alarmdienst, ursprünglich nur für den Verteidigungsfall geplant, wird heute auch friedensmäßig genutzt, besonders für die Alarmierung der Feuerwehr und der Bevölkerung bei größeren Katastrophen. Ferner ist seine Mitbenutzung bei Aufgaben des Umweltschutzes und der Klima-beobachtung vorgesehen.


## SIRENENSIGNALE IM FRIEDEN UND IM VERTEIDIGUNGSFALL

**Feueralarm**  1 Minute Dauerton zweimal unterbrochen

**Katastrophenalarm**  1 Minute Dauerton zweimal unterbrochen, nach 12 Sekunden Pause 1 Minute Dauerton

**Luftalarm**  1 Minute Heulton

**ABC-Alarm**  1 Minute Heulton zweimal unterbrochen, nach 30 Sekunden Pause Wiederholung

**Entwarnung**  1 Minute Dauerton

Katastrophenschutz bei der Deutschen Bundesbahn

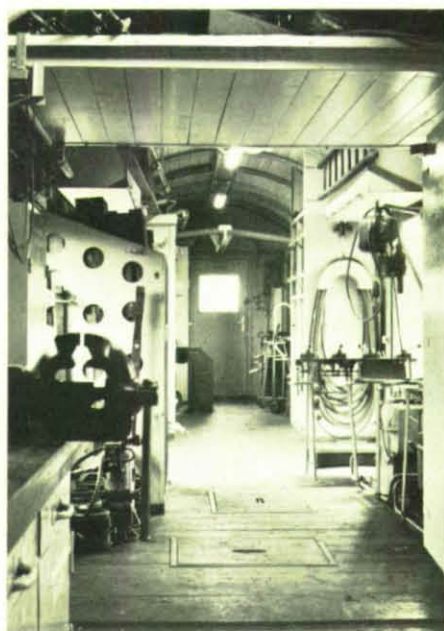
## Für den Hilfszug schalten alle Signale auf „Grün“

von Werner Schiefel · Fotos: Günter Sers/DB-Bildarchiv

Schweres Zugunglück auf einer vielbefahrenen Eisenbahnstrecke: Mehrere Waggons entgleist, Tote und Verletzte, ein undurchdringliches Gewirr von Stahltrümmern. Meistens ist die Polizei als erste am Unglücksort. Großalarm wird ausgelöst. Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Krankenwagen eilen herbei. Während Sanitäter sich um die Verletzten kümmern, während Brennschneidtrupps des THW die in den Trümmern eingeklemmten zu befreien suchen, vergißt der Beobachter leicht, daß dies alles auf einer belebten Verkehrsader geschieht. Wie bei einem Unfall auf der Straße muß die Unglücksstelle schnellstens gesichert werden, um weiteres Unheil zu verhindern. Dies ist Sache der Deutschen Bundesbahn, auf deren Gelände sich die Katastrophe ereignet hat. Und sobald die Verletzten geborgen sind, sobald Helfer die in akuter Lebensgefahr schwebenden Menschen versorgt und in das nächste Krankenhaus gebracht haben, ist wiederum die Bundesbahn am Zuge: Jetzt heißt es, so schnell wie möglich entgleiste Wagen und Loks wieder auf die Schienen setzten, die Strecke freiräumen, beschädigte Gleisanlagen und Fahrleitungen reparieren. Welche technischen und organisatorischen Vorkehrungen für solche Notfälle gibt es? Wie sieht der Katastrophenschutz der Deutschen Bundesbahn aus?

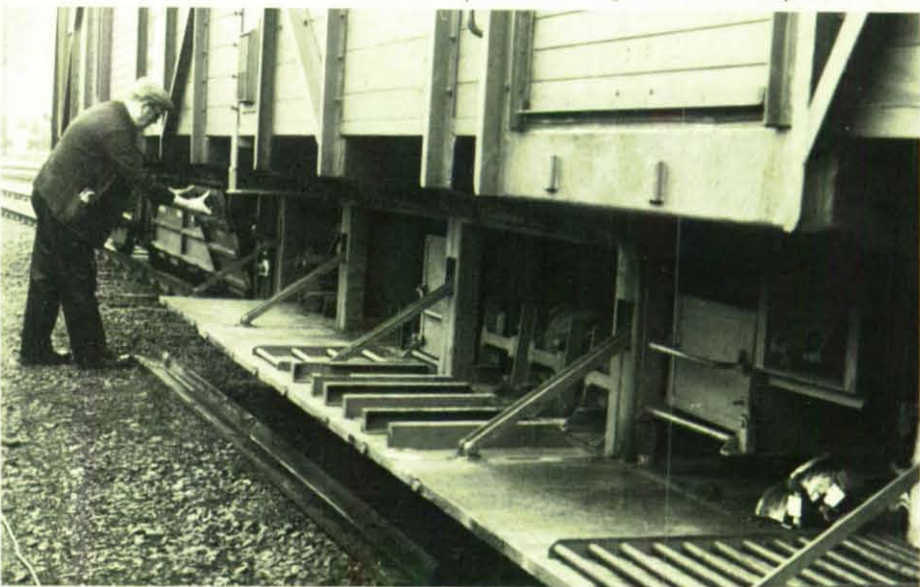
### Alarmpläne liegen bereit

Nach einem Eisenbahnunglück wird meistens der allgemeine Rettungsdienst früher alarmiert als die Bundesbahn — z. B. von einem Passanten oder Bewohnern eines in der Nähe liegenden Hauses, die Zeuge des Unglücks geworden sind. Die Bundesbahn ist diejenige Institution, der die Koordination der Rettungs- und Instandsetzungsarbeiten zufällt. Die Einsatzleitung übernimmt deshalb meistens der Amtsvorstand des jeweils zuständigen Betriebsamtes. Mit den anderen Hilfsorganisationen



Ein Blick ins Innere des Gerätewagens der Deutschen Bundesbahn, der mit seinen vielfältigen technischen Hilfsmitteln bei Bahnbetriebsunfällen aller Art eingesetzt wird.

gibt es Absprachen über die Zusammenarbeit im Notfall; auch mit Krankenhäusern und Ärzten werden Vereinbarungen getroffen.



Besonders großes oder schweres Werkzeug oder Gerät lagert in großen Kästen unterhalb des Waggons.

Katastrophen- und Alarmpläne liegen bereit.

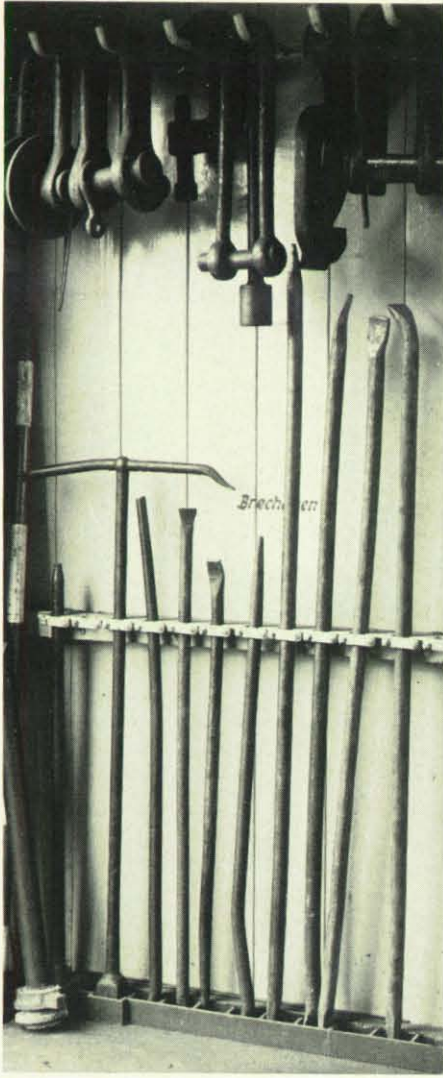
Das gesamte Schienennetz der Deutschen Bundesbahn ist in einzelne Meldeabschnitte unterteilt. Vom Zugführer eines am Unfall beteiligten Zuges oder einem anderen Bahnbeamten wird der zuständige Fahrdienstleiter benachrichtigt. Dieser hat zuerst eine Reihe von Sicherungsaufgaben zu erledigen. Damit in der Hektik des Augenblicks das Richtige getan und nichts vergessen wird, geht er nach einer Checkliste vor, die ihn daran erinnert, was am dringlichsten zu tun ist:

- Signale auf Halt
- Meldung „Betriebsgefahr, haltet Züge zurück“, ggf. auch Gefahrensignal
- Betroffene Gleise gesperrt
- Fahrstrom abgeschaltet

Sobald diese Punkte abgehakt sind, werden verschiedene Personen und Institutionen innerhalb und außerhalb des Bundesbahnbereichs an Hand eines Meldeplans unterrichtet bzw. alarmiert. Dann fahren die jeweils benötigten Rettungs- und Hilfsfahrzeuge hinaus.

Der aus zwei bis drei Wagen bestehende Hilfszug bildet die Basis des bahneigenen Katastrophen-





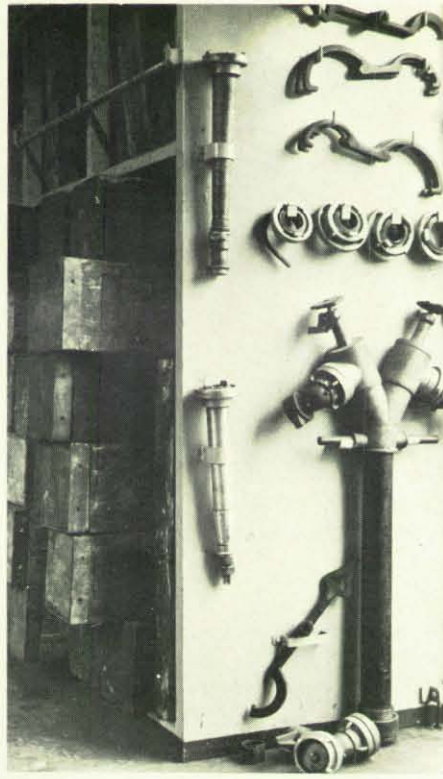
Zur Ausrüstung des Gerätewagens gehören Notkupplungen und Brecheisen ...

schutzes. Seine Hauptaufgabe besteht darin, entgleiste Schienenfahrzeuge aufzugleisen und die Gleisanlagen für den weiteren Betrieb freizuräumen. Die Kranwagen verschiedener Größe müssen immer dann für die Aufgleisungs- und Aufräumungsarbeiten eingesetzt werden, wenn die Hebezeuge in den Gerätewagen nicht ausreichen oder aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht eingesetzt werden können.

Der Turmtriebwagen ist ein Spezialfahrzeug für die Beseitigung von Schäden oder Störungen an den Fahrleitungen.

Bei den Bauzügen handelt es sich um Spezialzüge, die für den Gleisbau vorgehalten werden, jedoch auch bei großen Unfällen oder Naturkatastrophen im Gleisbereich bei der Instandsetzung helfen.

Die Schwerkleinwagen — im Alltag ebenfalls mit dem Gleisbau beschäftigt — sind bei den für die



... Schlauchanschlüsse und Unterleghölzer.

Unterhaltung des Gleisoberbaus verantwortlichen Bahnmeistereien stationiert. Sie können bei Eisenbahnunfällen in unwegsamem Gelände oder an schwer zugänglichen Stellen — z. B. in einem Tunnel — zur Bergung von Verletzten eingesetzt werden.

Darüber hinaus gibt es bei den größeren technischen Dienststellen der Bundesbahn auch noch einige Straßenrettungsfahrzeuge: die Feuerlöschfahrzeuge der Bahnbetriebswerke und die Einsatzwagen der Fahrleitungsmeistereien.

Zum Katastrophenschutz im weiteren Sinne könnte man schließlich auch noch die Schneeräumfahrzeuge zählen.

### Tag und Nacht bereit

Die Hilfszüge oder Gerätewagen (eine andere Bezeichnung für die

gleiche Sache) stehen mit ihrer Spezialausrüstung und ihrer besonders ausgebildeten Mannschaft für den Einsatz bei Bahnbetriebsunfällen aller Art bereit.

Es sind dies nicht nur spektakuläre Eisenbahnunglücke, sondern auch viele kleine Unfälle, von denen die Öffentlichkeit kaum Kenntnis nimmt: ein Güterwagen, beim Rangieren aus den Schienen gesprungen, ein harmloser Brand irgendwo im Bahnhofsgelände.

An allen wichtigen Knotenpunkten des Bahnnetzes sind die Gerätewagen stationiert. Im Bereich der Bundesbahndirektion Köln gibt es zehn von ihnen. In der Regel stehen sie in den Bahnbetriebswerken; denn hier ist immer eine fahrbereite Lok in der Nähe, um den Zug zur Unfallstelle zu schleppen.

Tag und Nacht muß der Gerätewagen bereitstehen. Die Männer von der wöchentlich wechselnden Mannschaft des Hilfszuges befinden sich ständig in Rufbereitschaft. Es sind ungefähr sechs Mann, die bei einem Einsatz mit hinausfahren. Oft arbeiten auch mehrere Ausländer in der Mannschaft. In dem Team des Hilfszuges, der im Bahnbetriebswerk Köln-Deutzerfeld steht, arbeiten gegenwärtig nur zwei Deutsche.

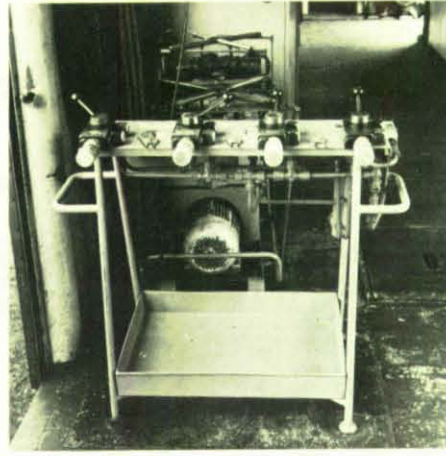
Die Spezialausrüstung der Gerätewagen ist so vielseitig und umfassend, daß die Mannschaft meistens in der Lage ist, mit ihrer Hilfe die entstehenden Schäden in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beheben — auch bei einem Zusammenstoß oder einer Entgleisung auf freier Strecke.

### Nachhilfeunterricht

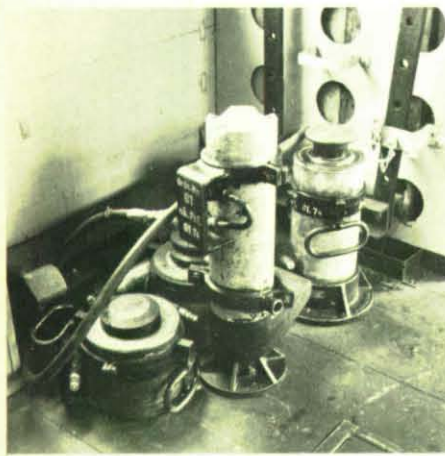
Damit die Ausrüstung stets auf dem neuesten Stand der technischen Entwicklung bleibt, bereist ein „Lehrhilfszug“ regelmäßig die Direktionsbezirke. Seine Aufgabe ist die „Nachschulung“ der Besatzung. Der Zug ist mit den neu entwickelten Geräten ausgerüstet, um die Männer vom Hilfszug damit vertraut zu machen. Von außen ist der Hilfszug für den Nichteingeweihten kaum als solcher zu erkennen: zwei unauffällige gräuliche Waggons. Wie viele andere Loks und Wagen stehen sie scheinbar planlos irgendwo auf dem Bahnhofsgelände herum. Nur die Aufschrift am Kopfende „Einheitshilfsgerätewagen“ deutet auf ihre besondere Bewandnis hin.



**Der Hilfszug als Werkstatt.** Im Hintergrund Sauerstoff- und Azetylenflaschen.



**Von diesem Steuerpult aus werden die an den entgleisten Wagen angesetzten Hebegeräte millimetergenau bewegt.**



**Mit Hilfe der Hebestempel werden tonnenschwere Waggons zur Aufgleisung hochgestemmt.**

Ein Blick ins Innere ist aufschlußreicher: Sorgfältig geordnet und an den Seiten aufgestellt oder aufgehängt oder in deutlich beschrifteten Kästen oder Schränken verstaut, bietet sich dem Betrachter eine Fülle von technischen Hilfsmitteln aller Art. Das mitgeführte Material reicht in jedem Fall für zwanzig Stunden Arbeit aus.

Da gibt es feuersicheres und funkenfreies Werkzeug, Schweißbrenner, Sauerstoff- und Azetylenflaschen mit den dazugehörigen Schläuchen, Kabel und Stahlseile, Brechstangen und Unterleghölzer, Notkupplungen, Steigeseisen und Sicherheitsgurte, Hemmschuhe und Keile. Und zum Schutz der Hilfstrupps bei ihrer Arbeit: Atemschutzgeräte, Asbestanzüge, Stahlhelme; und weiter: Wintermäntel, Gummistiefel, Gummihandschuhe.

Auch Leuchtstofflampen liegen bereit. So lange, bis nach einem Unfall auf freier Strecke ein Notanschluß vom nächsten Stellwerk zur Unfallstelle gelegt ist, sorgt bei Dunkelheit ein mit Diesel getriebenes Notstromaggregat für die Beleuchtung. Mit einem kleinen Kran werden die benötigten Utensilien aus dem Hilfszug herausgehoben. Besonders großes oder schweres Werkzeug und Gerät lagert in großen Kästen unterhalb des Waggons — den „Unterflurkästen“ —, die von der Seite her zugänglich sind.

### **Stempel hebt 120 Tonnen**

Natürlich ist der Hilfszug mit allerlei Winden und hydraulischen Hebe­geräten ausgerüstet: Hebestempel in verschiedenen Größen, die von einer Öl­druck­presse bewegt werden, stemmen die Waggons zur Aufgleisung hoch. Unterleghölzer liegen bereit, um die Heber richtig ansetzen zu können (Eisen auf Eisen rutscht) oder um in Sand oder Lehm eine Widerstandsfläche zu schaffen. Bis zu 120 Tonnen heben die von einem Schalt­pult aus gesteuerten Stempel. Alte Eisenbahner erinnern sich noch an den Vorgänger des jetzt gebräuchlichen „Lukas-Gerätes“, das sogenannte „Deutschland-Gerät“. Es handelte sich um eine Luft­presse, die mit Wasserdruck arbeitete. Wasser war damals immer zur Stelle: in der Dampflok. Um umgestürzte Loks oder Kesselwagen aufzurichten, bedient man sich des „Pratzenhebers“. Er greift mit seinen „Pratzen“ in eine um den Rumpf des Wagens gelegte Kette und zieht ihn auf diese Weise empor.

Mit Hilfe der Aufgleisschiene wird der Eisenbahnwagen dann in die richtige Position gebracht. Ein einzelner Mann kann mit Hilfe dieser Geräte tonnenschwere Lasten dirigieren: Vom Steuerpult aus werden die Hebe­geräte millimetergenau bewegt, so daß kleinste horizontale und vertikale Verschiebungen der entgleisten Wagen möglich sind. Ein weiteres Exemplar aus dem Arsenal des Geräte­wagens ist das Hilfsdrehgestell, auf dem Waggons aufgebockt werden, deren Achse blockiert ist.

### **Kaffee­pause möglich**

Die schwere Arbeit der Hilfszug-Teams dauert oft viele Stunden. Von Zeit zu Zeit brauchen sie eine Pause zur Erholung oder zum Aufwärmen. Deshalb wird stets ein Mannschaftswagen mitgeführt, ausgestattet mit einer kleinen Küche, Tisch und Bänken, Heizung und Toilette. Für eine Übernachtung ist er nicht eingerichtet, da spätestens nach acht Stunden eine Ablösung der Hilfsmannschaft fällig wird. Früher gehörte zu einem kompletten Hilfszug auch ein Arztwagen mit einem vollständig eingerichteten Operationsraum. Aber nur selten wurden hier Verletzte behandelt: Die Sanitätsfahrzeuge, die auf dem Straßenwege herbeieilten, waren fast immer eher am Ort. Heute übernimmt der Hilfszug ausschließlich Aufräumarbeiten. Der Rettungseinsatz, die Hilfe in einer akuten Notlage fällt anderen Organisationen zu, die dafür besser geeignet sind. Die Rettung von Menschen allerdings steht immer an erster Stelle. Und im Notfall werden auch die Männer vom Hilfszug mithelfen, Verletzte zu versorgen, Eingeschlossene zu befreien. Im Geräte­wagen liegen Wolldecken und Verbandmaterial bereit. Die Mannschaft ist zudem in Erster Hilfe ausgebildet. Wenn nötig, werden auch die „Bahnärzte“ eingesetzt, deren eigentliche Aufgabe in der betriebsärztlichen Versorgung der Bediensteten besteht.

### **Hilfe von der Schiene**

Daß ein Geräte­wagen bei einem Unglück Hilfe leistet, von dem die Eisenbahn nicht direkt betroffen ist, wird sicher ein seltener Ausnahmefall sein. Dennoch ist bei einer Katastrophe in der Nähe des Gleisbereichs

die „Hilfe von der Schiene“ denkbar. Dafür ein Beispiel aus jüngster Zeit: Eine schwere Explosion in einem dreistöckigen Kühlhaus hatte den Schlachthof von Baden-Baden in ein Trümmerfeld verwandelt. Herbeigeeilte Helfer suchten fieberhaft nach Verschütteten und Verletzten. Es fehlte an Schneidbrennern. Da der Schlachthof Gleisanschluß hat, bat man die Bundesbahn, mit ihrem Gerätewagen auszuhelfen. Der Hilfszug rollte heran. Hilfeleistung in dem Umfange, wie man sie sich erhofft hatte, war allerdings nicht möglich: Wegen des ausströmenden Gases bestand hochgradige Explosionsgefahr, so daß Schweißgerät und Schneidbrenner nicht eingesetzt werden durften. Die Hilfszugmannschaft konnte lediglich die Hindernisse entfernen, die bei der Explosion auf das Anschlußgleis geschleudert worden waren.

Der Hilfszug dient fast ausschließlich — es sei noch einmal wiederholt — dem Aufgleisen von Lokomotiven und Waggons, die aus den Schienen gesprungen sind. Wenn es darum geht, zerstörte Gleisanlagen wiederherzustellen — sei es nach einem Bahnbetriebsunfall oder nach einer Naturkatastrophe wie zum Beispiel einem Bergbruch —, wird der für den Gleisbau vorgehaltene Bauzug herbeigeführt. Dieser Spezialzug stellt eine eigene Dienststelle dar und besteht aus etwa 100 Mann.

### F-Zug muß warten

Wer an Bilder von schweren Eisenbahnunglücken denkt, dem wird gleich der große Kran einfallen, der besonders schwere Loks wieder aufrichtet, ineinander verkeilte Fahrzeuge auseinanderzieht oder einen die Böschung hinabgestürzten Waggon emporhebt. Die Hilfskräne der Bundesbahn, die gleichmäßig verteilt im ganzen Bundesgebiet stationiert sind, haben verschiedene „Gewichtsklassen“. Als Beispiel hier die Bundesbahndirektion Köln: Sie verfügt über einen 10-t-Kran, zwei 25-t-Kräne und einen 45-t-Kran. Von den Superkränen mit einer Tragfähigkeit von 90 Tonnen gibt es nur zwei in der Bundesrepublik.

Auch der schwerfälligste Kran ist wie die anderen Hilfsfahrzeuge der Bundesbahn in wenigen Stunden am Unfallort: Als „eiliger Hilfszug“ genießt er absoluten Vorrang. Selbst jeder F-Zug muß warten, um die freie Durchfahrt zu ermöglichen. In ständiger Rufbereitschaft wartet die



Der Arztwagen mit einem vollständig eingerichteten Operationsraum gehört nicht mehr zur Standardausrüstung des Hilfszuges.



Ein moderner Teleskopkran der Bundesbahn. Seine Tragfähigkeit beträgt bei 6,60 Meter Ausladung 45 Tonnen.

Besatzung dieses technischen Sonderwagens auf ihren Einsatz. Die fünfköpfige Mannschaft — ein Meister, ein Kranbediener und mehrere Hilfskräfte — ist das ganze Jahr über auf der Achse. Bei weit mehr als 100 Einsätzen pro Jahr führen sie ein wahres „Zigeunerleben“. Der an den Kran angehängte Wohn- und Mannschaftswagen versucht, diesen Zustand erträglich zu machen: Kabinen in der Größe eines doppelten Zugabteils enthalten Bett, Tisch und Schränke. Eine vollingerichtete Küche dient zugleich als Wohnraum. Ein paar Sessel verbreiten einen Hauch von Gemütlichkeit. In Köln-Nippes steht einer der zehn 45-t-Kräne der Bundesbahn. Der

Ausleger ist so konstruiert, daß er unter eingeschalteter Fahrleitung arbeiten kann. Dort, wo die Gleise nicht elektrisch überspannt sind, ist er bis zu einer Steillage von 60° einsetzbar.

Das stählerne Ungetüm darf mit 80 km/h gefahren werden. An Ort und Stelle kann der Kranwagen sich auch mit eigener Kraft im Schrittempo bewegen, um in die richtige Arbeitsposition zu gelangen. Dies ist der modernste profilfreie Teleskopkran der Deutschen Bundesbahn. Seine Tragfähigkeit beträgt bei 6,60 Meter Ausladung 45 Tonnen; wird der Ausleger auf seine volle Länge von 13,50 Meter herausgeschoben, vermindert sich die Trag-



Die Besatzung des Kranwagens führt ein wahres „Zigeunerleben“. Der Wohn- und Mannschaftswagen verbreitet einen Hauch von Gemütlichkeit.



Auch bei Gleisarbeiten finden die Kranwagen der Bundesbahn Verwendung.

fähigkeit auf 14 Tonnen. In erster Linie wurde der Kran zum Aufgleisen konstruiert. Zwei Kräne dieser Größe sind in der Lage, eine E-Lok auf die Schienen zu setzen.

Der Kran wird auch bei Brückenarbeiten eingesetzt und dient zur Aufstellung von Fahrleitungsmasten sowie zur Verladung von Maschinen und Containern. Für weitere Zwecke kann er von der Bundesbahn angemietet werden.

Der vor den Kran angekuppelte Kranschutzwagen schützt den Ausleger, der über die Puffer hinausragt. Ein Gerätewagen — ähnlich ausgestattet wie beim Hilfszug — ergänzt den aus insgesamt vier Wagen bestehenden Kranzug.

### Gefährliche Arbeit am Leitungsdraht

Häufig wird bei Eisenbahnunfällen die elektrische Fahrleitung beschädigt. Dann tritt der Turmtriebswagen in Aktion, der die Unterhaltung der Fahrleitung besorgt. Der Bügel auf dem Dach ist kein Stromabnehmer; er mißt lediglich den Anpreßdruck der Leitung auf den Bügel der E-Lok. Der Wagen fährt mit Diesel; Höchstgeschwindigkeit: 100 km/h.

Die mit einem Schutzgitter versehene Bühne auf dem Dach kann in alle Richtungen geschwenkt werden, um die Arbeiter an die richtige Stelle zu hieven. Im Innern des Wagens: eine verwirrende Fülle von Werkzeugen und Ersatzteilen, sorgfältig in tausend Fächern verstaut.

Die Arbeit an der Fahrleitung ist nicht ungefährlich. Es gibt deshalb besonders strenge Sicherheitsvorschriften. Mit einem Funksprechgerät wird die Verbindung zum zuständigen Fahrdienstleiter hergestellt. Einer aus der Mannschaft des Turmtriebwegens — der „Schaltantragsteller“ — ist der Verbindungsmann zum Schaltposten. Nach dem Abschalten des Stroms werden Erdungsstangen in die Leitung eingehängt, durch welche möglicherweise noch vorhandene Spannung abgeleitet wird.

### Unfälle mit dem rollenden Rad

Der Katastrophenschutz der Deutschen Bundesbahn — so die Direktion in Köln — „ist in etwa vergleichbar mit einem Werkschutz.“ Bei den Rettungs- und Hilfsfahrzeugen handelt es sich fast ausschließlich um schienegebundene Spezialfahrzeuge,

die für die besonderen Erfordernisse bei Bahnbetriebsunfällen entwickelt wurden. Ihre Hauptaufgabe: nach Unfällen, „die mit dem rollenden Rad zusammenhängen“, die Betriebsanlage schnellstens wieder herzurichten. Natürlich hat die Bundesbahn auch für andere Betriebsunfälle Vorsorge getroffen. Zum Beispiel für einen Brand im Bahnhofsgelände: Ein Feuerlöschlageplan liegt bereit. Er gibt Auskunft über Schieber und Absperrhähne der noch aus der „Dampfzeit“ überkommenen Wasserleitung; auch darüber, wo gefährliche, d. h. brennbare oder explosible Güter gelagert sind.

Bei größeren Bränden muß die allgemeine Feuerwehr helfen. Auch bei Unfällen, bei denen radioaktive Stoffe frei werden, wassergefährdende Stoffe auslaufen oder Gas ausströmt, ist die Bahn auf Rettungsorganisationen mit besonders ausgebildeten Kräften angewiesen, da ihr nicht die notwendigen eigenen Rettungsgeräte und Spezialisten in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

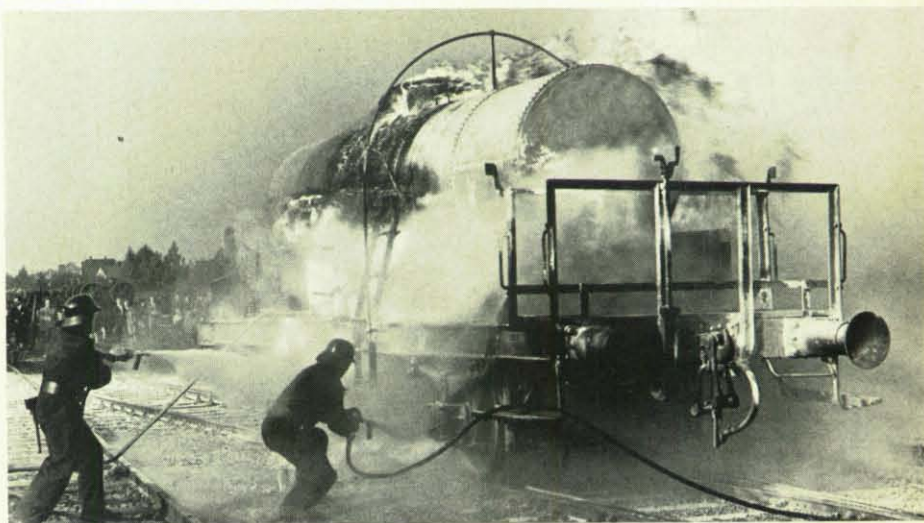


Da die Arbeit an der Fahrleitung nicht ungefährlich ist, gibt es hierfür besonders strenge Sicherheitsvorschriften.

### Wer schaltet den Strom ab?

Bei größeren Unfällen kann die Bundesbahn nie auf die Mithilfe der verschiedenen Hilfsorganisationen verzichten. Die Katastrophenabwehrpläne der örtlichen Stellen der Deutschen Bundesbahn geben genaue Auskunft darüber, wo bei bestimmten Ereignissen Hilfe anzufordern ist. Andererseits ist es notwendig, daß die kommunalen Behörden in ihren Katastrophenabwehrplänen die zuständigen Stellen der Deutschen Bundesbahn aufnehmen, damit die Hilfsorganisationen ohne zeitraubende Rückfragen sich sofort an die verantwortlichen Stellen der DB wenden können. Das ist nicht nur bei Eisenbahnunfällen wichtig: Bei Bränden in der Nähe von Fahrleitungen z. B. muß die Feuerwehr wissen, wer für das Abschalten des Stromes zuständig ist.

Trotz aller erdenklichen Sicherheits-einrichtungen kann es immer wieder zu schweren Eisenbahnunfällen kommen. Durch Absprachen mit Feuerwehr und Bundeswehr, mit dem Technischen Hilfswerk, mit Sanitätsorganisationen, Ärzten und Krankenhäusern und mit den Stationen der Rettungshubschrauber hat die Bundesbahn eines sichergestellt: Wo und wann immer sich auf ihrem Schienennetz ein Unfall ereignet, ist stets schnelle Hilfe in der Nähe.



Eine Übung der Bahnfeuerwehr. „Feuerlöschlagepläne“, die in jedem Bahnhof bereitliegen, erleichtern die Rettungsarbeiten.



Zum Katastrophenschutz der Deutschen Bundesbahn gehören auch die schienengebundenen Schneeräumfahrzeuge.

# Seetüchtiger Feuerlösch- kreuzer

Modelltyp für eine  
Generation großer  
Löschboote

Unter den vielen Gefahren, denen Seeschiffe bei Personen- und Güterbeförderung ausgesetzt sind, spielt die Brandgefahr eine besondere Rolle. Einmal macht die spezifische Bauart für Schiffe eine Brandbekämpfung an Bord recht schwierig, zum anderen steht nur in ganz seltenen Fällen fremde Hilfe zur Verfügung. Zwar gelten für den baulichen und betrieblichen Brandschutz auf Seeschiffen strenge Bestimmungen mit international gültigem Charakter, doch haben Schiffsbrandkatastrophen der Vergangenheit gezeigt, daß Brände, die über die Größe von Entstehungsbränden hinauswachsen, Ausmaße annehmen, über die eine Schiffsbesatzung dann nicht mehr Herr werden kann.

Viele Brände, insbesondere Ladungsbrände, die auf Fremdzündung, z. B. auf die Nichtbeachtung des Rauchverbots beim Laden und Löschen zurückzuführen sind, werden bereits im Hafen oder schon bald nach Reisebeginn festgestellt. Andere Brände, hier sind es besonders die Ladungsbrände infolge Selbstentzündung, treten erst nach längerer Reise auf. In beiden Fällen steht Seewasser in ausreichender Menge zum Löschen zur Verfügung, dennoch macht die Unzugänglichkeit des Brandherdes die Bekämpfung des Feuers recht schwierig. Die Anwendung anderer Mittel der Brandbekämpfung als das Löschen, wie z. B. das Unterbinden der Luftzufuhr, das Fluten von einzelnen Abteilungen, die Zufuhr von Kohlendioxid aus der CO<sub>2</sub>-Anlage, sind gewöhnlich nur Möglichkeiten, das Feuer unter Kontrolle zu halten, bis entweder ein Hafen angelaufen werden kann oder ausreichende Hilfe von außen eintritt.

Eine solche Hilfe in Form eines seegehenden Löschkreuzers, dessen

Einsatzmöglichkeiten nicht nur auf Häfen oder hafennahe Bereiche beschränkt sein werden, wurde jetzt in Bremerhaven in Dienst gestellt. Der Neubau (150 BRT) kann gleichzeitig zu Hilfeleistungen bei Ölunfällen, leichten Bergungsarbeiten und notärztlichen Versorgung eingesetzt werden. Die Besatzung besteht aus drei Mann im Schiffsdienst und bis zu zehn Feuerwehrmännern im Ernstfall. Das Schiff ist so ausgerüstet, daß ein Dauereinsatz von 5 Tagen auf See möglich ist. Besetzt wird der „Löschkreuzer Weser“ durch die Feuerwehr Bremerhaven. Drei Motoren von zusammen 4300 PS ermöglichen dem 32,5 m langen und 6,75 m breiten Neubau (Tiefgang 2 m) eine Geschwindigkeit von etwa 20 sm/h.

Die Feuerlöscheinrichtung setzt sich aus zwei doppelflutigen Spezialgehäusepumpen (360 cbm/h = 100 l/s bei 120 m Förderhöhe und 720 cbm/h = 200 l/s bei 58 m Förderhöhe) zusammen. Beide Pumpen können über vier Anschlüsse als Bergungspumpen arbeiten. An Bord des Schiffes befinden sich 24 Schlauchanschlüsse für Wasser und Schaum-Wassergemisch sowie drei ferngesteuerte Wasserwerfer mit einer Leistung von je 2400 Litern Wasser pro Minute und einer Wurfweite von 90 Metern bei Wasser und 60 Metern bei Schaum. Einer dieser Wasserwerfer steht auf einem hydraulisch auf 17 Meter Höhe ausfahrbaren Feuerlöschurm, um Brände auf hochbordigen Großschiffen bekämpfen zu können. Am Heck können zusätzlich vier Verschäumungsbatterien mit 16 Rohren bei einer

Schaumleistung von 150 cbm/min bei 75facher Verschäumung zum Abdecken von Wasserflächen aufgebaut werden.

Der Feuerwehrgeräte Raum ist u. a. mit Schweiß- und Brenngeräten, Atemluftkompressoren, Schlauch- und Beleuchtungsgeräten ausgestattet. Außerdem befinden sich ein Schlauchboot mit Außenbordmotor für fünf Mann, eine Krananlage mit 1 t Tragkraft sowie eine Scheinwerferanlage, hydraulisch ausfahrbar auf 17 m über Wasser, an Bord. Der Feuerlöschkreuzer wurde in der Außenweser von der Werft an den Auftraggeber des Schiffes, den Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Oswald Brinkmann, übergeben, der das Schiff dem Senator für Inneres, Helmut Fröhlich, als dem Dienstherrn der Feuerwehr Bremerhaven, zum Betrieb auslieferte. Senator Brinkmann dankte dem Bundesminister für Verkehr, der durch Ministerialdirigent Dr. Prietze vertreten war, für die gute Zusammenarbeit, die in diesem speziellen Fall zu einer Verwaltungsvereinbarung über den gemeinsamen Bau und Betrieb eines Feuerlöschbootes geführt hat.

An dem Baupreis in Höhe von 4,7 Mill. DM beteiligen sich der Bund, vertreten durch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Bremen, und das Land Bremen je zur Hälfte. Die gleiche Kostenteilung gilt für den Betrieb des Schiffes.

Der „Feuerlöschkreuzer Weser“ soll mit seiner vielseitigen technischen Ausstattung der Modelltyp für eine neue Generation moderner Löschkreuzer sein. -fr-



Das erste seetüchtige Feuerlöschboot der Bundesrepublik ist jetzt in Bremerhaven in Dienst gestellt worden. Unser Bild zeigt die „Weser“ bei einer Löschdemonstration.

Foto: Nordsee-Zeitung/Perret

Helmut Freutel

# Bedienungswirrwarr



Die Bilder zu dem nachfolgenden Beitrag geben nur einen kleinen Einblick in die Typenvielfalt bei Feuerlöschern. Daß sie zu einer Verunsicherung der Benutzer führt, die zumeist Laien sind, steht außer Zweifel.

Wann werden die Betätigungseinrichtungen von  
Feuerlöschern endlich vereinheitlicht?

Fotos: Kurt Hilberath

## Die Bedeutung der Feuerlöscher

Obwohl viele von ihnen jahraus, jahrein in irgendeinem Winkel kaum beachtet und leicht angestaubt herumhängen, stehen Feuerlöscher im Ansehen der Bevölkerung ziemlich hoch. Weiß doch fast jeder, daß sie im Falle eines Brandes ganz plötzlich als Helfer in der Not höchste Bedeutung erlangen. Ihr größter Vorzug ist wohl die ständige sofortige Einsatzbereitschaft. Weitere Vorzüge sind:

- Mit Feuerlöschern kann man Entstehungsbrände erfolgreich bekämpfen.
- Mit mehreren Feuerlöschern kann man Kleinbrände an ihrer Weiterentwicklung hindern.
- Mit mehreren Feuerlöschern kann man Brände hinhalten, also die Brandabwehr bis zum Eintreffen der Feuerwehr verstärken.

- Es ist leicht, Feuerlöscher an geeigneten, leicht zugänglichen Stellen aufzubewahren.
- Es ist leicht, sie instandzuhalten.
- Es ist leicht, Feuerlöschertypen entsprechend der dem mutmaßlichen Einsatzort zugehörigen Brandklasse bereitzustellen.

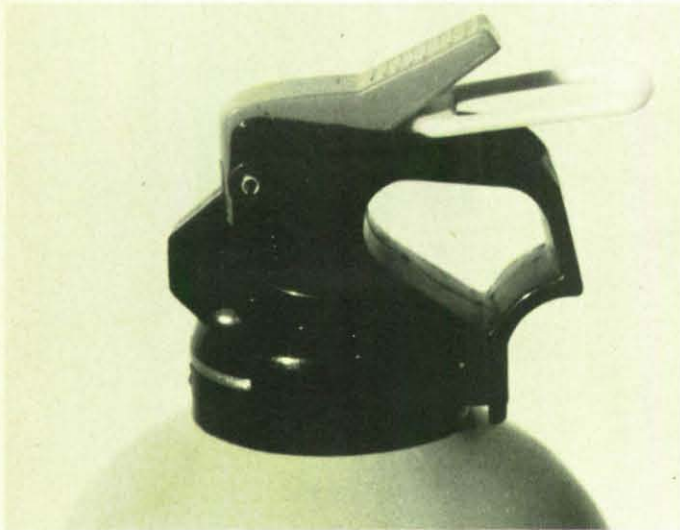
Die Bedeutung, die Feuerlöscher im vorbeugenden Brandschutz erlangt haben, ist aber auch in den vielen amtlichen Vorschriften zu sehen, die für Produktions- und Lagerstätten, öffentliche Gebäude u. v. a. m. die Bereitstellung einer angemessenen Zahl von einsatzbereiten Feuerlöschern vorschreiben.

Wer z. B. Personen beschäftigt, gehört entweder zu einer gewerblichen oder landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, zu einem Gemeindeunfallversicherungsverband oder unterliegt den Unfallversicherungsvorschriften

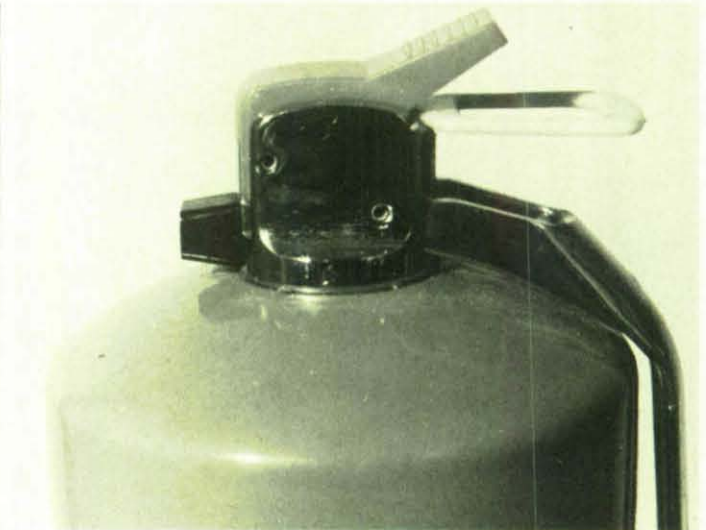
seines Landes, seiner Stadt oder einer bundesgesetzlichen Unfallversicherung. In den Unfallverhütungsvorschriften heißt es dort wörtlich oder sinngemäß: „Zum Löschen von Bränden und zur Rettung von Personen aus Feuersgefahr sind Vorkehrungen zu treffen. Feuerlöschgeräte sind der Art und der Größe des Betriebes entsprechend bereitzustellen. Sie sind gebrauchsfertig zu erhalten, auch gegen Einfrieren zu schützen und in bestimmten Zeitabschnitten zu prüfen; der Prüfvermerk ist am Feuerlöscher anzubringen. Mit ihrer Handhabung sind Personen in angemessener Anzahl vertraut zu machen.“

## Brandklassen

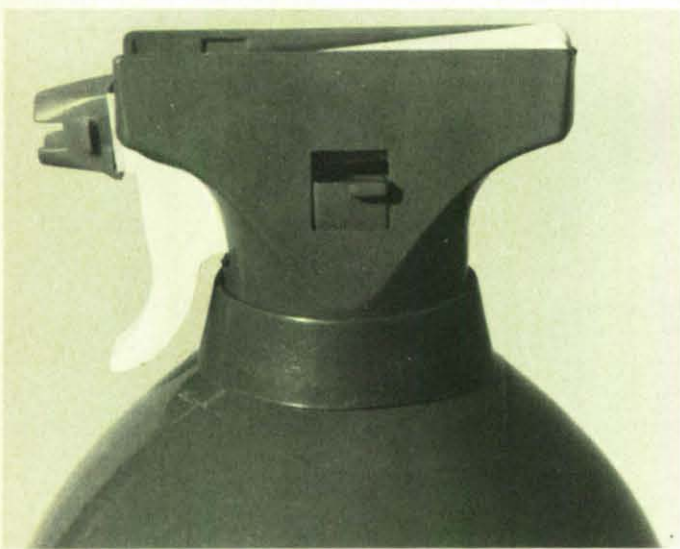
Das Bedienen der Feuerlöscher und ihre richtige und erfolgreiche Anwendung bei der Brandbekämpfung ist



PG 1 L und PG 2 L. Druckhebelmechanismus aus Kunststoff. Der Hebel ist mit einer Kunststoffflasche gesichert.



PG 2 L. Druckhebelmechanismus aus Kunststoff. Klappbarer Traghebel und Formstück der Armatur aus Metall. Hebel mit einer Kunststoffflasche gesichert.



PG 1 L und PG 2 L. Hebelmechanismus aus Kunststoff. Abzugshebel mit einem Kunststoffstreifen gesichert.



PG 6 H. Hebelmechanismus mit Tragegriff. Hebel mit einem Kunststoffsplint gesichert. Löschmittelschlauch am Formstück angeschraubt.



an sich kinderleicht. Doch werden einige grundlegende Kenntnisse vorausgesetzt.

- Es liegt in der Natur der Sache, daß nicht jeder Feuerlöscher zur Bekämpfung aller Arten von Bränden benutzt werden kann.
- Bei der Anschaffung von Feuerlöschern ist ihr Verwendungszweck zu berücksichtigen und die Brandklasseneignung zu beachten.
- Weil Löschmittelinhalt und Löschdauer von der Größe des Gerätes abhängen und begrenzt sind, müssen taktische Gesichtspunkte beachtet werden, damit eine optimale Löschwirkung erzielt werden kann.
- Die Löschtaktik muß der Art des Brandes und des brennenden Stoffes angepaßt werden.

Folgende Brandklassen werden unterschieden:

**Brandklasse A:** Brennbare feste Stoffe (flammen- und glutbildend), z. B. Holz, Papier, Stroh, Textilien, Kohle u. ä.

**Brandklasse B:** Brennbare flüssige Stoffe (flammenbildend), z. B. Benzin, Benzol, Öle, Fette, Lacke, Teer, Alkohol u. ä.

**Brandklasse C:** Brennbare gasförmige Stoffe (flammenbildend), z. B. Methan, Propan, Wasserstoff, Acetylen, Stadtgas u. ä.

**Brandklasse D:** Brennbare Leichtmetalle, z. B. Aluminium, Magnesium, und ihre Legierungen, ausgenommen Alkalimetalle.

**Brandklasse E:** Brände der Klassen A—D in Gegenwart elektrischer Spannung. (Nach der Europäischen Norm wird die Brandklasse E in Zukunft entfallen.)

## Gerätearten und Konstruktionsmerkmale

Welcher Feuerlöscher für welche Brandklasse geeignet ist, muß auf jedem amtlich zugelassenen und typgeprüften Feuerlöscher vermerkt sein. Je nach der Art des Löschmittels sind manche Feuerlöscher auch für mehrere Brandklassen geeignet. Zur Kennzeichnung der Geräteart dient auch der Anfangsbuchstabe des Löschmittels:

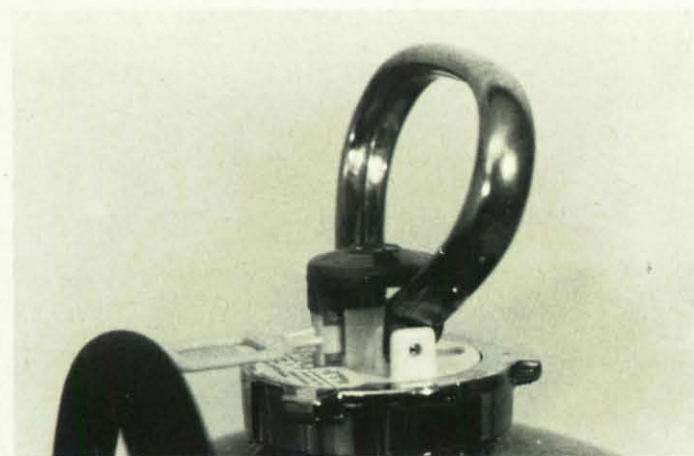
W = Wasserlöscher  
 S = Schaumlöscher  
 P = Pulverlöscher für reine Flammenbrände  
 PG = Pulverlöscher für Flammen- und Glutbrände  
 Ha = Halonlöscher  
 K = CO<sub>2</sub> — (Kohlensäure) Löscher.  
 Zu dieser Vielfalt an Löschmitteln kommen noch die verschiedenen



PG 6 H. Löschmittelbehälter mit schraubbarer Metallverschlußkappe. Sicherheitsventil in Verschlußkappe eingebaut. Ausführung für anliegende Treibmittelflasche. Tragegriff seitlich angeschweißt.



PG 6 H. Demontierte außenliegende Treibmittelflasche und Verschlußkappe. Flasche mit Drehventil und Handrad. Handrad mittels Plombendraht gesichert.



PG 6 H. Schlagarmatur mit klappbarem Tragegriff. Ausführung für innenliegende Treibmittelflasche. Schlagarmatur, Tragebügel und Überwurf-Schraubring sind aus Metall. Formstück aus Kunststoff.



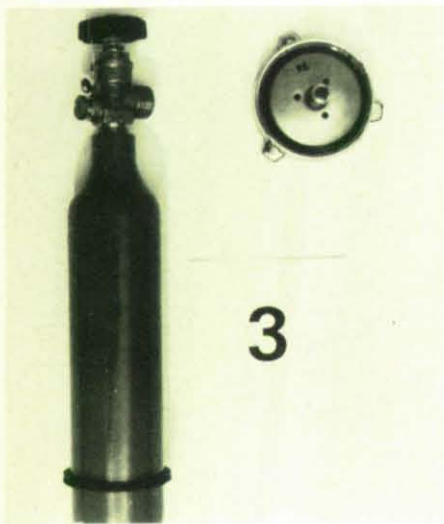
PG 6 H. Hebelarmatur mit Tragebügel aus Kunststoff. Überwurf-Schraubring aus Metall. Die Sicherungseinrichtung besteht aus einem Metallbügel und einem Kunststoffhebel.



PG 2 L. Druckhebelarmatur aus Metall. Klappbarer Tragegriff. Angebautes Manometer. Hebel mittels Plombendraht gesichert.



PG 2 L. Kompakter Bedienungsmechanismus aus Kunststoff. Mechanismus mit zwei Schrauben am Löschmittelbehälter befestigt.



PG 12 H. Demontierte außenliegende Treibmittelflasche und Verschlusskappe. Flasche mit Drehventil und Handrad. Handrad mittels Plombendraht gesichert.

Arten der Treibmittel, die durch chemische Druckerzeugung oder als Druckgas in besonderen Behältern oder als Druckluft oder -gas im Löschmittelbehälter nach der Inbetriebnahme das Löschmittel schlagartig ausstoßen.

Für die einzelnen Gerätearten sind bestimmte Baugrößen festgesetzt worden. Es gibt tragbare Löscher, Sonderlöscher und fahrbare Löschergeräte.

In unserem Staat unterliegen Feuerlöscher einer ordnungsbehördlichen Verordnung, d. h. sie sind typprüfungs- und zulassungspflichtig. Die Typprüfung wird von der Amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte bei der Landesfeuerwehrschule NW in Münster durchgeführt. Grundlagen der Prüfung sind die Prüfbestimmungen für Feuerlöschmittel und DIN 14 406 Bl. 2.

Erst auf Vorschlag der Amtlichen Prüfstelle spricht dann der Innenminister NW die Zulassung aus, die gemäß Verwaltungsvereinbarung zwischen den einzelnen Bundesländern im ganzen Bundesgebiet gültig ist. Die Zulassung ist widerrufbar.

### Technische Entwicklung oder Verspieltheit?

Unterziehen wir die auf dem Markt befindlichen **tragbaren** Geräte, und aus dieser Gruppe wiederum **nur die Pulverlöscher**, einer näheren Untersuchung, so fällt jedem die Verschiedenheit der Bedienungselemente und der Aufhängevorrichtungen auf.

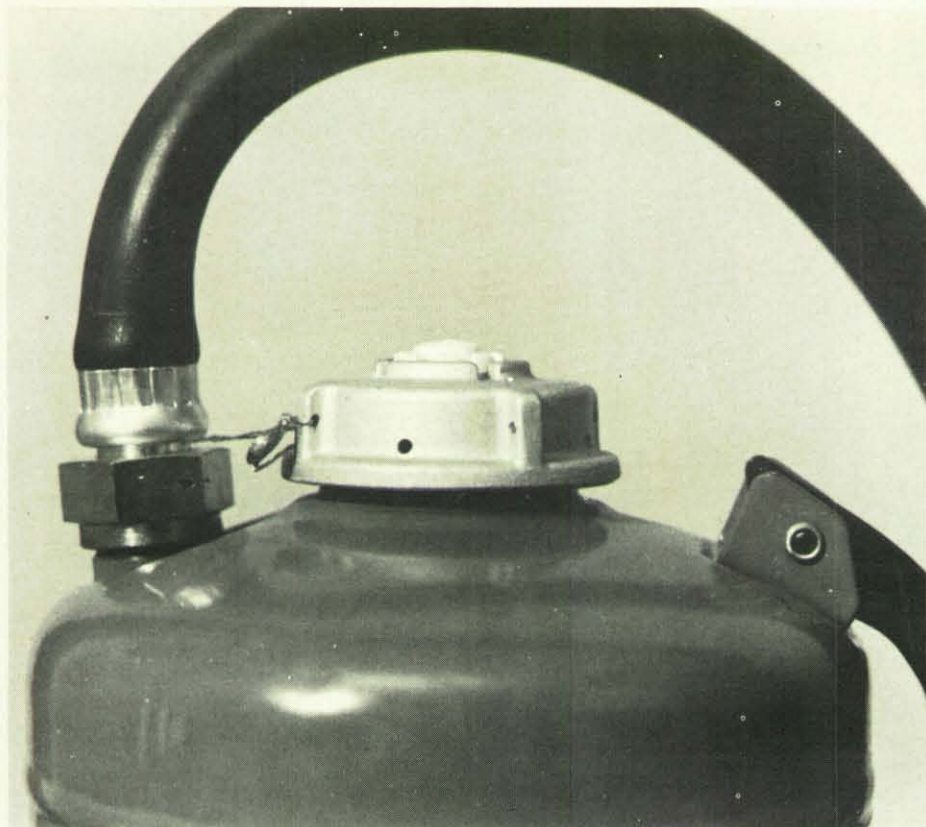
Wenn man davon ausgeht, daß die Normung ja eigentlich den Zweck einer weitgehenden Vereinheitlichung der Geräte haben soll, mit all ihren Vorteilen, wie z. B. der Austauschbarkeit von Bauteilen und der preisgünstigeren Herstellung in größeren Stückzahlen, so muß man sich doch wundern, daß die Hersteller diese Vorteile für sich selbst und die Abnehmer nicht zu nutzen wissen. Eine gewisse Typenvielfalt bei den bereits im Gebrauch befindlichen Feuerlöschern aufgrund ständiger technischer Entwicklung und der langen Lebensdauer der Geräte wird sich nicht vermeiden lassen, doch ist der Verdacht nicht auszuschließen, daß es sich bei dem vorhandenen Wirrwarr oft nur um eine gewisse Verspieltheit der Konstrukteure handelt. Wettbewerbsgründe dürften ebenfalls eine Rolle spielen.

Bei anderen Gegenständen des täglichen Lebens, bei Kraftfahrzeugen, Kinderwagen, Möbeln und der Mode unterworfenen Gebrauchsgütern kann Verspieltheit und ständiges Variieren recht reizvoll sein. Bei Feuerlöschern jedoch, deren schlagartiger und schneller Gebrauch von so großer Bedeutung für Menschenrettung und Schadensverhütung ist, führt die Typenvielfalt zur Verunsicherung der Benutzer, die zumeist Laien sind, und wirkt sich zwangsläufig nachteilig auf den Einsatzwert aus. Der oft zitierte Wettlauf mit der Zeit wird zum Hürdenlauf. Die erste Hürde ist die Wandhalterung, die folgenden sind die Bedienungsmechanismen einschließlich der Sicherheitsvorrichtungen. Die nebenstehenden Fotos, die nur einen Ausschnitt aus dem Wirrwarr der Bedienungsmechanismen bei Feuerlöschern zeigen, sprechen eine eindeutige Sprache.

### Vereinheitlichung als Ziel

Zwar machen die Prüfbestimmungen nach DIN 14 406 für tragbare Feuerlöschgeräte Auflagen für Aufbau und Gestaltung der Geräte, doch lassen sich damit die Unterschiede in den Bedienungselementen und Halterungen der einzelnen Fabrikate leider nicht ausschließen.

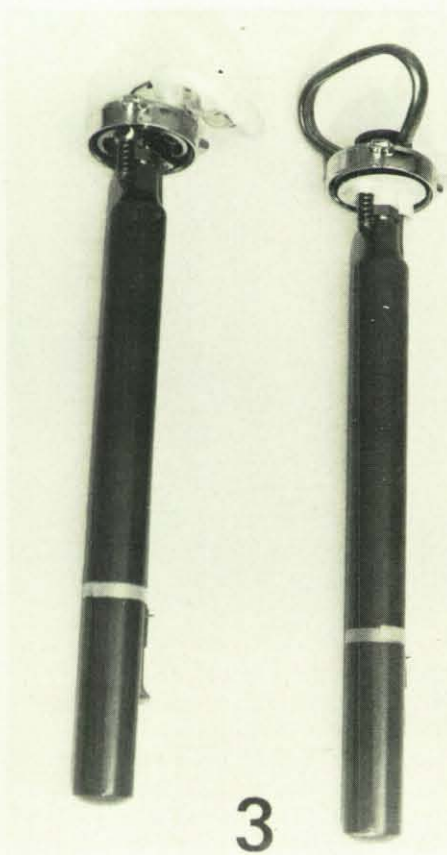
Um eine von vielen Fachleuten für erforderlich gehaltene Änderung herbeizuführen, hat sich das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) in Bad Godesberg bereits im September 1971 an den Fachnormenausschuß Feuerwehrwesen im Deutschen Normenausschuß — DNA — in Berlin gewandt und um Bearbeitung der beiden Themen „Einheitlicher Bedienungsmechanismus“ und „Einheitliches Befestigungssystem“ gebeten. Der Fachnormenausschuß Feuerwehrwesen hat nach seiner Geschäftsordnung die Aufgabe, alle auf dem Gebiet des abwehrenden Brand-schutzes anfallenden Normungsarbeiten aufzugreifen und durchzuführen. Inzwischen bemühen sich unter der Federführung des BzB weitere Bundesbehörden um eine Vereinheitlichung der Betätigungseinrichtungen an Feuerlöschern, und zwar Bundeswehr, Bundespost, Bundesbahn und Bundesgrenzschutz. Auch die Werksfeuerwehren haben ihr Interesse an der Vereinheitlichung bekundet. Nun sollte man meinen, daß bei der Wichtigkeit der Argumente und bei der Masse der potentiellen Erwerber



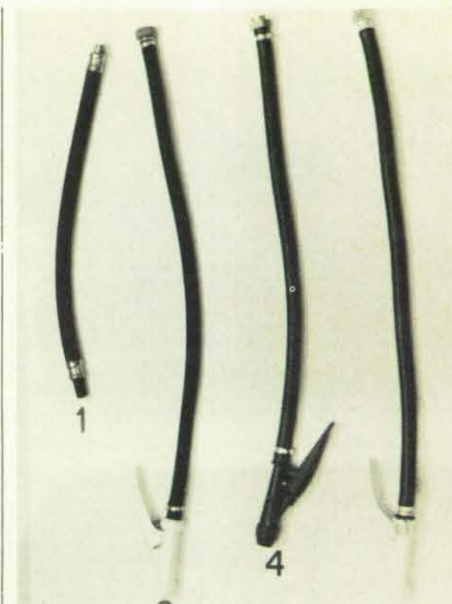
PG 6 H. Löschmittelbehälter mit schraubbarer Behälter-Verschlusskappe. Kappe durch Plombendraht gesichert. Sicherheitsventil in der Verschlusskappe. Klappbarer Traghebel am Löschmittelbehälter. Spritzschlauch am Behälteroberteil angeschlossen.



PG 6 H. Außenliegende Treibmittelflasche am Löschmittelbehälter angeschraubt. Handrad durch Plombendraht gesichert.



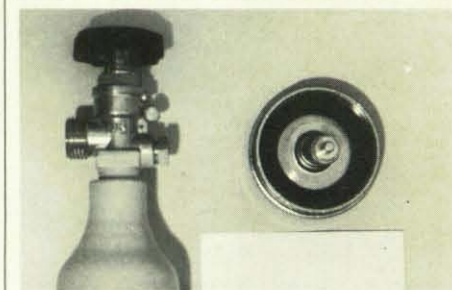
PG 12 H. Innenliegende Treibmittelflaschen mit Bedienungsmechanismen.



PG 6 H. Spritzschläuche für Feuerlöscher. Obwohl die auf dem Bild ersichtlichen Schläuche für den Typ PG 6 H vorgesehen sind, besitzen sie unterschiedliche Längen. Auch das Anschlußgewinde des Schlauchs Nr. 1 weicht von den andern ab; statt der Löschpistole hat er eine Düse.



PG 6 H. Innenliegende Treibmittelflaschen mit Bedienungsmechanismen.



PG 6 H. Demontierte außenliegende Treibmittelflasche und Metallverschlusskappe. Drehventil mit Handrad. Handrad mittels Plombendraht gesichert. Sicherheitsventil in der Behälterverschlusskappe eingebaut.



PG 6 H. Schlagarmatur mit aufschraubbarer Behälter-Verschlußkappe. Ausführung für innenliegende Treibmittelflasche. Sicherheitsventil im Behälterdeckel. Sicherheits-einrichtung besteht aus einer durch Plombendraht gesicherten Kunststoff-Lyraklemme.



PG 6 H. Löschmittelbehälter mit aufgeschraubter Metallverschlußkappe. Angeschweißter Tragegriff. Spritzschlauch am Behälteroberteil angeschlossen. Sicherheitsventil in der Verschlußkappe eingebaut. Ausführung für außenliegende Treibmittelflasche.

PG 12 H. Hebelarmatur mit Tragegriff aus Metall. Betätigungshebel mittels Splint gesichert. Diese Ausführung ist nicht mit einem Spritzschlauch versehen.



PG 6 H. Druckhebelarmatur mit Überwurf-Schraubring. Sicherungseinrichtung mittels Splint. Sicherheitsventil im Behälteroberteil. Spritzschlauch an der Druckhebelarmatur angeschlossen.

**ERLÄUTERUNG:** PG = Pulverlöscher für Flammen- und Glutbrände; 1 oder andere Zahl gibt Löschmittelinhalt in kg an; L = Luft oder Gas unter Pressung im Löschmittelbehälter; H = Hochdruckgas in Treibmittelbehältern.

von Feuerlöschern, wie die angeführten Bundesbehörden sie darstellen, seit der Antragstellung des BzB im September 1971 inzwischen greifbare Ergebnisse vorliegen müßten. Doch weit gefehlt! Auf einer Sitzung des Arbeitsausschusses 4 (Löschmittel, Löschgeräte und Löschanlagen) im



Fachnormenausschuß Feuerwehrwesen (FNFW), die am 26. 4. 1972 in Berlin stattfand, wurde das Thema nur kurz erörtert. Auf der danach vorgesehenen Sitzung am 16. 4. 1973 war das Thema „Vereinheitlichung“ nicht Gegenstand der Tagesordnung, weshalb das BzB beim FNFW schriftlich intervenierte. Diese Tagung konnte dann ohnehin nicht stattfinden. Wie aus dem BzB zu erfahren war, stellten sich auf der Sitzung des Arbeitsausschusses 4 vom 30. bis 31. 10. 1973 organisatorische Mängel heraus. Sowohl der Vorsitzende des AA 4 als auch der Vertreter der Geschäftsführung des FNFW verneinten die Kenntnis der diesbezüglichen Schreiben des BzB. Auf die Ergebnisse zukünftiger Sitzungen darf man gespannt sein. Die praktische Arbeit im Fachnormenausschuß Feuerwehrwesen geschieht in insgesamt neun Arbeitsausschüssen, deren Obmänner teils von den Feuerwehren, teils von der Fachindustrie gestellt werden. Die Ausschubarbeit wird ehrenamtlich geleistet.

### Brandschädenentwicklung

Zahl und Höhe von Brandschäden nehmen von Jahr zu Jahr zu. Innerhalb eines Jahrzehnts stiegen die Schadenaufwendungen der deutschen Feuerversicherer von DM 350 Millionen auf DM 1,8 Milliarden pro Jahr. Nach der Brandursachenstatistik für 1971 des Verbandes der Sachversicherer e. V., Köln, liegen an der Spitze der Brandursachen Schäden durch Rauchen, Asche, Schlacke und Glut mit 30, 23 %. Es folgen die Schäden durch Elektrizität mit 17,62 %. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß mit geeigneten Mitteln viele dieser Brände sofort nach ihrer Entdeckung an der Ausbreitung hätten gehindert werden können. Solch geeignete Mittel wären **einheitlich und leicht zu bedienende tragbare Feuerlöscher**. Sie sind nur ein Beispiel für eine Fülle von Möglichkeiten, den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz wirkungsvoller zu gestalten. Erkenntnisse und Erfahrungen ermöglichen es, einen ganzen Katalog von Brandschutzmaßnahmen anzubieten. Sie laufend zu verbessern, sollte das Anliegen eines jeden sein. Die Vereinheitlichung der Bedienungsmechanismen tragbarer Feuerlöscher wären nur ein weiterer, aber wichtiger Schritt zur Erreichung eines optimalen Brandschutzes.

# Was gedenkt die Regierung zu tun...

Aus der Fragestunde des Deutschen Bundestages

## Fertigbauteile für Nord-Vietnam



Der Bundestagsabgeordnete Johannes Müller (Berlin, CDU/CSU) richtete folgende Anfrage an die Bundesregierung: „Trifft es zu, daß die Bundesregierung dem DRK Steuermittel in Höhe von 1 Million DM zum Ankauf von Fertigbauteilen für den Wohnungsbau in Nordvietnam zur Verfügung stellte und damit Nordvietnam finanziell und moralisch zugunsten der Kriegführung in Südvietnam und Kambodscha — trotz Waffenstillstand — entlastete?“

## Humanitäre Hilfe für Vietnam



Gerhart Rudolf Baum, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, erklärte dazu: „Die Bundesregierung hat für humanitäre Hilfsmaßnahmen in

Südvietnam im Jahre 1973 zunächst 10 Millionen DM vorgesehen. Nach Abschluß des Pariser Waffenstillstandsabkommens beschloß die Bundesregierung am 31. Januar 1973, für bilaterale humanitäre Hilfe in Indochina weitere 10 Millionen DM bereitzustellen. Im Zusammenhang mit diesem Beschluß wurde ausdrücklich festgelegt, daß Hilfe allen betroffenen Ländern Indochinas, nicht nur Nord- und Südvietnam, sondern aus Laos und Kambodscha, einschließlich der kommunistisch beherrschten Gebiete, angeboten werden sollte.

Auf der Grundlage dieser Beschlüsse, die die Billigung sowohl des Haushaltsausschusses wie des Unterausschusses für humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages gefunden haben, hat die Bundesregierung insgesamt 4,090 Millionen DM für die Förderung von Projekten deutscher Hilfsorganisationen, und zwar des Diakonischen Werkes, des Deutschen Caritas-Verbandes und des Deutschen Roten Kreuzes, in der Demokratischen Republik Vietnam bereitgestellt.

Mit der humanitären Hilfe für Nordvietnam hat die Bundesregierung wie in der Vergangenheit an ihrem Prinzip festgehalten, humanitäre Hilfe unabhängig von der Staats- oder Regierungsform des Empfängerlandes zu leisten. Humanitäre Hilfe soll allein die Not der betroffenen Bevölkerung lindern. Diesem Grundsatz dienen auch die von der Bundesregierung in Nordvietnam unterstützten Projekte, die den Aufbau kriegszerstörter Krankenhäuser und Wohnsiedlungen zum Inhalt hatten.“

## Kunststoffe im Brandfall



Eine Frage des Abgeordneten Richard Ey (CDU/CSU): „Hält die Bundesregierung die Sicherheitsbestimmungen — insbesondere den Schutz gegen Vergiftung im Brandfall bei der Verwendung von Kunststoffen — im gesamten Baubereich für ausreichend?“

## Gefährdung eingeschränkt

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Dieter Haack, antwortete darauf in der Fragestunde des Deutschen Bundestages:



„Angesichts einer Reihe großer Brandkatastrophen, insbesondere im Ausland, mißt die Bundesregierung dem in der Anfrage angesprochenen Problem große Bedeutung zu. Generell läßt sich feststellen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die bauaufsichtlichen Anforderungen für die Verwendung von Kunststoffen im Bauwesen im

allgemeinen schärfer sind als im benachbarten Ausland und daß Schäden infolge von Bränden bei der Verwendung von Kunststoffen, insbesondere bei Personen, nach Anzahl und Tragweite auch geringer waren.

Bei der Anwendung von Kunststoffen im Bauwesen und in Gebäuden kann allerdings nur ein Teil der Probleme über technische Baubestimmungen oder andere behördliche Auflagen erfaßt werden. Zum Beispiel entziehen sich die individuellen Einrichtungen — Gebrauchsgegenstände, Dekorationsstoffe, Möbel, Fußbodenbeläge, Verkleidungen aller Art, Raumtrenner und andere — in Räumen und Wohnungen weitgehend behördlicher Einwirkungsmöglichkeit. Der Umfang der Kunststoffverwendung ist bei den individuellen Einrichtungen oft wesentlich höher als bei den eigentlichen Baustoffen.

Der Einsatz von Kunststoffen ist bei Einführung neuer Technologien und der häufig notwendigen Substituierung „klassischer“ Baustoffe oft nicht zu vermeiden. Es ist aber notwendig, aus der Fülle der Kunststoffe den jeweils geeigneten auszuwählen. Hier hat die Bauforschung mit einem ihrer Schwerpunkte — Anwendungsmöglichkeiten neuer Baustoffe und Baukonstruktionen — eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen.“

## In Rettungswagen unzulässig

„Die einschlägigen bautechnischen Bestimmungen — vgl. u. a. Richtlinien der Bauaufsichtsbehörden der Länder zur Verwendung brennbarer Baustoffe im Hochbau — schränken durch Festlegung über die Entzündbarkeit, Verqualmung und Toxizität die Anwendung von Kunststoffen und damit die Gefährdung ein. Zum Beispiel bestehen einschränkende Bestimmungen für Kunststoffanwendungen bei der Ausbildung von Fassaden. Insbesondere ist die Verwendung in Rettungswagen unzulässig. Verschärfende Richtlinien für die Abführung von Rauchgasen in Gebäuden sind in Vorbereitung. Dennoch bestehen und erwachsen ständig Probleme bei der Kunststoffanwendung im Bauwesen. Hierbei bemühen sich Bund und Länder, die in diesem Bereich des Bauordnungsrechts zuständig sind, in den einschlägigen fachtechnischen Gremien laufend um eine wirklichkeitsnahe Erfassung der Risiken und Gefährdungen und hieraus folgend um die Anpassung der entsprechenden Sicherheitsbestimmungen.“

Udo Jacobsen

## Generalprobe

Vorführung eines ABC-Zuges  
vor dem  
Deutschen Feuerwehrverband

Fotos: Kurt Hilberath

Nach Nummer 26 (1) der allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Organisation des Katastrophenschutzes (KatS-Organisation-Vwv) sollen die Fachdienstaufgaben Organisationen übertragen werden, die nach ihren Friedensaufgaben und Möglichkeiten dazu berufen und in der Lage sind. Das sind beim ABC-Dienst in erster Linie die Feuerwehren. Auf Wunsch des Bundesministers des Innern hat sich der Deutsche Feuerwehrverband mit der Frage der Übernahme des ABC-Dienstes befaßt und sich in den vergangenen Jahren laufend über die Aufgaben des ABC-Dienstes orientiert.

Anläßlich einer ersten informativen Veranstaltung über den ABC-Dienst im Mai 1971 im Warnamt VIII, Rottenburg, faßte der Deutsche Feuerwehrausschuß den Entschluß, den Feuerwehren die Übernahme des ABC-Dienstes zu empfehlen. Da diese Vorführung jedoch ohne das seinerzeit noch in Entwicklung befindliche Hauptgerät (u. a. Spür- und Dekontaminationsfahrzeug) stattfand, wurde gebeten, die Information über den ABC-Dienst,

insbesondere über die neue Ausstattung des ABC-Zuges, laufend fortzusetzen.

Es war daher eine weitere Vorführung erforderlich; sie fand Anfang Dezember 1973 auf dem Gelände der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler vor den Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Feuerwehrverbandes und einigen weiteren Gästen statt. Neben der Information über die Gesamtaufgabenstellung eines ABC-Zuges wurde auch besonderes Gewicht auf die Darstellung der Ausstattung des kompletten ABC-Zuges gelegt. Diese Ausstattung stand nunmehr zum großen Teil als Prototypen bereit. Die Helfer des vorzuführenden ABC-Zuges wurden vornehmlich aus dem Bestand der Führer und Unterführer des Kölner ABC-Dienstes ausgewählt. Ihre Ausbildung richtete sich erstmals nach der neuen Konzeption des ABC-Dienstes. Die neue STAN-Ausstattung des ABC-Zuges konnte zur Vorführung bis auf unwesentliche Teile zusammengestellt werden. Die Vorführung des ABC-Zuges fand bei niedrigen Temperaturen statt. Das kalte und schneereiche Wetter stellte Vorführende wie Teilnehmer vor hohe Anforderungen und die Ausstattung vor eine starke Belastungsprobe.

Die Vorführung lief in folgenden Phasen ab:

- Begrüßung und Einführung,
- der ABC-Zug in Marschformation,
- Teileinheit des ABC-Zuges beim Spüreinsatz,

- Dekontamination von Personen und Kleingerät,
- Dekontamination von Fahrzeugen,
- Aussprache und Verabschiedung.

Die einzelnen Übungsphasen wurden durch kurze Vorträge eingeleitet und in ihrem Ablauf durch Erläuterungen zu wesentlichen Punkten kommentiert. In der ersten Phase der Vorführung wurde der in Marschformation aufgefahrne ABC-Zug gezeigt. Es folgte der Einsatz von Teileinheiten des ABC-Zuges beim Spüren. Im Rahmen seines Auftrages, die durch atomare Mittel drohenden Gefahren festzustellen sowie das kontaminierte Gebiet zu kennzeichnen und zu überwachen, wurde der ABC-Zug in dieser Übungsphase zu einem A-Spüren eingesetzt.

Nach einem angenommenen Zeitsprung wurde dann das Verhalten des Spürtrupps beim Messen von Dosisleistungswerten und das Absetzen von Spürmeldungen über Funk dargestellt.

Nach Beendigung des Spür-Auftrages führten die Spürtrupps die Kontrolle ihrer Strahlenbelastung und die behelfsmäßige Dekontamination durch.

In der nächsten Übungsphase wurde der ABC-Zug bei der Dekontamination von Personen und Kleingerät auf einer Dekontaminationsstelle gezeigt.

Obwohl diese „Volldekontamination“ in der Regel in bereits erkundeten und erfaßten geeigneten ortsfesten Anlagen mit Duschmöglichkeiten stattfindet, wurde sie bei dieser Vorführung mobil und ausschließlich



Dekontaminierungs-Mehrzweckfahrzeug

mit der Dekontaminationsausstattung des ABC-Zuges durchgeführt. Hierbei bildete das Dekontaminationsfahrzeug mit seiner Duschanlage, bestehend aus dem Aus- und Ankleidezelt und der Warmwasserversorgung, das Kernstück.

Verbunden mit der Dekontamination von Personen wurde auch die Dekontamination von Kleingerät (ABC-Schutzmaske, ABC-Schutzbekleidung und persönliche Ausstattungsgegenstände) gezeigt. Danach folgte die Dekontamination von Fahrzeugen. Die vom Erkundungseinsatz zurückkehrenden Spürkraftfahrzeuge wurden mit Wasser, dem waschaktive Substanzen zugefügt waren, dekontaminiert.

Den Übungsphasen schloß sich unter Leitung von Regierungsdirektor Dr. Lorenz, Referent für Ausbildung des KatS im BzB, eine Aussprache an. In seinem Schlußwort brachte der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Kolb, u. a. zum Ausdruck, daß diese Vorführung des ABC-Zuges trotz der Darlegung schwieriger physikalischer, chemischer und anderer technischer Vorgänge nicht der Verwirrung, sondern der Klärung diene. Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Architekt Albert Bürger, bedankte sich für die Vorführung und lobte insbesondere den eingesetzten ABC-Zug, der trotz der außerordentlich ungünstigen winterlichen Witterung eine eindrucksvolle Leistung gezeigt habe.



**Interessierte Zuschauer bei der Vorführung der neuen Fahrzeuge.**

Die Vorführung hat gezeigt, daß die STAN-Ausstattung des ABC-Zuges auch bei großer Kälte einsatzbereit blieb und sich bewährte. Natürlich traten auch einige Mängel zutage. Aber um deren Feststellung werden Erprobungen u. a. auch durchgeführt. Hierdurch wurde es erst möglich, noch

vor der eigentlichen Beschaffung und Auslieferung der Ausstattung erkannte Fehlerquellen abzustellen. Das ZS-MAGAZIN wird sich in den nächsten Ausgaben ausführlich mit Aufgaben, Gliederung, Stärke und Ausstattung sowie mit dem Einsatz des ABC-Zuges befassen.



**ABC-Helfer im Übungseinsatz.**



**ABC-Helfer beim Anlegen der Schutzkleidung.**

Oberregierungsrat Günther Pischon

# Wohin mit 300 Obdachlosen?

Über die Berliner Katastrophenschutz-Übung „pro forma“

In den vergangenen Jahren hat das Land Berlin umfangreiche Vorsorge-maßnahmen zur Unterbringung von Personen getroffen, die durch ein Schadensereignis mit schwerwiegenden Folgen obdachlos werden oder aus anderen Gründen vorsorglich evakuiert werden müssen. Für etwa 2,7 Mio. DM sind in den 12 Verwaltungsbezirken in öffentlichen Schulgebäuden Unterbringungsmöglichkeiten für jeweils 600 Personen vorbereitet worden. In den Inventarlagern, die bedauerlicherweise nicht in jedem Falle in den vorgesehenen Unterkünften eingerichtet werden konnten, sind neben 300 Doppelbettgestellen und dem dazugehörigen Bettzeug all die Gegenstände aufbewahrt, die für eine längerfristige heimartige Unterbringung benötigt werden, u. a. Trainingsanzüge, Handtücher, Hygieneartikel, Koch- und Eßgeschirr. Die Planungen gehen davon aus, daß obdachlos werdende Personen zuerst zu einer Sammelstelle gebracht werden und spätestens 24 Stunden nach Eintritt des Schadensereignisses in einer als Unterkunft umzugestaltenden Schule für längere Dauer Obdach finden. Diese vorbereiteten Maßnahmen sollten in der Teilübung „pro forma“

überprüft werden. Es galt festzustellen, ob sich die Planungen auch im Falle tatsächlicher Schadensereignisse realisieren lassen, insbesondere, ob die vorgesehenen Schulen innerhalb von 24 Stunden als Unterkunft umgestaltet werden können. Daneben sollten eine Reihe von Einzelmaßnahmen erprobt werden, die bei einer Lagerunterbringung anfallen. Der vollständige Übungsbericht, den wir hier gekürzt veröffentlichen, kann beim Senator für Inneres, 1 Berlin 31, Fehrbelliner Platz 2 angefordert werden.

## Explosion auf dem Bahnhof

Der Übung lag die Annahme zugrunde, daß am Abend auf einem Bahnhof ein mit Propangas gefüllter Kesselwagen explodiert und daraufhin weitere mit Benzin gefüllte Wagen in Brand geraten seien. Durch das Schadensereignis wurden der Bahnhof völlig zerstört, angrenzende Häuser zum Teil schwer beschädigt und mehrere Personen getötet bzw. schwer verletzt. Etwa 300 Bewohner der betroffenen Häuser mußten evakuiert und vorübergehend untergebracht werden.

Entsprechend den aus tatsächlichen Schadensereignissen in Berlin

gewonnenen Erfahrungen wurde unterstellt, daß etwa die Hälfte der Obdachlosen noch in der Nacht bei Verwandten und Bekannten bzw. in Hotels unterkommen konnte, so daß noch 150 Erwachsene und Kinder für mehrere Tage in der als Obdachlosen-Unterkunft herzurichtenden Schule versorgt werden mußten.

An der Übung nahmen Vertreter des Senators für Inneres, des Senators für Arbeit und Soziales und des Bezirksamtes Zehlendorf sowie der Berliner Feuerwehr, der Polizei und des Deutschen Roten Kreuzes teil. Die gemeinsame Übungsleitung oblag je einem Vertreter des Senators für Inneres und des Bezirksamtes Zehlendorf.

## Erster Übungstag

Am ersten Übungstag war die Schule zur Obdachlosen-Unterkunft umzugestalten. Zu diesem Zweck mußte sie für den Unterricht geschlossen werden; 9 Klassenzimmer waren zu räumen und anschließend mit den auf dem Dachboden eingelagerten Einrichtungsgegenständen für jeweils 18 Personen auszustatten.

Die sich daran anschließenden Phasen wurden teilweise nur theoretisch durchgespielt oder verwaltungsmäßig abgewickelt: Die Obdachlosen waren in drei Etappen mit Omnibussen zu der Schule zu bringen, dort zu registrieren, in die eingerichteten Räume einzuweisen, mit Gegenständen des persönlichen und hauswirtschaftlichen Bedarfs auszustatten und durch Sozialarbeiter zu betreuen. Die Ausgabe einer warmen Mahlzeit konnte auch praktisch erprobt werden, weil die 90 Übungsteilnehmer sich hierfür gerne als Statisten zur Verfügung stellten.

## Gut vorgesorgt

Die Übungsleitung konnte sich davon überzeugen, daß in der für die Übung ausgewählten Schule die organisatorischen Maßnahmen zur Unterbringung von Obdachlosen gut vorbereitet sind: Alle beschafften



Die Klassenzimmer werden ausgeräumt und mit den auf dem Dachboden eingelagerten Betten und Fächerschränken ausgestattet.



Einrichtungsgegenstände sind hier sauber und zweckmäßig — zum größten Teil auf dem Dachboden — gelagert. Skizzen für die Umgestaltung der Klassenzimmer als Unterbringungsräume und der Flurräume als Aufenthaltsräume liegen vor und erleichtern die Einrichtung. Je ein Schulraum ist als Lagerleitungs-, Registrier- und Sanitätszimmer vorgesehen. Im Keller sind zwei Räume als Kochräume mit den erforderlichen Wasser- und Energieanschlüssen ausgestattet worden; sie werden im laufenden Schulbetrieb als Werkräume verwendet.

Auch die personellen Maßnahmen waren gut geplant. Einzelheiten zum Einsatz der Führungs- und Einsatzkräfte wurden bereits vor der Übung festgelegt, so z. B. der Bedarf und die Einteilung der Kräfte in Arbeitsgruppen für den Transport und zum Aufstellen der Doppelbetten sowie die Einteilung der Registrier- und Zimmerzuweisungskräfte. Den überwiegend ausländischen Arbeitskräften waren deutschsprachige Kolonnenführer beigeordnet.

Nachdem 25 Gartenbauarbeiter bei ihrem üblichen Arbeitsantritt um 7.00 Uhr als Einsatzkräfte ausgewählt und mit Dienstfahrzeugen zur Einsatzstelle befördert worden waren, konnten die Ausräumungsarbeiten bereits um 7.20 Uhr aufgenommen werden. Der Einrichtungskolonnen waren Verwaltungskräfte zugeteilt.

### Pro Raum 16 Minuten

Schon nach 100 Minuten waren die 9 Klassenzimmer mit der Grundausstattung für insgesamt 162 Betten eingerichtet. Nach weiteren 45 Minuten Arbeitszeit waren diese Räume mit Fächerschränken und mit dem erforderlichen Bettzeug ausgestattet. Für die Gesamtausstattung eines Raumes wurden somit etwa 16 Minuten benötigt.

Allerdings wurde mit Rücksicht auf die Erhaltung des Materials darauf verzichtet, alle Gegenstände auspacken und die Betten zu beziehen. Hierfür dürften allenfalls weitere 60 Minuten benötigt werden, so daß die Obdachlosen nach 3 1/2 Stunden Einrichtungszeit aus der Sammelstelle in die Unterkunft hätten verlegt werden können.

Daraus kann gefolgert werden, daß die vollständige Einrichtung einer gut vorbereiteten Unterkunft für etwa 600 Personen rund 14 Stunden effektive Arbeitszeit in Anspruch nehmen wird. Die Tatsache, daß in

der Übung nur die dem Inventarlager naheliegenden Klassenzimmer eingerichtet wurden, dürfte bei voller Belegung zum großen Teil durch die entstehende Routine ausgeglichen werden.

Hier zeigt sich, daß die der Planung zugrundeliegende Konzeption einer Heimunterbringung innerhalb von 24 Stunden nach Eintritt des Schadensereignisses tatsächlich erreicht werden kann. Sollten bei einem realen Schadensereignis organisatorische Schwierigkeiten auftreten oder eine vorzeitige Unterbringung notwendig werden (z. B. wegen Einbruchs der Nacht), so könnten notfalls die Obdachlosen das Beziehen der Betten u. ä. selbst übernehmen.

Allerdings zeigte diese Übung auch, daß die organisatorischen Maßnahmen

schon jetzt gut vorbereitet sein müssen, das Inventar nach Möglichkeit in der als Unterkunft vorgesehenen Schule eingelagert werden sollte und die Entscheidung über die Eröffnung eines Lagers sowie die Alarmierung des benötigten Personals von dem Katastrophenstab so frühzeitig wie möglich getroffen werden muß.

### Aufnahme der Personalien

Die Registrierung der Obdachlosen wurde anhand der vor Übungsbeginn maschinell erstellten Liste der Bewohner der geräumten Häuser vorgenommen. In der Liste waren die polizeilich gemeldeten Bewohner der Häuser in alphabetischer Reihenfolge und unter Angabe der Geburtsdaten — somit in der Regel in den Familien-



Einer der neun Klassenräume, die zur Obdachlosen-Unterkunft für 18 Personen umgestaltet worden sind.



Die beiden Werkräume im Keller der Schule werden als Küche verwendet.

verbänden — erfaßt. Die im Lager unterzubringenden 150 Personen waren besonders gekennzeichnet. Zwei Verwaltungsangestellte übernahmen diese Personalien innerhalb von 90 Minuten auf neu entwickelte provisorische Lagerausweise, die Durchschriften dienten als Lagerkarteikarten.

Dieser Teilaspekt zeigt, daß auch der organisatorische Ablauf der Registrierung eingehend durchdacht sein muß. Schon aus psychologischen Gründen und zur zweckmäßigen Nutzung der Zeit der vorübergehenden Unterbringung sollte die Registrierung in der Sammelstelle stattfinden. Hier können noch alle Obdachlosen erfaßt werden, so daß man einen Überblick über alle evakuierten Personen erlangen kann.

Eine umgehend maschinell erstellte Namensliste kann dem Einsatzpersonal die Aufgabenerledigung am Schadensort (Bergung, Weitersuche nach Verletzten und Toten) wesentlich erleichtern und der Verwaltung einen schnellen Überblick über die einzuleitenden Aufgaben geben. Die vom Deutschen Roten Kreuz für den Suchdienst entwickelten Formulare bieten bei der Registrierung einen guten Anhalt. Nach Einführung des bundeseinheitlichen Personenkennzeichens sollten sie entsprechend ergänzt werden.

Die Raumzuweisung sollte in jedem Fall erst in der Unterkunft stattfinden; denn es hat sich erwiesen, daß viele Obdachlose sich bis zuletzt bemühen, bei Verwandten, Bekannten oder in Hotels unterzukommen.

Die Zimmerbelegung sollte entsprechend den vorgebrachten Wünschen gestaltet werden.

Für die Unterbringung sind zusätzlich je Stockwerk Sozialarbeiter als Einweisungs- und Betreuungskräfte einzusetzen. Eine Hausordnung ist vorweg festzulegen und bei Belegung bekanntzugeben. In ihr sollten die wichtigsten zentralen Räume — Lagerleitung, Sanitäts-, Koch- und Aufenthaltsräume — angegeben werden.

### **Am ersten Tag Schulausflug**

Da die Übung in den Ferien stattfand, war keine Verlegung des Schulunterrichts erforderlich. Dieses Problem wurde jedoch in einer Planbesprechung erörtert: Schulaufsicht und Schulleitung hätten bei der in der Übung dargestellten Lage am ersten Tag einen Schulausflug vorgesehen und vom zweiten Tag an Schichtunterricht in einer nahegelegenen anderen Schule durchgeführt. Auch

bei langfristiger Belegung der Schule wäre der Unterricht keineswegs ersatzlos ausgefallen. Bei nur teilweiser Inanspruchnahme der Schule kann auch die Weiterführung des Unterrichts in einem Schultrakt oder einem Stockwerk in Betracht gezogen werden.

Während der Übung wurde das aus den Klassenzimmern geräumte Mobiliar auf den Fluren abgestellt. Das ist auf längere Dauer nicht zulässig, da die Fluchtwege beeinträchtigt werden und sich die Verletzungsgefahr erhöht. Das Mobiliar sollte daher in einer zweiten Phase der Einrichtung der Unterkunft entweder auf dem freiwerdenden Dachboden oder geschützt auf dem Schulhof gelagert werden.

Die von den eingesetzten Kräften und von den Obdachlosen mitgeführten Fahrzeuge dürfen nicht unmittelbar vor den Fenstern der Schulgebäude geparkt werden und damit die Rettungswege versperren. Die Transportwege müssen gegen Unfallgefahren gesichert, die Feuerschutztüren nach Beendigung der Umräumungsarbeiten geschlossen werden.

An den aufgetretenen Mängeln zeigte sich, daß bei einer Belegung auch an offenbar belanglos erscheinende Dinge gedacht werden muß. Wie leicht kann z. B. ein unbedachter Verstoß gegen ein Rauchverbot in einem dicht belegten Lager zu neuen Gefahrensituationen führen!

### **Informationen für die Betroffenen**

In der abschließenden Planbesprechung der Führungskräfte wurden weitere Probleme erörtert, die sich bei einer Evakuierung ergeben. Die Beteiligten kamen zu folgenden Lösungen:

Die evakuierten Personen werden über die Wiederbezugsfähigkeit ihrer Wohnungen durch Fernsehen, Rundfunk und Presse sowie durch Aushang am Wohngebäude und im Unterbringungslager unterrichtet. Eine persönliche Information aller Betroffenen durch das Bezirksamt ist nicht notwendig. Die Bewohner der Obdachlosenunterkunft werden mit Bussen zu ihren Wohnungen zurückgebracht.

Für Personen, die ihre Wohnung nicht wieder beziehen können, bieten sich als Ersatz-Unterbringungsmöglichkeiten Altenheime, Hotels, Ersatzwohnungen und ggf. bestehende Obdachloseneinrichtungen an.

Für Auskünfte über die allgemeine Schadenslage wird im Rathaus des

Bezirks eine Auskunftsstelle eingerichtet, weil dort die besten fernmeldetechnischen Voraussetzungen gegeben sind.

Für die Information der Bevölkerung über Schadenslagen stehen in erster Linie Lautsprecherwagen der Polizei und anderer Einrichtungen zur Verfügung. Rundfunk und Fernsehen können ebenfalls herangezogen werden (Unterbrechung des laufenden Programms, Einblendung von Untertiteln). Bei der Warnung der Bevölkerung sind die in der Stadt lebenden Ausländer sowie diejenigen Personenkreise besonders zu berücksichtigen, die durch Rundfunk- und Lautsprecherdurchsagen nicht erreicht werden können, z. B. Gehörlose und Schwerhörige. Die Nachbarn sollten in den Durchsagen aufgefordert werden, diese Personen zu unterrichten. Bei akuten Gefahrensituationen sind die Möglichkeiten für eine persönliche Warnung auszuschöpfen, ggf. kann eine zentral geführte Kartei der Gehörlosen hierfür herangezogen werden.

### **Wohin mit den Haustieren?**

Bei einer Evakuierung ist auch damit zu rechnen, daß Haustiere von den Wohnungsinhabern mitgenommen werden. Die Auswertung einer Repräsentativstatistik ergab, daß im Falle einer Evakuierung von 600 Bürgern etwa 91 Haustiere — davon 48 Sing- und Ziervögel sowie 18 Hunde und 6 Katzen — zu versorgen wären. Voraussichtlich können alle Kleintiere (Vögel, Meerschweinchen, Schildkröten usw.) sowie eine begrenzte Anzahl von Hunden und Katzen im Veterinäramt oder in Tierheimen untergebracht werden. Bei einer größeren Anzahl von Hunden und Katzen ist daran zu denken, Vorschläge auf dem Dachboden der Schule, stillgelegte Ställe oder die Diensthundezwinger der Polizei zu nutzen. In Einzelfällen ist auch die Mitnahme von Haustieren in die Klassenzimmer statthaft, es sei denn, andere Mitbewohner fühlen sich dadurch belästigt. Sowohl bei der Vorbereitung als auch beim Ablauf der Übung hat sich eine Fülle von Detailfragen ergeben. Viele Probleme müßten bei akuten Schadensereignissen ad hoc gelöst werden. Es empfiehlt sich jedoch, erkannte schwerwiegende Sachprobleme schon jetzt zu regeln und leichter lösbare Probleme in ihren Lösungsansätzen festzuhalten, um darauf aufbauend im Schadensfall improvisatorische Maßnahmen ergreifen zu können.

Hohe Verdienste um den Zivilschutz

# Abschied vom Amt

Vizepräsident Dipl.-Ing. Schmitt  
trat in den Ruhestand



**Präsident Dr. Kolb überreicht dem Vizepräsidenten zum Abschied einen Stahlstich von Bad Godesberg aus dem Jahr 1836.**

Am 31. Januar 1974 wurde der Vizepräsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB), Dipl.-Ing. Schmitt, namens des Bundesministers des Innern durch den Parlamentarischen Staatssekretär Jung, durch den Präsidenten des Bundesamtes und durch den Vorsitzenden des Personalrates in den Ruhestand verabschiedet. Anwesend waren außerdem Vertreter der humanitären Hilfsorganisationen, der Stadt Bonn, des Bundesministeriums des Innern sowie die Bediensteten des Bundesamtes.

Bei den Ansprachen kamen übereinstimmend die hohen Verdienste des aus dem aktiven Berufsleben ausscheidenden Vizepräsidenten zum Ausdruck. Präsident Dr. Kolb hob besonders hervor, daß das Bundesamt nun nicht mehr auf die umfassenden Erfahrungen dieses Experten auf dem fortschrittsbedingt immer unüberschaubarer werdenden Gebiet der Technik des Zivilschutzes zurückgreifen könne. Gerade durch seine sich auf die Praxis gründenden vielseitigen Kenntnisse sowie durch seine technisch-wissenschaftlichen Arbeiten hat Dipl.-Ing. Schmitt den Zivilschutz in entscheidendem Maße gefördert. Im Bundesministerium des Innern gehörte er zu jenen Mitarbeitern der ersten Stunde, die grundlegende Fragen und Probleme aufgegriffen haben.



**Parlamentarischer Staatssekretär Jung verabschiedet den „Vize“ des BzB im Namen des Bundesministers des Innern, Hans-Joachim Genscher.**

Dipl.-Ing. Schmitt war an der Schaffung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern im Jahre 1951 maßgeblich beteiligt. Dieses beratende Gremium von Wissenschaftlern hat im Laufe der Jahre eine Reihe von Problemen auf dem Gebiet der Medizin, Chemie, Physik und Technik des Zivilschutzes einer im lebenswichtigen Interesse der Bevölkerung liegenden Klärung zugeführt. Im Rahmen seiner vielen Aufgaben hatte Dipl.-Ing. Schmitt im Auftrag des Bundesministers des Innern die Verbindung zur NATO zur gegenseitigen Abstimmung zwischen militärischer und ziviler Verteidigung zu pflegen. Er trug auch die Verantwortung für die technische Sicherheit der Befehlsstelle der Bundesregierung.

Mit der Übernahme des Amtes des Vizepräsidenten des BzB erhielt Schmitt eine Funktion, mit deren Problemen er aufgrund seines Werdeganges fachtechnisch bestens vertraut war. So konnte er z. B. für die Abteilung Warn- und Alarmdienst — an dessen Aufbau er durch seine Tätigkeit im Ministerium maßgeblich beteiligt war — Ratgeber bei der Lösung kritischer Probleme und der Vervollkommnung der technischen Einrichtungen sein. Ferner gingen richtungsbestimmende Impulse von ihm für die Modernisierung der Ausstattung der Fachdienste des Katastrophenschutzes, insbesondere

des Brandschutzes und Bergungsdienstes, aus.

Das verantwortungsvolle Amt des Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wurde von Schmitt in Personalunion ausgeübt. Hieraus ergaben sich vielfältige sachliche und persönliche Belastungen. Trotzdem hat er die sich aus der allgemeinen Lage und der finanziellen Situation für das THW ergebenden Schwierigkeiten mit gleichbleibender Energie gemeistert. Besonders die organisatorischen Grundlagen für das Wirken des Technischen Hilfswerks im Rahmen der Katastrophenhilfe wurden unter seiner Amtsführung entscheidend verbessert.

Und was die Anstrengungen zur Hebung der Ausbildung, Unterbringung, Bekleidung und der technischen Ausrüstung der Einheiten des THW angeht, so wurde das Optimum des Machbaren erreicht. Gerade die Helfer des THW wissen das zu würdigen.

Dipl.-Ing. Schmitt hat über seine amtliche Tätigkeit hinaus seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen insbesondere in den angewandten Naturwissenschaften verschiedenen fachlich nahestehenden Verbänden und Vereinigungen zur Verfügung gestellt. So ist er u. a. seit vielen Jahren Vorsitzender der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V. und verantwortlicher Schriftleiter der Zeitschrift „Forschung und Technik im Brandschutz“.

Nur wer weiß, wie stark die Leistungsergebnisse auch oder gerade in großen Verwaltungen von einer guten persönlichen Zusammenarbeit abhängen, vermag zu würdigen, wie viel seine von Launen freie, stets ausgleichende und honorige Wesensart dazu beigetragen hat, daß Gegensätze abgebaut und schließlich in vielen Fällen eine gemeinsame Zielsetzung gefunden werden konnte. Wegen seiner fachlichen und menschlichen Eigenschaften wurde ihm von seinen Mitarbeitern mit fröhlichem Hintersinn (an das doppelte „T“ im Namen Schmitt anknüpfend) der Beiname „Doppel-T-Träger“ gegeben. Damit sollte die Vorstellung von Stabilität und Kraft, die mit dem Begriff des T-Trägers in der (Stahl)-Bautechnik verbunden ist, auf den Bereich seines humanen, von geistiger Klarheit geprägten Wirkens transformiert werden.

Vizepräsident Schmitt kann sich des bleibenden Dankes seiner Mitarbeiter sicher sein.

Walter Zahr

## Vorauslöschfahrzeug wurde Hilfsrüstwagen

Die Erprobung des Prototyps auf einer Versuchsstrecke zeigte gute Ergebnisse

Fotos: Kurt Hilberath



Seitenansicht des Hilfsrüstwagens.

Das Vorauslöschfahrzeug (VLF) wurde seinerzeit mit einer Besatzung von 1/5 für den Aufgabenbereich des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) konzipiert. In Verbindung mit zwei Tanklöschfahrzeugen 8 (TLF 8) bildete es die verstärkte Gruppe (V-Gruppe). Diese taktische Einheit war aus den Erkenntnissen des 2. Weltkrieges entwickelt worden. Zur Bewältigung der erschwerten Bedingungen im Katastrophen- und Verteidigungsfall wurde diese Gruppe mit den wendigen, geländegängigen und auch trümmerfähigen (leichte Vertrümmerung) UNIMOG-S-Fahrzeugen ausgestattet.

Die Einordnung des LSHD in den Katastrophenschutz bedingte die Auflösung der V-Gruppe. Das TLF 8 konnte in die neuzubildenden Löschzüge eingegliedert werden, das VLF hingegen nicht. Ein neuer Aufgabenbereich mußte daher für dieses Fahrzeug gefunden werden.

Aufgrund des Löschzug-Konzeptes für den Katastrophenschutz bot sich an, das Fahrzeug zum Hilfsrüstwagen (HRW) umzurüsten. Erste und weitere Untersuchungen ließen erkennen, daß dieses Vorhaben zu verwirklichen ist.

Sie führten zu folgendem Ergebnis: a) Die Umrüstung des VLF ist unter Beachtung des Fahrzeugalters und des Erhaltungszustandes in der Regel wirtschaftlich vertretbar.

b) Im Verhältnis zu den Kosten der Neubeschaffung eines RW 1 ist die Umrüstung des VLF ebenfalls von wirtschaftlichem Vorteil.

c) Nach der neuen Konzeption kann eine Besatzung von 1/2 untergebracht werden.

d) Die äußere Form des Aufbaus bedarf keiner Veränderung.

e) Zur Verlastung der Ausstattung können die vorhandenen Inneneinrichtungen nicht mehr verwendet werden. Stattdessen sind entsprechende neue Einbauten vorzusehen.

f) Die Ausstattung des RW 1 nach DIN 14555, Entwurf, kann weitgehend auf dem Hilfsrüstwagen verlastet werden.

Aufgrund dieser positiven Ergebnisse wurde ein VLF zum Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz beordert, um hier einen Beladeversuch vorzunehmen und die neuen Einbauten zu konzipieren. Diese Arbeit gestaltete sich besonders schwierig, da einerseits die Raumverhältnisse vorgegeben waren und andererseits die Gerätegruppen möglichst zusammen untergebracht werden sollten. Ferner spielte dabei die Gewichtsverteilung eine nicht unerhebliche Rolle.

Nach Abschluß der Umbauarbeiten wurde das Fahrzeug einer Fachkommission unter Mitwirkung von Vertretern des Deutschen Feuerwehrverbandes vorgestellt. Die allseitige Zustimmung zu diesem Konzept führte zu dem Beschluß, zunächst ein Fahrzeug in der gewerblichen Wirtschaft umrüsten zu lassen.

Nach Fertigstellung des Prototyps und dessen Abnahme durch den

Technischen Überwachungsverein wurde das Fahrzeug auf der Erprobungsstelle 41 der Bundeswehr in Trier erprobt. Die dortigen Versuchsstrecken gestatten, zeitgerafft zu ermitteln, ob Einbauten und Halterungen den Anforderungen entsprechen. Abgesehen von einigen zu verbessernden Halterungen verlief die Erprobung positiv.

Nunmehr wird die Umrüstung von vorerst 222 VLF eingeleitet. Die komplette Ausstattung hierfür wurde bereits beschafft.

Es ist vorgesehen, mit den im Land Niedersachsen stationierten VLF zu beginnen. Die Erfassung und Auswahl der Fahrzeuge wurde bereits vor geraumer Zeit abgeschlossen.

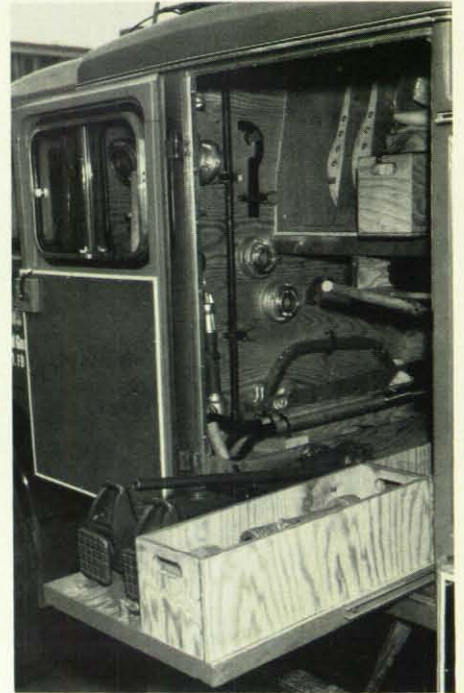
Der Hilfsrüstwagen wurde für seinen neuen Aufgabenbereich mit einem Arbeitsstellenscheinwerfer nach DIN 14 644, 24 V/250 W Halogen und die Vorbauseilwinde mit einer Überlastsicherung (Rutschkupplung) ausgestattet. Die hydraulischen Hebesätze besitzen eine Hubkraft von 15 t, sie übersteigt damit die Forderung der DIN 14555.

Aus den nebenstehenden Fotos ist die Verlastung der technischen Ausstattung teilweise ersichtlich. Aus Platzgründen wurde auf die Veröffentlichung einer Beladeliste verzichtet.

Interessierte können diese Liste beim Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, 53 Bonn - Bad Godesberg, Deutscherherrenstraße 93, Referat ZS 7, kostenlos anfordern.



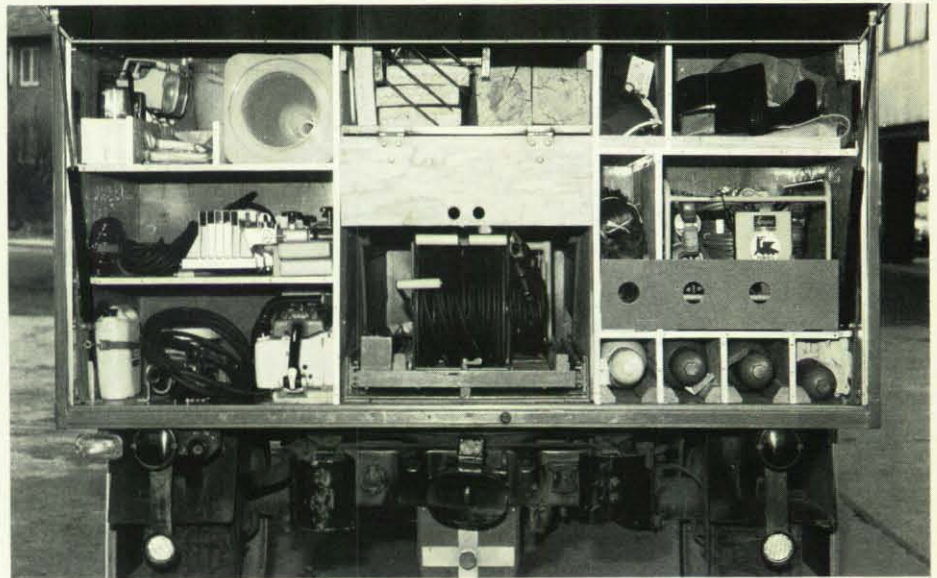
**Geräteraum 1 (ehem. Mannschaftsraum): Auf dem Schubfach 2 hydraulische Winden (10 t Hubkraft) und 2 hydraulische Hebesätze (15 t Hubkraft). Geräteraum 2 mit geöffneter Klappe.**



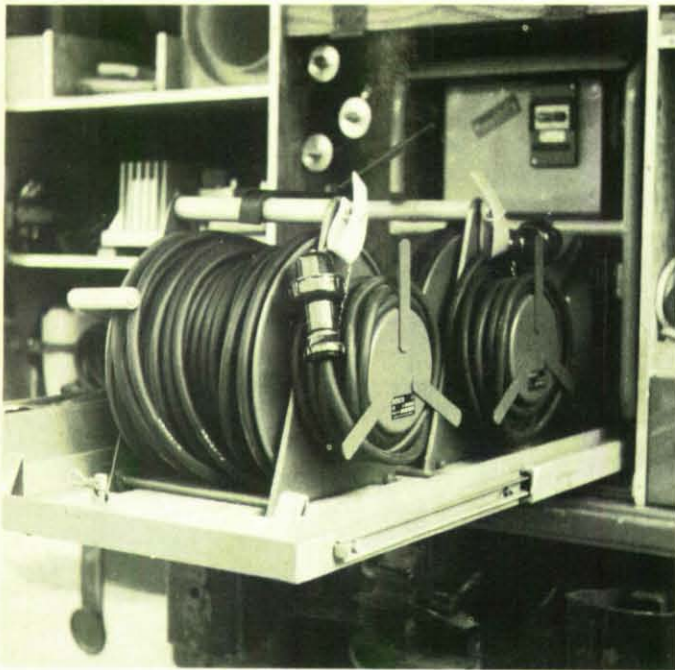
**Geräteraum 1: Zur leichteren Entnahme der hydraulischen Arbeitsgeräte wird das Schubfach seitlich herausgezogen. Im Hintergrund weitere Ausstattungsteile.**



**Geräteraum 2 mit verlasteter Ausstattung.**



**Geräteraum 3: Im linken Fach sind u. a. Verkehrswarngeräte, Flutlichtstrahler, Motorsäge und Trennschleifer untergebracht. Im mittleren Fach befinden sich ein tragbarer Stromerzeuger 5 kVA und Leitungstrommeln A 1 auf Schubfach verlastet. Über dem Schubfach Kanthölzer und Bohlen (Klappe geöffnet). Im rechten Fach sind Leinen, Wathosen und tragbares Brennschneidgerät verlastet (Klappe für Ersatzsauerstoff- und Azetylen-Flasche geöffnet).**



**Bild 1**  
Schubfach herausziehbar und kippbar. Im Vordergrund  
2 Leitungstrommeln A 1.



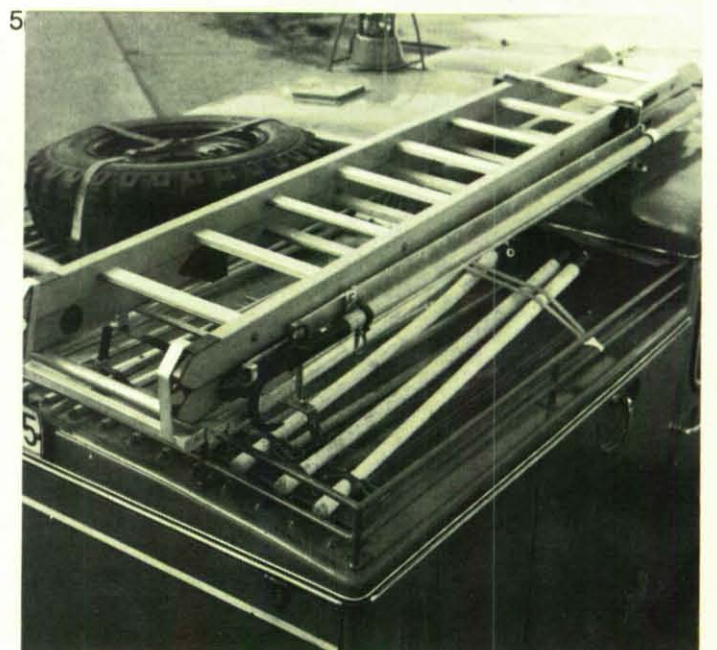
**Bild 2**  
Stromerzeuger 5 kVA auf abgekipptem Schubfach.

**Bild 3**  
Geräteraum (geöffnete Klappe) sowie Truppmannraum.



**Bild 4**  
Geräteraum 4 enthält Greifzug 1,6 t mit Zubehör sowie u. a.  
Drahtseile und Steckstrickleiter.

**Bild 5**  
Dachbeladung des Fahrzeugs.



Erich W. van gen Hassend

# UdSSR: Vorsorge für Krieg und Frieden

Mobile veterinärärztliche Betreuungsstation  
für verseuchtes Vieh

## 1. Teil

Es ist seit langem bekannt, daß die Vorsorge-Maßnahmen für den Zivilschutz in der Sowjetunion mit einer Intensität betrieben werden, wie dies in westlichen und neutralen Staaten nicht überall der Fall ist. Als Beispiel für diese Vorsorge bereits in Friedenszeiten ist die gezielte Ausbildung der Veterinäre und der Veterinärhelfer an den Landwirtschaftlichen Hochschulen der Sowjetunion anzuführen. Die Ausbildung auf diesem Gebiet erreicht ihren Höhepunkt jeweils in einer praktisch durchgeführten Übung, die den Aufbau und die Einrichtung einer „Fliegenden Veterinärstation“ zur Behandlung von Vieh in einem strahlenverseuchten Gebiet umfaßt.

### Ausbildung für alle

Unter Einsatz modernster elektronischer Hilfsmittel

wird die Übung bis in alle Einzelheiten durchgeführt. Sie findet auf einem der großen Staatsgüter oder Genossenschaftsgüter statt. Dabei werden nicht nur die Veterinäre und Veterinärhelfer geschult, eine solche Station einzurichten — es werden auch alle Absolventen der Landwirtschaftlichen Hochschulen in die Lage versetzt, im Bedarfsfalle beim Aufbau einer solchen Station mithelfen zu können. Der Grundgedanke ist, den Einsatz einer fliegenden Veterinärstation nicht allein im Falle einer atomaren Verseuchung, sondern als Normalfall auch beim Ausbruch von seuchenartigen Erkrankungen in großen Viehbeständen vorzusehen.

Bei der Ausbildung der Veterinärmediziner und der Veterinärhelfer für die Einrichtung, den Aufbau und den Betrieb einer

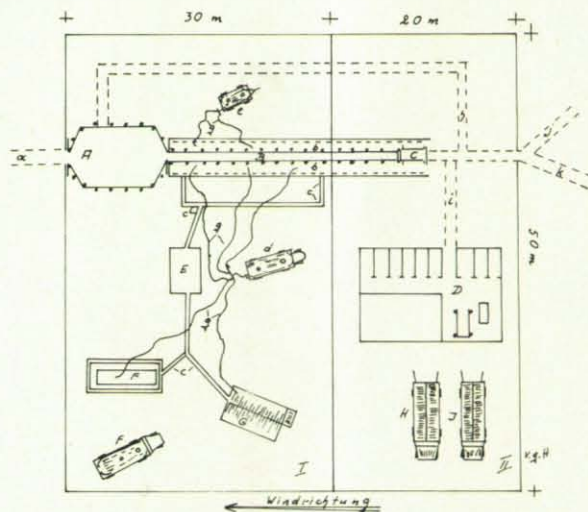
fliegenden Veterinärstation zur Behandlung von verseuchtem Vieh werden die wesentlichen, grundsätzlichen Erfordernisse behandelt, die bei der Errichtung und Einrichtung eines solchen mobilen Behandlungsstützpunktes zu berücksichtigen sind.

### Die Grundlagen

Zunächst einmal werden bestimmte Größen für die Einsatzflächen festgelegt; es ist — als grundsätzliche Forderung und Voraussetzung — die vorherrschende Windrichtung zu bestimmen, damit der Behandlungsablauf „gegen den Wind“ erfolgt. Der Wind soll stets vom „sauberen Teil“ der Station gegen den „unsauberen Teil“ des Behandlungsgeländes wehen.

Die wichtigsten Punkte, die einen reibungslosen Ablauf bei der Behandlung gewährleisten, sind: Die Sicherstellung der Wasserversorgung; die Einrichtung eines zentralen Wassersammelsystems für das anfallende verunreinigte Wasser; die Berücksichtigung aller Erfordernisse des Materialbedarfs für die Errichtung von ausbruchssicheren Pferchen und stabil eingezäunten Durchläufen. Die nachstehenden Größenangaben beziehen sich auf eine Anlage zur Behandlung von Großvieh.

Wie bereits ausgeführt, muß eine Aufteilung des quadratischen Behandlungsplatzes in einen „unsauberen“ und einen „sauberen“ Bereich — unter Berücksichtigung der vorherrschenden Windrichtung —



Veterinärärztliche Behandlungsstation für die Behandlung verseuchter Tiere — Grundschema

I Unsauberer Bereich; II Sauberer Bereich; A Einlaufpferch für zu behandelnde Tiere, 6 x 8 m; B Durchlauf für Einzeltiere, Länge ca. 25 m, Breite 0,90 m; C Kontrollboxe für die Enduntersuchung nach Durchlauf; D Veterinärärztlicher Behandlungsraum mit Ruheboxen; E Sammelbecken für verseuchtes Wasser; F Desinfektionsplatz für Kleidung und Instrumente; G Sanitärer Behandlungsplatz für Personal; H Fahrbares veterinärärztliches Labor (Sonder-Kfz.); I Fahrbare veterinärärztliche Ambulanz (Sonder-Kfz.)

a Zutriebweg für vorsortiertes Vieh; b Arbeitsbereich beiderseits des Durchlaufes für die Behandlung; c Abflughäfen für verseuchtes Brauchwasser; d Tankwagen mit Pumpen und Mehrfachanschlüssen (Motorwagen); e Tankwagen mit Pumpen und Mehrfachanschlüssen (Anhänger); f Reserve-Tankwagen — auch für Trinkwasserversorgung; g Schlauchleitungen von den Tankwagen zu den Arbeitsplätzen; h Weg für eventuellen Rücktrieb von Vieh zur erneuten Behandlung im Durchlauf; i Zutriebweg für Tiere zum Behandlungsraum; j Abtriebweg für behandeltes Vieh zur Weide; k Zutriebweg zum Schlachtplatz.

Pageboy II  
der kleinste  
Alarm- und  
Meldeempfänger  
mit großer  
Reichweite

im 2 m-Band  
ca. 20 km

Abbildung 1:1



Bei Polizei und Feuerwehr  
bereits im Einsatz.  
Fordern Sie ausführliche  
Informationen an.



**MOTOROLA**  
weltweit der größte  
Hersteller von  
Sprechfunkgeräten

Motorola GmbH  
Geschäftsbereich Funkgeräte  
6503 Mainz-Kastel  
Wiesbadener Str. 89/91  
Telefon (061 43) 6051  
Telex 4187780

erfolgen. Dieser Bereich ist gewissermaßen der Kernteil zwischen dem Gebiet, in dem sich das verseuchte — oder auch erkrankte — Vieh befindet, in dem es zusammengetrieben wird und in dem die Vorsortierung erfolgt, und dem Bereich auf der anderen Seite der Anlage, in dem notwendige Schlachtungen vorgenommen und Weiterverarbeitungen am anfallenden Fleisch usw. durchgeführt werden. Auf dieser Seite der Anlage läuft auch das behandelte und als unverseucht ausgeschiedene Vieh.

#### Die Aufteilung

Der Behandlungsbereich des Mittelabschnittes ist etwa 50 x 50 m groß. Er unterteilt sich in eine Fläche von 30 x 50 m — den „unsauberen“ — und eine Fläche von 20 x 50 m, den „sauberen“ Bereich. Es ist eine Grundbedingung, daß das Gelände, auf dem die fliegende Station errichtet wird, vorher sehr genau auf eine mögliche Verseuchung oder Verstrahlung untersucht wird. Die Anlage darf nur auf unverseuchtem oder unverstrahltem Gelände errichtet werden. Das zu untersuchende Vieh wird in einem Pferch, der auf der dem Winde abgewandten Seite des Behandlungsbereiches liegt, zusammengetrieben.

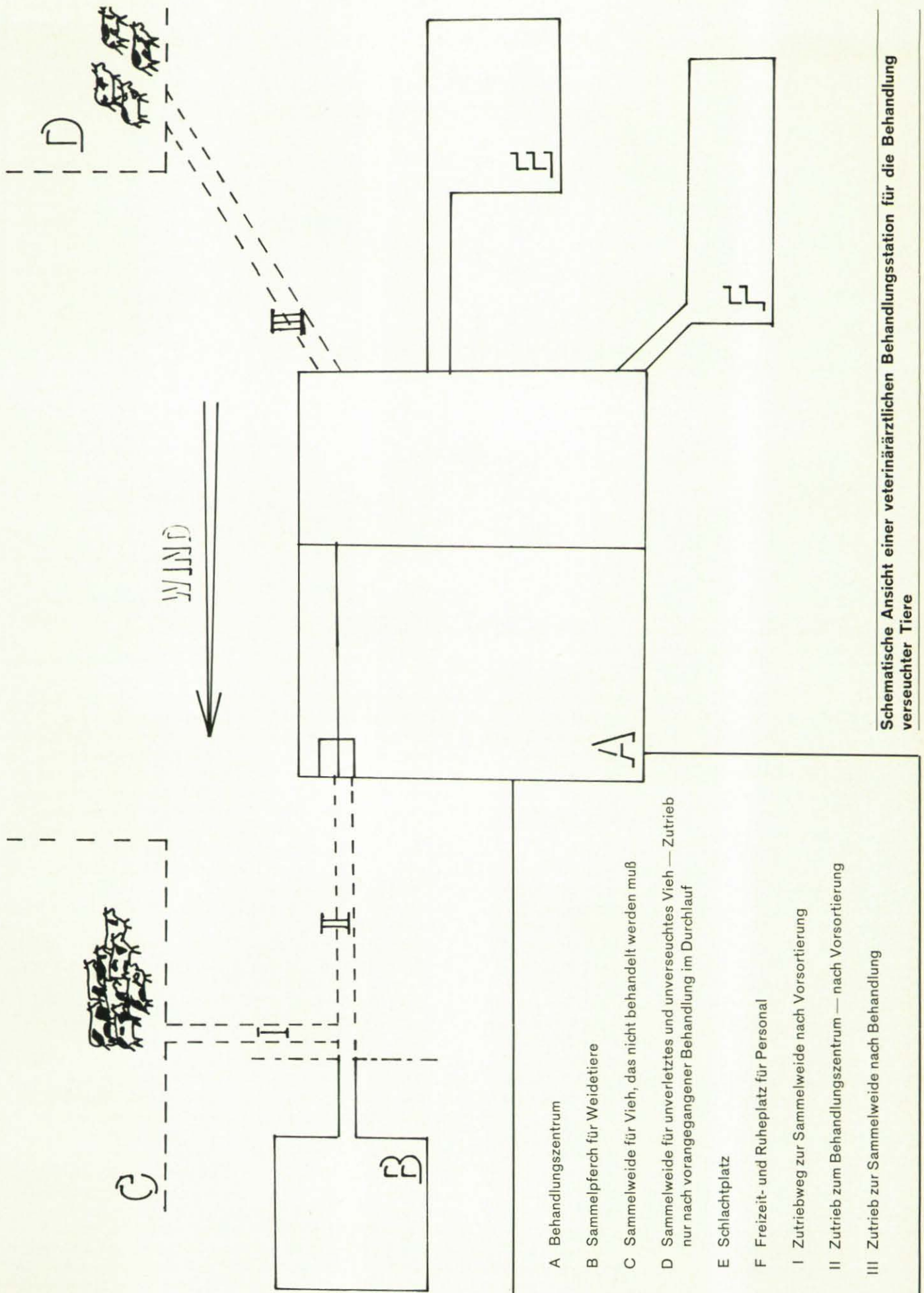
Die Größe dieses Pferchs — etwa 25 — 30 m lang und etwa 20 — 25 m breit — gestattet es, Gruppen von jeweils 200 Tieren einzutreiben, und gibt darüber hinaus die Möglichkeit, Vieh aus normalerweise zusammenlaufenden Herden geschlossen einzutreiben und zu behandeln. Fremdtiere, die aus anderen Herden oder Gruppen kommen — auch vorher einzeln laufende Tiere — verursachen zusätzliche Störungen und die Gefahr weiterer Verletzungen der Tiere durch Stöße oder Tritte.

Nach Möglichkeit sollte erreicht werden, daß sich bis zum Eintrieb in den Pferch das bisherige Betreuungspersonal mit den Tieren befaßt; es wird so größere Unruhe vermieden.

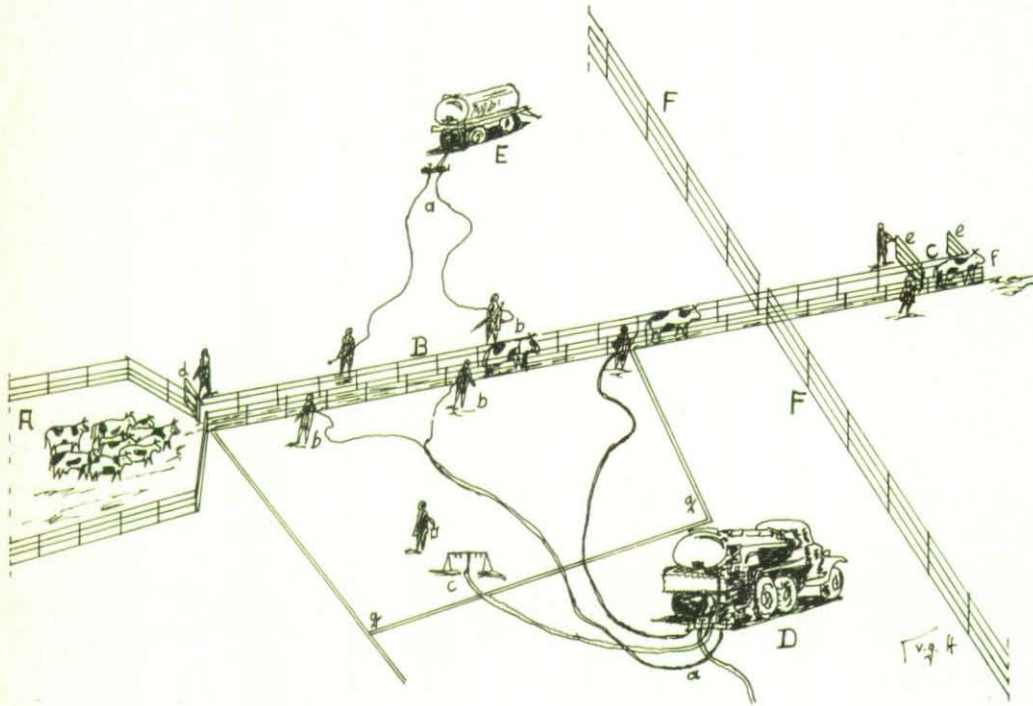
#### Der praktische Ablauf

Die Schilderung des Ablaufes eines Arbeitsganges gibt gleichzeitig einen Überblick über die unterschiedlichen Tätigkeiten und Maßnahmen, die auf einer solchen Station vor sich gehen. Der vorerwähnte Pferch mündet in einen abriegelbaren Durchlauf, der so eng gehalten ist, daß sich die Tiere darin nicht umdrehen oder zurücklaufen können. Dementsprechend muß dieser Durchlauf bei kleineren Tierarten (Schafen, Ziegen, Schweinen) enger angelegt werden; bei Großvieh ist er etwa 0,80 — 0,90 m breit. Alle Einfriedigungen müssen so hoch gehalten werden, daß sie von den Tieren nicht übersprungen werden können. Es versteht sich von selbst, die Begrenzungen so stabil zu bauen, daß kein Tier ausbrechen kann. In dem Durchgang, der den größeren Sammelpferch mit dem Behandlungszentrum verbindet (neben den Endverriegelungen ist hier eine schwenkbare Mitte-/Seitenverriegelung vorzusehen), findet eine erste Auslese der verdächtigen Tiere statt. Ein Veterinär und ein Helfer begutachten die durchlaufenden Tiere und entscheiden darüber, ob ein Tier zur weiteren Behandlung in die Station eingetrieben werden soll. Andernfalls wird das unverdächtige Tier aus dem Durchlauf durch den seitlichen Ausgang der Mitte-/Seitenverriegelung sofort auf eine entlegene Weide getrieben. In diesem Teil des Durchlaufes findet die erste dosimetrische Kontrolle statt, die Tiere werden auf Hautschäden oder andere Verletzungen untersucht; die Schäden





Schematische Ansicht einer veterinärärztlichen Behandlungsstation für die Behandlung verseuchter Tiere



Das „Herz“ einer Entseuchungsstation: Der vom Pferch ausgehende absperzbare Durchlauf, in dem das Vieh behandelt wird.

A Sammelpferch für vorsortiertes Vieh im unsauberen Bereich der Station;  
 B Durchlauf für Einzeltiere — während des Durchlaufs findet eine Entseuchung statt; die Hufe der Tiere stehen in einem Reinigungsbad;  
 C Boxe zur veterinärärztlichen Untersuchung; gegen den Durchlauf hin abriegelbar, im sauberen Bereich der Station gelegen;  
 D Wasser-Tankwagen mit eigener Pumpanlage (Motorwagen);  
 E Wasser-Tankwagen mit eigener Pumpanlage (Anhängers);  
 F Trennzaun zwischen unsauberem und sauberem Bereich;  
 a Verteiler-Anschluß für mehrere Schlauchleitungen;  
 b Personal an den Reinigungsschläuchen;  
 c Wasserentnahmestelle mit mehreren Zapfstellen, die durch Leitung vom Tankwagen her beschickt wird;  
 d Schiebegatter zwischen Sammelpferch und Durchlauf;  
 e Schiebegatter der Boxe am Ende des Durchlaufes;  
 f Auslauf in den sauberen Bereich;  
 g Versickerungssicher ausgelegte Zuführungsgräben zur Sammelgrube für verunreinigtes Wasser.

werden markiert. Verseuchte oder verletzte Tiere werden durch den Durchlauf in einen kleineren Pferch, der etwa 200 m weiter entfernt bereits im Behandlungszentrum liegt, weitergetrieben. Dieser Pferch im unsauberen Bereich hat die Ausmaße von 6 — 8 m Länge und 5 — 7 m Breite. Er mündet ebenfalls in einen abriegelbaren Durchlauf ein. Sowohl Eingang als auch Ausgang dieses kleinen Pferchs sollten zur Vermeidung von Stauungen beim Treiben der Tiere angeschrägt angelegt werden.

Der Durchlauf, der vom kleinen Pferch aus in Richtung zum „sauberen“ Bereich der Anlage hin verläuft, ist das Herzstück der Anlage. Seine Länge beträgt 20 — 25 m, er ist 0,80 — 0,90 m breit und endet im „sauberen“ Bereich. In ihn werden die zu behandelnden Tiere einzeln eingetrieben; seine Länge läßt es zu, daß an

den in ihm entlang gehenden Tieren nacheinander alle erforderlichen Entseuchungsbehandlungen vorgenommen werden können.

### Behandlung der Tiere

Die Entseuchungsbehandlung erfolgt von beiden Seiten des Durchlaufes aus. Der Boden des Durchlaufes ist als Auffangbecken für das Waschwasser ausgebildet. Zunächst erfolgt eine intensive äußere Reinigung des Tieres durch Abspritzen mit Reinigungsflüssigkeit. Die Helfer, die hier, durch Schutzkleidung gesichert, die Säuberung durchführen, arbeiten mit mehreren Schlauchleitungen, die von einem Tankwagen aus beschickt werden. Es ist zu beachten, daß auf jeder Seite des Durchlaufes ein Tankwagen steht, der über einen eigenen Pumptrieb verfügt und Anschlüsse für mehrere Schlauchleitungen

hat. Ein zusätzlicher Wassertransportwagen steht in ständiger Bereitschaft, er dient auch zur Trinkwasserversorgung.

Das gesamte Schmutzwasser, das bei der Reinigung der Tiere im Durchlauf anfällt, wird in einem Abwässergraben-System aufgefangen und in eine Absorptionsgrube geleitet. Die Gräben sind so angelegt, daß eine Versickerung des verseuchten Wassers nicht erfolgen kann. In die Absorptionsgrube wird auch das Schmutzwasser eingeleitet, welches in der Desinfektionsstelle für Kleidung und Instrumente sowie in der Abteilung für die Behandlung von Personen anfällt. Die Abteilung für die Behandlung von Personen ist in einem Zelt untergebracht.

Nach der äußeren Reinigung gelangen die Tiere, deren Hufe in einem Reinigungsbad stehen, am Ende des Durchlaufes in eine Stand-

boxe von der Breite des Durchlaufes. Diese Standboxe steht bereits im „sauberen“ Teil der Anlage. Hier nehmen Veterinäre noch einmal eine gründliche Untersuchung der Tiere vor. Sie werden erneut einer dosimetrischen Kontrolle unterzogen und genauestens auf ihren körperlichen Zustand hin überprüft. Wird festgestellt, daß die äußere Reinigung eines Tieres nicht sorgfältig genug durchgeführt wurde, so wird das Tier in den kleinen Pferch im unsauberen Teil zurückgeführt und muß die ganze Prozedur noch einmal über sich ergehen lassen. Tiere, deren Zustand nach der Reinigung erkennen läßt, daß für sie keine weitere Gefahr mehr besteht, werden auf eine weiter entfernte Weide getrieben, auf der sie keinen Kontakt mit dem bereits zu Beginn ausgesonderten unverseuchten Vieh haben. (Fortsetzung folgt)

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Kiel.** Neue Vorsitzende der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein wurde Waltraud Sohst (Hausfrauenbund). Sie trat an die Stelle der verstorbenen Karla Dittmer. Zu ihren Vertreterinnen wurden gewählt: Erika Hering (Vorsitzende der Verbrauchergemeinschaft Lübeck) und Vera-Inge Alwest (Landesvorsitzende der Hausfrauen-Union). Zwischen der genannten Verbraucherorganisation und dem BVS bestehen auf Landes- und teilweise auch auf Kreis- und Ortsebene schon seit langem gute Beziehungen und fruchtbare Zusammenarbeit durch Informationsaustausch.

**Neumünster.** Bei einer im Rahmen einer Landesschülerwoche in der Falderaschule unter dem Motto „Langes Wochenende — Freizeit — sinnvoll gestalten“ durchgeführten Großveranstaltung war auch der BVS mit einem Informationsstand vertreten. Bei der von Schülern und Lehrern interessant und lehrreich gestalteten Ausstellung wurden über 1100 Besucher gezählt.

**Ascheberg.** Eine immer engere Zusammenarbeit wird zwischen den Frauenverbänden und dem BVS angestrebt. So hatten sich an der BVS-Schule Ascheberg zu einem Informations-Seminar unter dem Leitthema „Der Mensch in der Katastrophe“ die Vorstände der Ortsverbände der Hausfrauen-Union zusammengefunden. In Referaten und Aussprachen wurde die Kontroverse „Bedrohung/Schutz“ eingehend erörtert. Ministerialrat Dr. Zur nahm zu dem Thema aus der Sicht des Sozialmediziners Stellung. Uwe Greve (CDU-Landesverband) entwarf ein Bild des Krieges mit den damit verbundenen Folgen für die Zivilbevölkerung. Das Wesentliche beider Referate zusammenfassend, betonte Fachgebietsleiter Hoberg (BVS-Landesstelle), unter den heutigen Gegebenheiten und Möglichkeiten komme der Frau im Selbstschutz eine ganz besonders wichtige Aufgabe zu. Die Landesvorsitzende der Hausfrauen-Union, Vera-Inge Alwes, erklärte dazu: „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, unsere Mitglieder zur Mitverantwortung gegenüber allen Problemen des Zusammenlebens in unserem Staat heranzuziehen.“

**Uetersen/Moorrege.** Im Bereich der BVS-Dienststelle Pinneberg wurden weitere Selbstschutz-Grundlehrgänge durch die Fahrbare BVS-Schule unter der Leitung von Heinz Esch durchgeführt, so in Uetersen auf dem Fliegerhorst mit 22 Teilnehmern sowie im Gymnasium mit 20 Teilnehmern aus den Oberstufenklassen. Die Schule von Moorrege, einem bei Uetersen gelegenen Ort, hatte 28 Jugendliche als Teilnehmer gestellt. Mit viel Eifer und Bereitschaft beteiligten sich die Schüler an dem Lehrgang. Hierfür sprach Rektor Petzold ihnen am Schluß Dank und Anerkennung aus.

**Hennstedt.** Gemeinsam mit dem Landfrauenverein sowie der Evangelischen Frauenhilfe führte der BVS ein Informations-Seminar mit dem Leitthema: „Der Zivil- und Katastrophenschutz“ durch. Vorbereitung und Leitung lagen bei der für die Kreise Dithmarschen und Steinburg zuständigen BVS-Dienststelle Itzehoe. Deren Leiter, Gustav von Gruenewaldt, und der Beauftragte des BVS für Dithmarschen, Ernst Kroezus, sprachen zur Einführung. Die Referate hielten Ministerialrat Dr. Zur und Fachgebietsleiter Dieter Hoberg.

**Silberstedt.** Auf einer Tagung des Amtsausschusses unter Amtsvorsteher Hans Thomsen (Bollingstedt) referierte als Gast Fachbearbeiter Erich Schneider (BVS-Dienststelle Schleswig) über „Die allgemeinen Verwaltungsvorschriften für den Aufbau, die Förderung und die Leitung des Selbstschutzes“. Bei seinen Ausführungen kündigte er eine großangelegte Aufklärungsaktion in den Gemeinden an, wobei Freiwillige Feuerwehr, THW, DRK, ASB, JUH und MHD eingeschaltet werden sollten. Auch werde im Informationsheft des Amtes, das monatlich an alle Einwohner kostenlos abgegeben wird, ausführlich über den Selbstschutz in den Gemeinden berichtet werden.

## Besondere Verdienste um den Verband

Der Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Oberstadtdirektor Kuhn, hat Regierungsdirektor a. D. Dr. Hans Heinrich Dopatka und Ministerialrat Dr. Klaus Zur die Ehrennadel verliehen.

Dr. Dopatka hat sich während seiner Tätigkeit beim schleswig-holsteinischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für den Aufbau eines Katastrophen- und Selbstschutzes in der Landwirtschaft eingesetzt. Nach seiner Pensionierung 1970 übernahm er bei der BVS-Landesstelle ehrenamtlich die Leitung des Fachgebietes II 3 — Bau und Technik. Mit außerordentlicher Aktivität bemüht sich Dr. Dopatka hier um die Förderung des Schutzraumbaues im nördlichsten Bundesland. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit leistete er dem Verband wertvolle Dienste als Referent und als Leiter mehrerer „Ascheberger Gespräche“ wie auch von Podiums- und Forumsgesprächen.

Dr. Zur, Referent für Notfallmedizin, Gesundheitswesen im Zivilschutz und medizinischen Strahlenschutz im Landesministerium für Soziales und Gesundheit, arbeitet seit 1970 laufend mit dem BVS Schleswig-Holstein als Gastreferent bei größeren, repräsentativen Veranstaltungen im Landesstellenbereich zusammen. Durch seine lebendigen, anschaulichen Ausführungen über die Bedrohung des Menschen durch seine Umwelt und durch sich selbst, durch seine appellierenden Hinweise auf die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen hat er immer wieder bei den Zuhörern ein positives Echo gefunden.

## Hier zeigt sich ein Weg

In kleinen Gemeinden bedeutet die Freiwillige Feuerwehr oft den Ausgangspunkt für die Information der Bevölkerung. Ein gutes Beispiel hierfür zeigte sich in Schmalensee. Nach einem Einsatz der Fahrbaren Ausbildungsstelle 2/4 der auch für den Kreis Segeberg zuständigen BVS-Dienststelle Pinneberg in der Dörfergemeinschaftsschule Bornhöved konnte durch Vermittlung des Lehrers Gerhard Mühlenberg eine Information des BVS für die Mitglieder der Ortswehr und deren Angehörige an einem Übungsabend abgesprochen werden. Bereits für den nächsten Übungsabend konnte eine weitere Information über den Selbstschutz vereinbart werden. Auch eine Aufklärungsveranstaltung für die Bevölkerung sowie ein Grundlehrgang wurden in Aussicht genommen.

## „Erfreuliche Zusammenarbeit“

Seit drei Jahren ruft die Aktion „Saubere Landschaft e. V.“ die Notwendigkeit einer sauberen Landschaft, einer sauberen Stadt ins Bewußtsein der Bevölkerung. Unter dem Slogan „Sei kein Dreckspatz“ sind auch Helferinnen und Helfer des BVS an einzelnen Aktionen beteiligt gewesen. In dem Jahresbericht der Geschäftsstelle Hamburg findet die gute Zusammenarbeit mit dem BVS und anderen Organisationen ihre Anerkennung: „Die erfreuliche Zusammenarbeit mit anderen Verbänden wirkte sich auf unsere Leistungen sehr wirkungsvoll aus“ — z. B. mit „Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen“, „Landesverband Hamburg im Verband Deutscher Sportfischer“, „Verein Jordsand“, „Arbeiter-Samariter-Bund“, „Bundesverband für den Selbstschutz“, „Deutsches Rotes Kreuz“, „Deutsche Waldjugend“, „Johanniter-Unfallhilfe“ und dem „Technischen Hilfswerk“ — ebenso wie unsere guten Kontakte mit den Hamburger Behörden, Bezirks- und Ortsämtern.

## Wir gratulieren

Am 4. Februar feierte der ea. Leiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Eimsbüttel, Erich Stein, seinen 70. Geburtstag. Er war bereits beim RLB als LS-Lehrer und stellvertretender Leiter der Landesschule tätig. Im Oktober 1953 wurde Erich Stein bei der BLSV-Landesstelle Hamburg angestellt. Als Sachbearbeiter und später als Leiter der BLSV-Landeschule wurde er schnell bei den Helfern bekannt und beliebt. Während der Sturmflut-Katastrophe 1962 hat er sich als stellvertretender Einsatzleiter hervorragend bewährt, daß ihm für diesen Einsatz die Ehrennadel verliehen wurde. Seit seiner Pensionierung im Jahre 1969 leitete er die BVS-Dienststelle Hamburg-Eimsbüttel ehrenamtlich.

## Interesse geweckt

Über 30 Damen des Verbandes evangelischer Arbeitnehmerinnen hatten sich im Gemeindehaus Rennbahnstraße in Wandsbek eingefunden, um sich in einem Vortrag über den Selbstschutz zu informieren. Aus-

gehend von der Mitverantwortung der Frau in der Gesellschaft bis hin zu den Gefahren, mit denen wir leben müssen, gab Fachdienstleiter II 4 Bochert einen Überblick der uns ständig bedrohenden Umwelt. Eine lebhaft diskutierte schloß sich dem Vortrag an. Der Vorstand des Verbandes evangelischer Arbeitnehmerinnen wird in einer der nächsten Sitzungen darüber befinden, ob den Mitgliedern ein eigener Grundlehrgang angeboten werden soll oder ob die Teilnahme im Wohngebiet empfohlen wird.

## Bei den „Bürgern in Uniform“

Auf dem traditionellen Neujahrsempfang in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese war der BVS durch Landesstellenleiter m. d. W. d. G. b. Karl-Heinz Schumacher und Fachgebietsleiter II 4 Kurt Bochert vertreten. Der Kommandeur der Akademie, Generalmajor Jenett, begrüßte in seiner Ansprache neben dem 1. Bürgermeister Peter Schulz Alt-Bürgermeister Dr. Weichmann, Senator Seeler, aus Schleswig-Holstein Justizminister Schwarz und aus Niedersachsen Ministerialrat Dedekind. Er wechselte gute Wünsche mit zahlreichen Vertretern aus

Wirtschaft, Politik, Kultur, Kirche, Konsularkorps, Katastrophenschutzorganisationen und Behörden. Bei einem anschließenden kleinen Umtrunk kam es für die Vertreter des BVS zu neuen Begegnungen und gegenseitigen Absprachen über weitere Möglichkeiten der Information.

\*

Die „Hamburger Hausbrigade“ hatte zu ihrem Empfang den BVS nicht vergessen. BVS-Dienststellenleiter Ingram Bonny, für die Selbstschutzausbildung im Bereich der Brigade zuständig, sowie die Fachgebietsleiter Kurt Morjan und Kurt Bochert gehörten mit zu den Gästen des Kommandeurs der Panzergrenadierbrigade 17, Oberst Schröder, in der Boehnkaserne. Der Gastgeber betonte in seiner Ansprache, daß es neben vielen Sorgen als Truppe in einer Wohngegend auch Erfreuliches zu berichten gibt: „Die Zusammenarbeit mit den Behörden, Organisationen, Schulen usw. ist ausgesprochen gut.“ Die anschließend bei einem Umtrunk ausgetauschten Informationen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und den Offizieren der Bundeswehr gaben den Vertretern des BVS manche Anregungen für den Informationsauftrag des BVS auf Landes- und Dienststellenebene.



In der Führungsakademie: v. r. Generalmajor Jenett, Fachgebietsleiter Bochert, Landesstellenleiter m. d. W. d. G. b. Schumacher; ganz links Bürgermeister Schulz.

## Helfertagung

Unter der Überschrift „Auf den Selbstschutz darf auch heute nicht verzichtet werden“ brachte die „Meppener Tagespost“ einen halbseitigen Artikel über eine Helfertagung der Dienststelle Meppen in Haren.

Stadtdirektor Kley, der die Tagungsteilnehmer willkommen hieß, bedankte sich für die ehrenamtliche und aufopferungsvolle Tätigkeit, die die Helfer im BVS verrichten. Er bedauerte, daß gerade die Aufgaben des BVS immer wieder verkannt werden: „Unsere Mitmenschen denken an alles, nur nicht an Krisen und Katastrophen!“

Nachdem Dienststellenleiter Titzmann die Grüße der Bundestagsabgeordneten Seiters, Gerlach und Wolf, der Oberkreisdirektoren aus Lingen und Nordhorn und des Meppener Stadtdirektors Simon übermittelt hatte, hob er besonders die Tatsache hervor, daß diese Tagung von den ehrenamtlichen Helfern der Dienststelle Meppen gestaltet worden war. MdB Dr. Ritz ging kurz auf die Bedeutung des BVS ein, die mit Sicherheit nicht genügend im Bewußtsein der Bevölkerung verankert sei.

Es werde zwar viel über Verteidigungsbereitschaft diskutiert. Meistens sei hier jedoch nur die Bundeswehr gemeint. Dr. Ritz: „Und eines ist sicher: ohne den Selbst- und Zivilschutz kommt es bei der militärischen Verteidigung zumindest zu hohen Einbußen.“ Aber auch die öffentliche Hand müsse bereit sein zu helfen. Der Verteidigungsetat habe inzwischen ein enormes Ausmaß angenommen; die für den Zivilschutz bereitgestellten Mittel hingegen können nur als äußerst bescheiden bezeichnet werden. Diese Mittel stagnieren. Bei den gegenwärtig

steigenden Kosten könnte man sogar von einem stillen Abbau sprechen. Um so mehr gebühre den ehrenamtlichen Helfern des BVS Dank dafür, daß sie überhaupt noch „durchhalten“. Dr. Ritz bezeichnete ihre Tätigkeit als „ein wichtiges Stück Arbeit im Dienste des Allgemeinwohls“. Der Politiker versprach, sich — wo eben möglich — für die Belange des Verbandes einzusetzen. Kreisverwaltungsdirektor Hartmann übermittelte die Grüße von Kreistag und -verwaltung. Auch Hartmann bedauerte es, daß der Zivilschutz viel zu kurz komme.

## Grundlehrgang in der VHS

Mit Beginn des neuen Jahres bietet die Kreisvolkshochschule des Landkreises Osterode einen kostenlosen Sonderkurs an, der im Rahmen der Bürger-Selbsthilfe besondere Beachtung verdient. Was kann der einzelne Bürger tun, wenn eine Naturkatastrophe, Trinkwassernot (Ölverseuchung), Stromausfall oder Quarantäne-Maßnahmen für längere Zeit den gesamten privaten Bereich lahmlegen? Mit Unterstützung des Bundesministers des Innern führt

daher die Kreisvolkshochschule an sechs Abenden einen Selbstschutz-Grundlehrgang durch. Eine allgemeine und unverbindliche Vorinformation über dieses Vorhaben, über das Übungsprogramm und die Notwendigkeit gibt Dr. Hans Kropatschek (Göttingen). Das Thema des Abends lautet: „Menschliches Verhalten in der Gefahr“ und behandelt die praktischen und psychologischen Grundlagen, die jedermann wissen sollte.

# Bremen

## „Anlaufstelle“ im Zentrum

Landesstellenleiter Hans Umlauf unterstrich auf der Jahreshauptversammlung die Notwendigkeit, eine „Anlaufstelle“ mitten im Zentrum der Hansestadt zu haben. Die neu angemieteten Diensträume hätten sich inzwischen schon als sehr förderlich für die gesamte Arbeit erwiesen. Begrüßt werde aber auch die so lange vermißte Möglichkeit, Informations- und Ausbildungsveranstaltungen in den eigenen Räumen durchführen zu können. Im übrigen sollte die Landesstelle durchaus zufrieden sein mit dem abgelaufenen Jahr, das auch den Umzug von der früheren Landesschule Ritterhude mit sich brachte.

Mit Bedauern wurde von den Teilnehmern in der Jahreshauptversamm-

lung zur Kenntnis genommen, daß Landesstellenleiter Umlauf durch die kommissarische Leitung der Landesstelle Hannover nicht mehr so viel Zeit für die Arbeit in Bremen erübrigen kann wie bisher.

## Feuerlöschübung der DBP

Im Rahmen der jährlich durchzuführenden Feuerlöschübung war die Dienststelle Bremen im Fernmeldeamt I der Deutschen Bundespost tätig. Mit der Thematik „Brandbekämpfung als Maßnahme des Selbstschutzes am Arbeitsplatz“ wurden mehr als 350 Postbedienstete konfrontiert. Auf Wunsch des Bezirks-selbstschutzleiters wurden nach der Vorführung des Films „Das Wesen des Feuers“ Gruppen von 70 Personen in interessant gestalteter Form über

Brandklassen, Arten von Bränden, Löschtaktik und Löschtechnik, bezogen auf die Diensträume des Fernmeldeamtes, unterrichtet.

## Info-Veranstaltung

Die Dienststelle Bremerhaven führte innerhalb einer Personalversammlung vor 240 Angehörigen des Hansestadt Bremischen Amtes eine Info-Veranstaltung über „Wesen und Aufgabe des Selbstschutzes der Bevölkerung“ durch. Zwei weitere Veranstaltungen vor mehr als 80 Teilnehmern anlässlich einer Mitgliederversammlung des „Automobil Clubs Verkehr“ und einer Dienstversammlung des Polizeiabschnitts Wesermünde vor 46 Beamten der Schutzpolizei befaßten sich mit Themen der zivilen Verteidigung und des Selbstschutzes.

## Nachruf

Die Mitarbeiter im Bereich der Landesstelle NW bedauern das Ableben nachfolgend aufgeführter, langjähriger ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter:

Werner Luck, Dienststelle Herford, infolge Unglücksfalles im Alter von 33 Jahren. Er gehörte dem BVS seit 1964 an und war ein geschätzter Mitarbeiter und zeichnete sich durch besondere Aktivität aus.

Heinrich Küting-Neuheuser, zuletzt wohnhaft in Bern, bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Leiter der Bezirksstelle Detmold. K. gehörte zu den ersten Mitarbeitern des BLSV/BVS und leistete ab 1952 wertvolle Aufbauarbeit für den Verband. Hierfür wurde ihm die Ehrennadel des Verbandes verliehen. K. verschied wegen Herzversagens unerwartet im Alter von 70 Jahren.

Hans Becher, Leiter der BVS-Dienststelle in Hagen, verstarb unerwartet im Alter von 60 Jahren. Er gehörte dem Verband seit 1963 an und war ein allseits geschätzter Mitarbeiter.

## Tagung für Ordnungsamtsleiter

Die BVS-Schule NW hatte erneut Gelegenheit, vor Behördenvertretern — diesmal vor Ordnungsamtsleitern des Ennepe-Ruhr-Kreises — die Notwendigkeit der zivilen Verteidigung und das humanitäre Anliegen des Zivilschutzes deutlich zu machen. Ausschnitte aus dem Grundlehrgang gaben die Anregung, innerhalb der Verwaltungen für den Schutz der eigenen Bediensteten Vorsorge zu treffen.

## Vorurteile abgebaut

Von Mitte August bis Ende November wurde in Goch für 123 Schülerinnen und Schüler der Abschlußklassen der Realschule sowie in einer Fachober- und Handelsschulklasse erstmals eine Grundausbildung durch-

geführt. Welche Resonanz dieser Versuch bei der Lehrerschaft und den Schülern gefunden hat, zeigt das nachfolgend — auszugsweise — wiedergegebene Schreiben des Leiters der Gocher Realschule, Direktor Haschberger: „Alles in allem gesehen, freuen wir uns, daß Sie bei uns waren, und hoffen, daß Sie auch unseren nächsten Entlaßjahrgang wieder betreuen werden.“

## Wilhelm Wolf ausgezeichnet

Im Rahmen einer Feier der Dienststelle Leverkusen wurde Wilhelm Wolf (68), Opladen, Kanalstraße 101, durch Bereichsbeauftragten Josef Kirfel die vom Vorstand des BVS verliehene Ehrennadel überreicht.

## 40 Helfer geworben

Im 2. Halbjahr 1973 wurden bei Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit und bei Lehrgängen im Dienstbereich Moers 8 Personen für eine Mitarbeit im BVS und 32 Personen für die Mitarbeit in einem der Katastrophenschutzdienste gewonnen.

## Internationale Besetzung

25 Schwesternschülerinnen und Pfleger der Unterstufe im St.-Josef-Hospital in Börnig/Sodingen nahmen an einer Selbstschutz-Grundausbildung — durchgeführt von der BVS-Dienststelle Herne — teil. Die Lehrgangsteilnehmer — unter ihnen 12 Deutsche — kamen aus Indien (9), Jugoslawien (1), Uganda (1), Tansania (1) und Mauretanien (1). Die BVS-Ausbilder Gerhard Kunstler und Johannes Adick waren voller Lob. Die Überprüfung der erworbenen Kenntnisse wurde in Anwesenheit des Leiters der Schwesternschule, Chefarzt Dr.

Böhner, sowie Oberin Schwester Mechthilde und der Schulschwester Scholle vorgenommen.

## Frohe Stunden in Aachen

Die BVS-Dienststelle Aachen veranstaltete einen Unterhaltungsabend für alle Helfer, an dem auch der Leiter der BVS-Landesstelle NRW, Günther Kopsieker, Fachgebietsleiter Gerhard Merten sowie der Bereichsbeauftragte Peter Leufgens aus Köln teilnahmen. Unter den vielen Gästen konnten Dienststellenleiter Erich Janke als Vertreter des Oberstadtdirektors Oberamtsrat Hugot begrüßen, Reinhard Rörich als Vertreter des Rektors der Rheinisch-Westfälischen-Technischen Hochschule, die Ratscherrin Frau Fromholz sowie den Kommandanten der belgischen Streitkräfte, Maes.

## „Sehr rege Mitarbeit“

Gehörlosen wurde in Solingen erstmals Gelegenheit geboten, an einem Grundlehrgang teilzunehmen. Der Vortrag und die Demonstrationen von Lehrgangsleiter Bruno Ehrlich wurden durch Pastor Otto, der im evangelischen Kirchenkreis Solingen für die Gehörlosen-Betreuung zuständig ist, verdolmetscht. „Sehr rege Mitarbeit und zum Teil echte Begeisterung“, war das Urteil des Lehrgangsleiters Ehrlich am Ende der Ausbildung.

## An die Spitze gesetzt

Innerhalb von sieben Wochen haben 122 Damen und Herren unter starker Beteiligung des höheren Dienstes des Landesinnenministeriums an einer Grundausbildung teilgenommen. Das Innenministerium hat sich damit in der Beteiligung der Bediensteten an dieser Ausbildung an die Spitze der Obersten Landesbehörden gesetzt.



**Besuch beim BVS in Trier: (v. l.) Landesstellenleiter Kunde, Dienststellenleiter Linden, Parlamentarischer Staatssekretär Jung und Amtsgerichtsrat Hilgers.**

## **Staatssekretär Jung besuchte BVS-Dienststelle Trier**

Die BVS-Dienststelle Trier hatte Besuch aus Bonn, über den die ehren- und hauptamtlichen Kräfte erfreut waren: Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Kurt Jung, war auf Einladung des FDP-Bezirksvorsitzenden, Amtsgerichtsrat Hans Peter Hilgers, nach Trier gekommen. Staatssekretär Jung wurde in den Räumen der BVS-Dienststelle von Landesstellenleiter Kunde begrüßt. Dienststellenleiter Linden berichtete in einem Kurzvortrag über den Dienstbereich und die Tätigkeit im Jahre 1973. Linden hob hervor, daß die Dienststelle in den Dienstbereichen von vier weiteren Dienststellen Aufklärungs- und Ausbildungsveranstaltungen durchführt. An meßbaren Leistungen wurden im Berichtsjahr 143 Grundlehrgänge, 21 Fachlehrgänge, 3 Ausstellungen, 80 Aufklärungsveranstaltungen und 28 sonstige Veranstaltungen durchgeführt. Diese Leistungen konnten nur mit Hilfe der 31 aktiven ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen vollbracht werden.

Mit den Mitarbeitern konnten viele Fragen erörtert werden. Besonders interessierten die Angaben von Staatssekretär Jung über die vorgesehene Neueinteilung der Dienstbereiche, so daß in Rheinland-Pfalz nur fünf bis sechs Dienststellen

bestehen blieben. Gleichzeitig soll die hauptamtliche Besetzung aber vergrößert und weitere Dienstfahrzeuge zur Verfügung gestellt werden. Durch die vorgesehenen Maßnahmen werde — so hofft man — eine bessere Einsatzplanung für ehrenamtliche Kräfte und somit eine optimale Betreuung der Bevölkerung im Selbstschutz möglich. Staatssekretär Jung verabschiedete sich mit Dank und Anerkennung von den Anwesenden.

## **Mit 1973 zufrieden**

Zu einer Arbeitsbesprechung hatten sich die Mitarbeiter der Dienststelle Birkenfeld in Wilzenberg-Hußweiler versammelt. Dienststellenleiter Becker erstattete den Jahresbericht 1973, der von den Sachbearbeitern Werner Fuck, Elli Broich, Willi Becker und Helmut Schitteck ergänzt wurde. Insgesamt gesehen war man mit der geleisteten Arbeit zufrieden. Der Einsatz der fahrbaren Ausbildungsstelle des Verbandes — besonders in Schulen und bei kommunalen Dienststellen — war erfolgreich.

## **Einblick erhalten**

Umfassende Eindrücke gewannen die Birkenfelder Jungsozialisten bei einem Seminar der BVS-Landes-

schule. Schulleiter Schnittker sowie die Fachlehrer Mörscher und Weißgerber erarbeiteten mit den Jungsozialisten vor allem das Wesen und die Aufgaben des Selbstschutzes und machten sie zugleich mit der Problematik dieser wichtigen Einrichtung vertraut. Mit dem Dank für die erhaltenen Informationen verbanden die Teilnehmer den Wunsch, daß die Bemühungen der Landesschule auf einer noch breiteren Ebene wirksam werden.

## **237 Veranstaltungen**

Den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern legte der Leiter der Dienststelle Koblenz, Mathias Illigen, einen umfassenden Jahresbericht 1973 vor. In enger Zusammenarbeit mit dem Städtischen Amt für Zivil- und Katastrophenschutz wurden von den ehrenamtlichen BVS-Fachlehrern auf 237 Veranstaltungen 6887 Teilnehmer aus- bzw. fortgebildet. Im einzelnen handelte es sich um 157 Grundlehrgänge (4276 Teilnehmer), 11 Fachlehrgänge (308), 10 fachliche Unterrichtungen (547), 11 Arbeitsgemeinschaften (84) und 48 Aufklärungsveranstaltungen (1672). Landesstellenleiter Kunde würdigte die Aktivität in Koblenz und sprach allen Helfern sowie dem Leiter des Amtes für Zivil- und Katastrophenschutz, Stadtamtmann Schmitz, Dank und Anerkennung aus. Aus den Händen des Landesstellenleiters erhielt Bauberater Gerd Schaaf eine Dankurkunde für langjährige Mitarbeit.

## **Wolfgang Godau †**

Durch einen tragischen Verkehrsunfall kam zu Anfang des Jahres Wolfgang Godau von der BVS-Dienststelle Mayen ums Leben. Er wurde 1931 in Leipzig geboren und war ab 1960 hauptamtlich bei der Dienststelle Herten in Westfalen und von 1968 an in der Dienststelle Mayen als Fachbearbeiter und zuletzt als kommissarischer Leiter der Dienststelle tätig.

## Gemeinsam feiern

Gute private Kontakte sind für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen hauptamtlich Bediensteten und ehrenamtlichen Helfern unerlässlich. Die BVS-Dienststelle Gießen hatte beide Gruppen zu einem Betriebsausflug eingeladen. Man wanderte zum nördlichsten Punkt des Limes in der Gemarkung Pohlheim. Anschließend traf man sich in der Jägerstube einer Aussiedlerhof-Gaststätte in Pohlheim.

## Ausstellungen 1974

Die Wanderschau „Rund um den Katastrophenschutz“ wird vom 1. bis 9. Juni auf dem Hessianstag '74 in Fritzlar und vom 31. August bis 8. September auf der GIHAGA '74 in Gießen gezeigt werden.

Die Wanderschau „Schutzraumbau“ wird vom 18. bis 23. Mai in Frankfurt auf der Ausstellung Rhein-Main '74 und vom 28. September bis 6. Oktober auf der Osthessenschau in Fulda aufgebaut.

Die Wanderschau „Vorsorge in Grün“ wird auf der Ausstellung der DLG

in Frankfurt vom 15. bis 22. September zu sehen sein.

Die „Henry-Moore-Ausstellung“ wird vom 10. bis 26. Juni im Gebiet der Dienststelle Gießen gezeigt.

Die „Kojé“ wird zu sehen sein: vom 27. April bis 5. Mai auf der Nordhessenschau in Eschwege, vom 24. August bis 1. September auf der IVA in Darmstadt, vom 14. bis 29. September auf der Herbstausstellung Kassel und vom 1. bis 10. November auf der HAFA '74 in Wiesbaden.

Die „Informationsstände“ werden aufgebaut: vom 27. April bis 5. Mai auf der Ausstellung in Limburg, vom 19. bis 25. Mai auf der Frühjahrsmesse Wächtersbach, vom 8. bis 16. Juli während des Feuerwehreffestes in Friedrichsdorf, vom 12. bis 15. Juli beim Rosenfest in Steinfurth, vom 23. August bis 1. September bei der 1100-Jahr-Feier Kelkheim und vom 24. August bis 1. September auf der IVA Darmstadt.

## Schützenverein initiativ

In der Taunusgemeinde Bremsthal hatte der neugegründete Schützen-

verein alle Bürger zu einer Aufklärungsveranstaltung eingeladen. Der Vertreter des Bürgermeisters begrüßte die Teilnehmer, unter ihnen Vertreter des Gemeindevorstandes, der öffentlichen Körperschaften und der Ortsvereine. Nach der lebhaften Diskussion im Anschluß an den Vortrag und die Filmvorführungen — die Durchführung hatte die BVS-Dienststelle Kelkheim übernommen — konnten bereits einige Anmeldungen für einen Grundlehrgang angenommen werden. Der Schützenverein forderte in den „Bremsthaler Gemeindepapieren“ die Bürger auf, an Selbstschutz-Grundlehrgängen des BVS teilzunehmen.

## BVS informiert

Die BVS-Landesstelle wird im laufenden Jahr wieder eine Reihe von Informationstagen bzw. -seminaren durchführen. Vorgesehen sind für die Dienststellen Darmstadt, Fulda, Gießen und Hanau je drei, für Heppenheim, Kassel, Kelkheim, Offenbach, Wetzlar und Wiesbaden je zwei und für Frankfurt eine Informations-

## Besuch beim Nachbarn

Seit über 10 Jahren unterhalten saarländische BVS-Mitarbeiter freundschaftliche Kontakte zum französischen Zivilschutz, der Protection Civile, in Metz, zuständig für das Moseldépartement. Nachdem deren Direktor A. Bizeul wiederholt an der überregionalen Schule des BVS in Birkenfeld Vorträge über die Organisation der Assoziation pour la Protection Civile vor Mitarbeitern des BVS gehalten hatte, besuchte eine Gruppe von Mitarbeitern aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland die französische Zivilschutzschule Centre interdépartementale d'études de la Protection Civile de Metz in Jussy. Zu der deutschen Besuchergruppe gehörten der Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit Oskar Wachsmuth (Dillingen), der Fachgebietsleiter für Ausbildung Christian Koch (Merzig), die Beauftragte für Frauenarbeit im Raum Südwest-

deutschland Anita Darimont (Saarbrücken) sowie der Leiter der BVS-Schule in Birkenfeld, W. Schnittker, und BVS-Fachlehrer Konrad Weißgerber (Birkenfeld). Die Abordnung wurde bei ihrem Eintreffen in Jussy, einem kleinen Ort unweit von Metz, durch Direktor A. Bizeul, dessen Gattin und dem Leiter der Schule, Mr. Hübsch, herzlich willkommen geheißen. In der herrlich gelegenen Schule fand zum Zeitpunkt des Besuches ein mit 70 Secouristen belegter Erste-Hilfe-Lehrgang für Spezialisten in der Wiederbelebung statt, der den Gästen einen Einblick in die Lehrmethodik der französischen Zivilschutzorganisationen vermittelte. Am Nachmittag hatten die Gäste Gelegenheit, in der Schule der Verleihung des Verdienstkreuzes in Bronze des Französischen Roten Kreuzes an Direktor A. Bizeul und seinen Mitarbeiter Hübsch durch den

Präsidenten des Französischen Roten Kreuzes im Département Moselle beizuwohnen. In einer Arbeitsbesprechung über aktuelle Fragen der Zivilschutzarbeit diesseits und jenseits der Landesgrenzen kam auch der Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit der Städte Saarbrücken und Metz auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes zum Ausdruck. Ebenso wurde zwischen der französischen Schule und der in Birkenfeld die Möglichkeit einer Vertiefung der gegenseitigen Informationen geprüft. Im Rahmen des Programms des Freundschaftsbesuches wurde auch eine Fahrt zu den Schlachtfeldern von Verdun durchgeführt. Der starke Eindruck fand in den Schlußgesprächen am Ende des Besuchstages seinen Niederschlag. Für den Frieden einzutreten, gehöre mit zu den Aufgaben der Helfer der Zivilschutzorganisationen in Frankreich und Deutschland.



## Wertvolles Wissen und Können

Im Einvernehmen mit dem Leiter des Amtes für Feuerwehr ermöglicht die BVS-Dienststelle Pforzheim die Erfüllung der „Geschäftshausverordnung“ durch Vermittlung der Selbstschutz-Grundausbildung durch fachliche Unterrichtungen und Aufklärungsveranstaltungen. Bereits im Frühjahr vergangenen Jahres wurde für die Hausfeuerwehr des Kaufhauses „Mercur“ eine Grundausbildung durchgeführt. Anschließend konnten alle Teilnehmer das theoretische Wissen auf dem KS-Übungsgelände in der Paxis anwenden. Dabei wurden die Leistungsgrenzen der Feuerlöscher erkannt und die Zuverlässigkeit der Einstellspritze und die Wirkung des Löschwassers schätzen gelernt. In der Zwischenzeit sind bereits weitere Kaufhäuser und einige Industriebetriebe mit der Bitte um Unterstützung und Ausbildung an die BVS-Dienststelle Pforzheim herangetreten.

## Helfervertretung

Harald Exner hat sein Amt als 2. Stellvertreter der Helfervertretung der Landesstelle aus persönlichen Gründen niedergelegt. Somit rückt der Helfervertreter der BVS-Dienststelle Karlsruhe, Helmut Gerhardt, nach.

## Ausstellung in Friedrichshafen

In Anwesenheit vom Ersten Bürgermeister Dr. Flemming, Oberregierungsrat Jödicke (Landratsamt Bodenseekreis) sowie Vertretern von THW, DRK, JUH und DLRG wurde die Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ auf dem IBO-Messegelände durch den Leiter der BVS-Dienststelle Friedrichshafen, Kurt Aschmann, eröffnet. Nach einem Rundgang durch die Ausstellung mit Fahrzeug- und Geräteschau örtlicher Katastrophenschutzorganisationen betonten Bürgermeister Dr. Flemming

und Oberregierungsrat Jödicke die Notwendigkeit solcher Ausstellungen, um den Katastrophenschutz im Bewußtsein der Bevölkerung wachzuhalten und die Vielschichtigkeit darzustellen. Bis zum Ende der Wanderausstellung wurden über 3 000 Personen gezählt.

## Rundfahrt mit Hindernissen

Die BVS-Dienststelle Friedrichshafen führte in Zusammenarbeit mit örtlichen Organisationen eine Veranstaltung „Kraftfahrer unterwegs“ durch. Der gesamte Erlös dieser Veranstaltung kam der „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e. V.“ (Haus Tannenhag in Friedrichshafen-Fischbach) zugute.

Unter der Schirmherrschaft von Landrat Martin Herzog wurde diese Veranstaltung vom BVS zusammen mit dem ADAC, dem DTC, der Deutschen Verkehrswacht, dem DRK und der JUH durchgeführt. Dienststellenleiter Kurt Aschmann trat bei dieser Veranstaltung im Namen der mitwirkenden Organisationen als Veranstalter auf. Gestartet wurde in Friedrichshafen am Güterbahnhof, Ziel war Oberteuringen. Am Start wurde eine Aufgabenbeschreibung mit Streckenplan ausgegeben. Punkt 10 Uhr gab Carl Herzog von Württemberg den 70 Teilnehmern das Startzeichen; die ersten Fahrzeuge gingen auf den 100 km langen Rundkurs. Einfallsreichtum und Orientierungsvermögen bei den vom BVS gestellten Aufgaben, Reaktionsvermögen beim Test der Verkehrswacht, vorschriftsmäßige und ergänzende Fahrzeugausrüstung für Pannen und Nächstenhilfe sowie Geschicklichkeit in einem Parcours auf den Stationen der Automobilclubs, Kenntnisnachweis aus den Sofortmaßnahmen am Unfallort bei DRK und JUH, das Ablöschen brennender Kleidung von Personen auf der BVS-Station waren die zu bewältigenden Aufgaben.

Zu der Siegerehrung gegen 20 Uhr kamen 250 bis 300 Personen. Vom Organisator der Veranstaltung, BVS-

Dienststellenleiter Kurt Aschmann, wurden als Ehrengäste begrüßt: Der Schirmherr Landrat Martin Herzog, Carl Herzog von Württemberg, Bürgermeister Xaver Kreuzer aus der gastgebenden Gemeinde Oberteuringen und zahlreiche Vertreter der mitwirkenden Organisationen. Zwei versteigerte Freiflüge, eine Sammlung bei den ehrenamtlichen Helfern des BVS und der Erlös aus den Nennungen ergaben den Gewinn von 1 150 DM.

Neben dieser Veranstaltung wurde von der BVS-Dienststelle die Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ auf dem IBO-Messegelände gezeigt.

## Ehrungen

Herr Berger, Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Karlsruhe, ist nun 25 Jahre im öffentlichen Dienst tätig. Aus diesem Anlaß überbrachte Bereichsbeauftragter Hainecker die Urkunde mit Grüßen des Landesstellenleiters Görnemann und ein Schreiben von Verwaltungspräsident Franke (Bundeshauptstelle). Herr Berger trat 1967 in den Dienst des BVS ein und ist heute ein erfahrener Ausbilder. Den guten Wünschen für die Zukunft schlossen sich Dienststellenleiter Bodemüller und seine Mitarbeiter an. Helfervertreter Gerhardt dankte Herrn Berger für seine bisherige Tätigkeit.

\*

Die Ehrennadel des BVS erhielt Frau Maria Staudinger für ihre 40jährige Tätigkeit im RLB und BVS von Bereichsbeauftragten Hainecker im Auftrag des Landesstellenleiters überreicht. Die BVS-Dienststelle Karlsruhe zählt nun 7 Träger dieser Auszeichnung. Oberbaurat Dipl.-Ing. E. Ulbrich, Leiter des Amtes für Zivilschutz, überbrachte der Jubilarin ein Blumengebinde mit einer Schleife in den Farben der Stadt. Dienststellenleiter Bodemüller überreichte ebenfalls Blumen. Helfervertreter Gerhardt brachte ein Geschenk zur Erinnerung an diesen Ehrentag.

## Podiumsdiskussion in Amberg

Die BVS-Dienststelle Amberg hatte in den großen Rathaussaal zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, die von den Vertretern der öffentlichen Verwaltungen und der Wirtschaft sehr gut besucht war. Dienststellenleiter Josef Stiegler konnte hierzu die Abgeordneten MdB Dr. Heinrich Aiger und MdL Dr. Hans Wagner, Oberbürgermeister Franz Prechtel, Landrat Dr. Raß, Regierungsdirektor Ernst Wirner von der Regierung der Oberpfalz, Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting, Senator Fritz Renner, Bezirksrat Martin Schwarz und zahlreiche Bürgermeister aus dem Großlandkreis begrüßen. Das Plenum konnte an die Genannten einschlägige Fragen richten.

Landrat Dr. Raß nahm die Gelegenheit wahr, der BVS-Dienststelle Amberg für eine sehr rege und verdienstvolle Aufklärungsarbeit in den Landkreismunicipalitäten zu danken.

Die zwei Stunden dauernde Aussprache leitete der Bereichsbeauftragte des BVS für die Regierungsbezirke Oberpfalz und Oberfranken, Fritz Polster. Beim Thema Schutzraumbau zeigten sich Vertreter von Firmen für die technischen Voraussetzungen und die finanziellen Anreize sehr interessiert. Regierungsdirektor Wirner informierte, daß für den Bereich des Regierungsbezirks 1972 insgesamt Anträge für 102 Schutzplätze gestellt wurden, bezuschußt wurden bisher insgesamt 270 Schutzplätze. Landrat Dr. Raß gab bekannt, daß der Einbau eines Schutzraumes im Kurfürstlichen Schloß einen Aufwand von 1/4 Mill. DM notwendig machen würde. Oberbürgermeister Franz Prechtel skizzierte das bald abgeschlossene Projekt „Tiefgarage“ mit 4000 — 5000 Schutzplätzen. Trotz großer Folgekosten habe man sich positiv entschieden.

Über die gesetzgeberischen Aktivitäten des Bundestages und der jeweiligen Bundesregierung referierte MdB Dr. Heinrich Aiger, der die Bemühungen des Landrats und Oberbürgermeisters mit der Forderung unterstrich, in Versammlungen in Stadt und Land und vor allem auch in Betrieben und in Behörden das Aufklärungsprogramm des BVS verstärkt anzubieten. Der

Abgeordnete schlug vor, in Amberg Schulungstage zu ermöglichen, da die interessierten Bevölkerungskreise nicht immer mehrere Tage in Tutzing sein könnten. Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting stellte besondere Lehrgänge für die Selbstschutzberater, die dem Bürgermeister zur Hand gehen, für die nächste Zukunft in Aussicht. Landrat Dr. Raß will seine Bürgermeister hinweisen, gerade in Bürgerversammlungen den BVS mit Kurzvorträgen und Filmen zu Wort kommen zu lassen. Über die Einordnung des früheren Luftschutzhilfsdienstes in den Erweiterten Katastrophenschutz sprach Kreisbrandrat Fritz Busch.

## Ehrennadel verliehen

Mit der Ehrennadel des BVS wurden der Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Andreas Urschlechter, und der Rechtsreferent der Stadt, Dr. Richard Sauber, ausgezeichnet. Dr. Urschlechter ist es insbesondere zu verdanken, daß Räumlichkeiten für die Selbstschutzzüge kostenlos bereitgestellt und Ausbildungsgelände und Geräte Räume zugewiesen wurden. Besondere Hilfestellung leistete er dem Verband in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bayer. Städteverbandes und Mitglied des bayer. Senats. Rechtsreferent Dr. Sauber arbeitet seit Jahren eng mit der BVS-Dienststelle zusammen und erleichtert durch sein tatkräftiges Eintreten die Arbeit des Verbandes ganz wesentlich. Dr. Urschlechter erhielt die Ehrennadel aus der Hand des Präsidenten des BVS, Oberstadtdirektor Heinz-Robert Kuhn; Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting überreichte Dr. Sauber die Auszeichnung.

✱

Anläßlich des 75. Geburtstages von Oberst a. D. Dipl.-Ing. Heinz Schmid richtete die BVS-Dienststelle Dachau in Verbindung mit dem Kreisverband des Deutschen Soldaten- und Kriegerbundes im Saal der Parkvilla eine Feier aus. Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting überreichte dem Jubilar die BVS-Ehrennadel und würdigte seine Arbeit für den Verband. Schmid ist seit 1963 ehrenamtlicher Helfer und hat sich seit 1966 als BVS-Fachlehrer bei über 100 Grundlehrgängen und anderen

Veranstaltungen auf den Gebieten der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung mit außergewöhnlichem Erfolg eingesetzt.

## Nachruf

Wir bedauern den Tod unseres langjährigen BVS-Mitarbeiters Maschinenbau-Ing. Heinz Schmiedel, der am 11. Januar im 67. Lebensjahr von uns gegangen ist. Am Grab würdigte der Leiter der BVS-Dienststelle Kaufbeuren, Erwin Elbl, die Verdienste des Verstorbenen. Schmiedel war als Kreisstellenleiter und in letzter Zeit als Beauftragter des Landkreises Mindelheim für den BVS tätig.

✱

Durch einen tragischen Verkehrsunfall kam am 3. Januar der ehrenamtliche Mitarbeiter des BVS Karl Philipp im Alter von 48 Jahren ums Leben. Er hinterläßt Frau und 8 Kinder. Im Jahre 1959 stellte sich Philipp der damaligen Kreisstelle Kemnath zur Verfügung und erwarb die Befähigung zum BVS-Lehrer. Durch die Neuorganisation im BVS kam Philipp zur Dienststelle Weiden. Als Stellvertreter des Beauftragten im Landkreis Kemnath leistete er unermüdete, überzeugende Aufbauarbeit.

## Jahresabschlußfeier

In Anwesenheit des Landesstellenleiters konnte Dienststellenleiter Koitek zu der Jahresabschlußfeier der Dienststelle Deggendorf unter den Gästen MdB Handlos, OB Heckscher, Major im BGS Launspach sowie mehrere Bürgermeister und Direktoren der Schulen begrüßen und einen Bericht über die von der Dienststelle 1973 geleistete Arbeit geben. Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting stellte in seinem Referat die Öffentlichkeitsarbeit als erste Aufgabe des Selbstschutzes heraus. MdB Handlos zeigte sich erfreut über die gute Bilanz der Dienststelle und sagte zu, sich für die Belange des Verbandes als Mitglied des Verteidigungsausschusses wie als Vorsitzender des Militärpolitischen Arbeitskreises der CSU einzusetzen. OB Heckscher gab seiner besonderen Freude über die stattliche Zahl von jugendlichen Mitarbeitern beim Selbstschutz Ausdruck.



## Fortbildung für Führungskräfte auf neuen Wegen

Die Fortbildung der Führer und Unterführer stellt die Organisationen vor besondere Schwierigkeiten. Das KatSG verlangt in der Vwv Ausbildung Ziff. 22 von den beteiligten Stellen, auf die Eignung der Helfer zur Wahrnehmung von besonderen Tätigkeiten zum Unterführer oder Führer zu achten und Helfer, die sich durch Haltung und Leistung besonders herausheben, frühzeitig zu fördern. Hierbei sollen insbesondere solche Helfer berücksichtigt werden, die sich auf längere Zeit zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet haben und im Verteidigungsfall zur Verfügung stehen.

Jeder, der in der Praxis mit der Aufstellung oder Aufrechterhaltung einer Einheit zu tun hat, weiß, daß es nicht damit getan ist, entsprechende Helfer zu erkennen und zu fördern, sondern, daß in erster Linie das Interesse und die Verantwortungsfreude entsprechend geeigneter Helfer geweckt werden müssen. Daß ein großer Teil derer, die sich für längere Zeit zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet haben, oft mit ganz anderen Absichten in die Organisationen kommt, als dort Führungsaufgaben zu übernehmen, ist bekannt. Übernahme entsprechender Verantwortung verlangt zusätzlich Engagement, Zeitaufwand und Arbeit — Arbeit an sich selbst und für die übertragene Aufgabe. Viele als Führer und Unterführer geeignete Helfer müssen deshalb erst für eine derartige Aufgabe gewonnen und sodann geschult werden.

Dies bedeutet für die ehrenamtlichen Führungskräfte eine zusätzliche Aufgabe, die zur Belastung werden kann, weil neben Beruf, Familie und der oft sehr umfangreichen Organisations- und Ausbildungsarbeit in den Einheiten meist für solche zusätzliche Tätigkeit gar keine Zeit bleibt. Besonders in größeren Einheiten, in denen der Kontakt zum einzelnen Helfer nicht so gepflegt werden kann wie in kleinen Einheiten, ist diese Aufgabe meist durch den Einheitsführer allein gar nicht zu lösen. Ein ähnliches Problem ist die Förderung und Weiterbildung der Führungskräfte. Auch der schon seit

Jahren tätige Führer oder Unterführer wird auf die Dauer nicht seine letzte Erfüllung finden, wenn er nicht immer wieder neue Impulse und Denkanstöße erhält. In jeder Organisation muß man sich deshalb Gedanken machen, wie die bewährten und erprobten Helfer, die ja letztlich die tragenden Kräfte in jeder Einheit sind, stets aufs Neue für die übernommene Aufgabe begeistert, verpflichtet und weitergebildet werden können.

Geschäftsführer Hilpert in Gunzenhausen, der schon bezüglich der Ganztagsausbildung auf der Basis des Geschäftsführerbereiches bahnbrechend war, hat — in Erkenntnis dieser Lücke — nun nach einer Lösung gesucht und diese auch gefunden. Am 12. Januar fand in Gunzenhausen erstmals eine überörtliche Schulung der Führungskräfte unter Hinzuziehung eines erfahrenen Pädagogen und Psychologen, Studienrat Werner Spoerl, statt. Thema: Einführung in die Psychologie und Didaktik. Den 74 Teilnehmern wurde in einer mehrstündigen Schulung mit eingehender Sach- und Fachdiskussion die Technik der Information und Teamarbeit nahe gelegt. Das Konzept sah folgendermaßen aus:

### Technik der Information und Teamarbeit

#### 1. Auftrag, Ziel

Ich habe einem Team (Arbeitsgruppe) eine Information mitzuteilen.

1.1 Handfertigkeiten: Einsatz von Geräten und Maschinen.

1.2 Ethische Einstellung: Hilfeleistung: Teamarbeit.

1.3 Ich muß Interessen wecken. (Schwierigkeiten)

#### 2. Voraussetzungen

2.1 Ich muß selbst interessiert sein.

2.2 Das, was ich anderen beibringen will, muß ich selbst beherrschen (Gegenstands-Vorgangsbeherrschung).

2.3 Voraussetzungen zum Teamwork: Etwas gemeinsam erarbeiten. Ich muß die Leute des Teams genau kennen und den richtigen Mann am richtigen Platz einsetzen.

#### 3. Vorbereitung

Stets schriftliche Vorbereitung mit Zeichnungen (Bild).

3.1 Ziel — Was muß erreicht werden? Ziel genau beschreiben. Einheit eng fassen, nicht zu viel Stoff.

3.2 Informationsschritte genau festlegen. Logischer Aufbau des Vorganges. (Was kommt zuerst, was dann?)

3.3 Medieneinsatz. Welche Medien stehen zur Verfügung? Der Gegenstand (Bild, Dia, Film, Fernsehen, Zeitschrift, Buch, Funk).

3.4 Informationsgang genau überlegen!

3.4.1 Was wird vorgetragen, vorgeführt? (Direkt-Information)

3.4.2 Was wird im Team erarbeitet? (Teamwork)

3.4.3 Was muß geübt werden? (Einzel-, Gruppentraining)

#### 4. Durchführung

Halten Sie keinen Vortrag. Geben Sie einen Bericht, eine Beschreibung, eine Vorgangsbeschreibung.

4.1 Sachliche Voraussetzung (Beherrschung) muß gegeben sein. Der Informationsgang muß vorbereitet sein.

4.2 Sprachliche Darstellung.

4.2.1 Gliederung genau numerieren. (Die Blöcke müssen austauschbar sein)

4.2.2 Mündliche Information. Keine Rede halten — nicht ablesen, sondern: berichten, beschreiben („erzählen“).

4.2.3 Sprach-Sprechlage. Gehobene Umgangssprache.

Satzbau: Kurze Sätze, wenig Hauptwörter, viel Zeitwörter und Eigenschaftswörter.

Nicht zu laut sprechen. Die Lautstärke macht nicht die Überzeugungskraft.

Nicht zu leise sprechen: Interesse schwindet.

#### 5. Übung, Rückkoppelung, Vertiefung

Prüfen: Wurde ich verstanden?

Kann die theoretische Information in die Praxis umgesetzt werden? Wurde das Verhalten des Teams beeinflusst?

#### 5.1 Teamprüfung.

5.1.1 Diskussion. (Wie führt man eine Diskussion?)

5.1.2 Praktische Durchführung, Einsatzübung.

5.2 Einzelprüfung.

5.2.1 Abhaltung eines Kurzreferates.

5.2.2 Vorführung eines praktischen Arbeitsganges.

5.3 Eingliederung in ein größeres Ganzes.

Diese von einer geschulten Fachkraft dargebotene Thematik fand einen überraschend positiven Widerhall bei den Führungskräften, der in der Forderung seinen Ausdruck fand, eine solche Schulung solle wenigstens zweimal im Halbjahr durchgeführt werden.

Sicher sind nicht alle Ortsverbände in der glücklichen Lage, entsprechende Fachkräfte für sich verpflichten zu können. Es sollte aber doch geprüft werden, ob nicht in Berufsschulen, Berufsberatungsstellen, Jugendämtern, Sozialämtern, größeren Firmen usw. Fachleute, die für das Wesen und die besonderen Aufgaben unserer Organisation ansprechbar sind, für solche Vorhaben gewonnen werden können.

Wenn wir uns vor Augen halten, was an anderer Stelle auf diesem Gebiet getan wird, wird diese Lücke in unserer Arbeit offensichtlich. Es bedarf, wie hier in Gunzenhausen, dann nur der entsprechenden Initiative, um gerade der Fortbildung unserer Führungskräfte sowie deren Engagement für unsere große humanitäre Aufgabe, neue Impulse zu geben.

Helmut Pirch

## Bayern



Vorbereitungen für den Einsatz im eisigen Wasser des Spitzingsees.



Der Taucher steigt in die Tiefe, um das Seil am Wagen zu befestigen.

### Unimog versank im See

Am 31. Dezember 1973 wollte ein Arbeiter der Gemeinde Schliersee mit einem Schneepflug einen Teil der Eisfläche des Spitzingsees vom Schnee räumen. Ungefähr 30 Meter vom Ufer entfernt gab das Eis plötzlich nach, und das Fahrzeug (Unimog) versank in eine Tiefe von 8 Metern. Der Fahrer konnte sich im letzten Augenblick retten.

Nach Vorbereitungsarbeiten, wie Aufschneiden der Eisfläche von der Einbruchsstelle bis zum Ufer, Befestigen von Stahlseilen und Bau einer Rampe, konnte das Fahrzeug mit Hilfe von Tauchern, Technisches Hilfswerk und Feuerwehr geborgen werden. Die sofortige Alarmierung nach dem Unglück des OV Miesbach erfolgte übrigens durch den zufällig anwesenden BzB-Präsidenten Dr. Kolb.

### Pioniere und THW

Zwischen dem Pionier-Btl. 240 in Passau-Kohlbruck und dem THW-Ortsverband Passau bestehen seit der Gründung gute Beziehungen. Nicht nur bei dem jährlich regelmäßig wieder auftretenden Hochwasser trifft man sich als „alte Bekannte“, sondern auch bei anderen Einsätzen gehören THW und Pioniere schon zusammen. Bei der Wasserausbildung der Helfer hat das Bataillon schon immer mitgeholfen, und die Abofahrer werden in regelmäßigen Lehrgängen bis zur Prüfreife gebracht. Um so dankbarer war der Ortsverband, daß er auch einmal helfend einspringen konnte.

Die Feier des 10jährigen Bestehens der Garnison gab hierzu Anlaß. Obwohl andere Truppenteile hierbei

helfend mitwirkten, reichte für die weit auseinandergezogenen Vorführungen auf der Donau der vorhandene Rettungsdienst nicht aus.

Mit 7 Rettungsbooten sprang der Ortsverband ein und durfte dafür bei der großen Abschlußparade auf dem Rathausplatz mitdefilieren. Ein für alle sichtbares Zeichen der engen Verbundenheit zur heimischen Garnison.

Der Kommandeur, Oberstleutnant Buschkow, dankte dem Ortsbeauftragten Goebel und Geschäftsführer Einert in einem besonderen Schreiben für die gezeigte Unterstützung, die guten Ratschläge für eine reibungslose Durchführung der Veranstaltung und die Einsatzfreude der THW-Helfer.

H. P.

### Nachruf

Der Ortsverband Ansbach des Technischen Hilfswerks trauert um seinen Ortsbeauftragten

#### Eugen Schmidt

In hervorragender Weise hat er sich stets für die Belange des Ortsverbandes und der Helfer eingesetzt. Er war Inhaber des THW-Helferzeichens in Gold und Gold mit Kranz. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

THW-Ortsverband Ansbach

## Gemeinsame Übung in Triangel

„Übung erfolgreich abgeschlossen“, konnte der Leiter der THW-Jugendgruppe, Norbert Plagge, und Jugendfeuerwehrwart Peter Rudert an den Kreisbeauftragten des Technischen Hilfswerks, Claus Kronenberg, melden. Mit dem Abbruch der Zelte ging ein dreitägiges gemeinsames Trainingslager der Jugendfeuerwehr Triangel und der Jugendgruppe des THW-Ortsverbandes Gifhorn zu Ende, das von Freitag bis Sonntag dauerte. Besonders am Sonnabend, als Filme über den Einsatz des Gifhorer THW gezeigt wurden, und am Sonntagfrüh bei den Demonstrationen der Jugendwehr mit technischem Gerät fanden sich zahlreiche Zuschauer aus Triangel und der Umgebung ein, um sich über das zu informieren, was sich am Wochenende auf dem Gelände neben dem neuen Sportlerheim da tat. Unter ihnen Bürgermeister Gerhard Rudert und Ratsherr Wolff von der Sahl. Der THW-Kreisbeauftragte bedankte

Rudert und Norbert Plagge an der Spitze. Neun Teilnehmer am Lager stellte die Jugendwehr in der Freiwilligen Feuerwehr Triangel, 21 Teilnehmer die Jugendgruppe des THW. Kampiert wurde in zwei Gruppenzelten für 15 und 25 Personen und acht kleineren Zelten. Feldkoch Manfred-Otto Schulz sorgte mit der Feldküche des THW für die Verpflegung der Gruppen. Wegen des plötzlichen Kälteeinbruchs kamen den Lager Teilnehmern die beheizbaren Fahrzeuge des THW sehr zustatten. Insgesamt acht Fahrzeuge umfaßte der Fuhrpark des Lagers in Triangel. Zu den Übungen, die von den Gruppen gemeinsam absolviert wurden, gehörte ein Nacheinsatz, wobei eine Einsatzstelle mit Scheinwerfern ausgeleuchtet werden mußte und von den älteren Helfern der Einsatz von Gesteinsbohrungen demonstriert wurde. Die Jugendfeuerwehr wartete mit einer Wasserübung und Proben aus der Grundausbildung auf. Gemeinsam wurde außerdem aus Stangen und Bohlen ein Trümmersteg errichtet, wie er in Katastrophenfällen als Notbrücke Verwendung findet. Daß man in einem Katastrophenfall oder auch schon bei gemeinsamen Einsätzen Hand in Hand arbeitet, konnte hier von den jungen Helfern beider Organisationen einer interessierten Öffentlichkeit demonstriert werden.

H. Beißner

## Orientierungsfahrt

Zu einer Orientierungsfahrt startete der THW-Ortsverband Wittlage im November. Zu früher Stunde wurde den Fahrteilnehmern vom Schieds-

richterkollegium der „Fahrplan“ mit dem erforderlichen Kartenmaterial am Start — in der Gemeinde Bohmte — ausgehändigt. Verantwortlich für die Übung zeichneten Ortsbeauftragter Rainer Michaelis sowie die GF Herbert, Truschkowski und Iwohn. Die Gesamtstrecke, die sich im wesentlichen auf den Landkreis Osnabrück beschränkte, umfaßte nahezu 90 Kilometer. Die Fahrtstrecke war in einzelne Abschnitte unterteilt worden. An diesen Streckenabschnittsposten erhielten die einzelnen Fahrtgruppen verschiedene Zusatzaufgaben, die dem THW-Ausbildungsprogramm entnommen worden waren. So mußten die Helfer den Inhalt der Trageausrüstung (B-Satz), den Aufbau des Bergungsdienstes und der anderen Fachdienste, die fünf Phasen der Bergung notieren sowie Fragen aus dem Bereich der lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort beantworten. Auch durch unwegsames Gelände führte die Strecke die Wittlager THW-Helfer. Am späten Nachmittag trafen die einzelnen Fahrzeuge dann in mehr oder weniger großen Abständen am Ziel in der Gemeinde Buer ein. Hier gab Ortsbeauftragter R. Michaelis den Lösungssatz der Buchstaben-Zusatzaufgabe bekannt. Er lautete: „Helfen will gelernt sein!“ Die ersten zwei Plätze belegten die Helfer Jösting, Michaelis, Rattemeyer und Grönmeyer, Herde und Kollberg. Zu der im kommenden Jahr stattfindenden 20-Jahr-Feier des THW-Ortsverbandes Wittlage solle ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem DRK eine Orientierungsfahrt durchgeführt werden, erklärte Ortsbeauftragter Michaelis.

E. G.



Helfer beider Organisationen bauen einen Trümmersteg.

sich bei beiden für das Entgegenkommen, durch das diese gemeinsame Übung erst möglich wurde. Bürgermeister Rudert hatte den Gruppen für bestimmte Vorhaben, beispielsweise die Filmvorführungen, das Sportheim, Ratsherr Wolff von der Sahl das Gelände für die Übungen zur Verfügung gestellt. Kronenberg lobte Initiative und Einsatz der Jugendgruppen mit deren Leitern Peter



Die Siegermannschaft mit THW-Ortsbeauftragtem R. Michaelis.



## THW-Verbände eingesetzt

Sechs kurz aufeinander folgende Sturmfluten wurden im November und Dezember 1973 an der Westküste registriert.

Bei der Sturmflut am 14. Dezember wurde auch der Elbdeich in der Haseldorfer Marsch im Kreis Pinneberg an drei Stellen stark beschädigt. Vor allem Treibholz hatte mehrere Meter tiefe Löcher in den Deich gerissen und ihn unterspült.

Da vom zuständigen Oberdeichgrafen befürchtet wurde, daß eine erneute Sturmflut von gleicher Stärke die Marsch und ihre rund 4 000 Bewohner in größte Gefahr bringen würde, forderte er sofort 25 000 Sandsäcke und Einsatzkräfte für erste

Ausbesserungsarbeiten am Deich an. Vom Landrat des Kreises Pinneberg wurden daraufhin über den THW-Kreisbeauftragten die Ortsverbände Elmshorn, Pinneberg und Barmstedt alarmiert. Insgesamt 60 THW-Helfer rückten bald danach in die Haseldorfer Marsch aus.

Sie füllten vorerst rund 2 500 Sandsäcke und sicherten damit den Deich. Die gefüllten Säcke mußten hierzu über die Deichkrone hinweg an die Außenkante des Deiches geschleppt und eingebaut werden.

In einem Schreiben an den THW-Kreisbeauftragten dankte nach dem Einsatz Landrat Hebisch allen Helfern für die gezeigte Tatkraft und Einsatzbereitschaft.

\*

Am Seedeich im Christianskoog in Dithmarschen verursachte diese längste Sturmflutkette seit Menschengedenken ebenfalls große Schäden. Auch hier wurden zahlreiche Löcher von etwa einem Meter Tiefe in den Deich gerissen. Bei den Reparaturarbeiten waren u. a. auch THW-Helfer des Ortsverbandes Meldorf eingesetzt. Ihre Aufgabe bestand insbesondere darin, Schadenstellen im Deichabschnitt Christianskoog auszuleuchten.

\*

Durch das nach dem schweren Sturm vom 14. Dezember herrschende Hochwasser geriet auch eine neue Mitteldruckgasleitung in Kellinghusen auf dem Teilstück von den Stadtwerken zur Stör in Gefahr.

Infolge des hohen Wasserstandes und der ohnehin schon vom vorigen Hochwasser vereisten Störwiesen war die noch neue Gasleitung aufgeschwommen und teilweise aus der Halterung gedrückt worden, so daß die Gefahr des Springens der Leitung bestand.

Der Ortsverband des Technischen Hilfswerks in Itzehoe und die Feuerwehr Kellinghusen wurden alarmiert. Bald danach machten sich die eingesetzten Helfer an die Arbeit. Die Gasleitung wurde von ihnen neu verankert. Dann schafften sie Sandsäcke herbei und beschwerten die Leitung in der Halterung. Damit war die Gefahr eines erneuten Aufschwimmens gebannt.

Voß

## An den Herrn Landesbeauftragten

Sehr geehrter Herr Meier!  
Leider habe ich ja niemals die Möglichkeit, mich persönlich mit Ihnen zu unterhalten, da ich als Shetlandpony der deutschen Sprache im Wort nicht recht mächtig bin, aber durch die Gespräche meiner zweibeinigen Kameraden habe ich schon sehr viel über Sie erfahren, und gesehen habe ich Sie ja auch schon einige Male anlässlich Ihrer Besuche beim OV Neumünster.

Zu meinem größten Bedauern weigert man sich standhaft, mich trotz meiner Stellung als Glücksbringer zu irgendwelchen Veranstaltungen mitzunehmen. Mein Betreuer sagt immer: „Gammler, Du hast doch keine vernünftige Dienstkleidung, mit der Du Dich in der Öffentlichkeit sehen lassen kannst.“ Na, wenn ich so etwas schon höre! Ich finde, eine wahre Augenweide sind meine Menschenkameraden in dieser Hinsicht gerade auch nicht. Man sollte doch immerhin bedenken, daß der Schneider, der vor Jahrtausenden mein Kleid entworfen hat, einen Entwurf zustande brachte, der sowohl vom Schnitt als auch von der Qualität und der Paßform her alles übertrifft, was das THW bis heute auf seine zwei Beine gestellt hat. Daß mein Rock für meine Gattung auch nach so langer Zeit immer noch modern und „in“ ist, brauche ich ja nicht zu erwähnen. Auch sonst finde

ich, daß ich ganz erhebliche Vorteile meinen zweibeinigen Kameraden gegenüber aufzuweisen habe. So ist es mir z. B. aufgrund meiner vier Beine und aufgrund meiner noch von keiner Wohlstandskrankheit verdorbener Figur und Gesundheit möglich, zu Fuß in kürzester Zeit erhebliche Entfernungen zu überbrücken. Den Treibstoff hierfür finde ich überall am Wegesrand. Ich finde, dies ist ein Vorzug, den man angesichts der jüngsten Versorgungsschwierigkeiten mit Kraftstoff und des Fahrverbotes, das für Ausbildungszwecke verhängt wurde, nicht unterschätzen sollte.

Daß ich hierbei, wenn uns ein geeignetes Gefährt sowie ein für mich passendes Geschirr zur Verfügung stünde, auch noch erhebliche Lasten transportieren könnte, will ich nicht weiter hervorheben, aber daß ich, aufgrund meiner schweigsamen Natur, alle diese Dinge tun würde ohne zu „mosern“, was meine Menschenkameraden bei einem Fußmarsch mit Gepäck bestimmt tun würden, finde ich doch erwähnenswert.

Leider war es mir, da ich für meine Dienststellung als ständiger Rasenkürzer des OV keine Aufwandsentschädigung erhalte, nicht möglich, Ihnen ein kleines Geschenk zu kaufen. Um Ihnen, wie ich hoffe, doch noch eine kleine Freude bereiten zu können habe ich mir etwas buchstäblich von den Füßen abgespart. Ich habe meinen Betreuer gebeten, aus einem Teil meiner Hufnägel einen kleinen Wanderschmuck für Ihr Dienstzimmer zu basteln, da Sie ja selbst erst vor kurzer Zeit in Neumünster die Ungemütlichkeit unseres Geschäftszimmers beanstandet und gesagt haben, daß auch ein Dienstzimmer gemütlich und wohnlich sein sollte, damit man sich darin wohlfühlen und mehr Freude an der Arbeit haben kann.

Ich hoffe, daß man im BzB hierüber Ihre Meinung teilt und uns in absehbarer Zeit eine zeitgerechte und moderne Büroeinrichtung genehmigt. Hiermit möchte ich mich für heute mit den besten Wünschen für die Zukunft von Ihnen verabschieden und verbleibe

mit kameradschaftlichen Grüßen

Ihr „Gammler“,

Sohn des „Gaurer“ aus der „Sonja“

## „Das Wasser steigt höher!“

„Größter Katastrophenalarm seit der Flut von 1962“, „Deiche drohen zu brechen“, „Das Wasser steigt höher“, „Zum sechsten Mal binnen vier Wochen Sturmflutalarm für die Deichverteidigung“, „25000 Sandsäcke sollen eine Katastrophe verhindern“, „Großeinsatz am Klärwerk“ — so — und in verschiedenen anderen Artikeln — berichtete die Hamburger Tagespresse in den vergangenen Wochen über die in kurzen Abständen über die Freie und Hansestadt Hamburg hereinbrechenden Sturmfluten.

Fast täglich wurde die Bevölkerung durch Sturmflutwarnungen des Deutschen Hydrographischen Instituts, die in Radio- oder Fernsehsendungen eingeblendet wurden, mit den Worten gewarnt: „Für das Gebiet der Nordseeküste, Bremen und Hamburg besteht die Gefahr einer schweren Sturmflut; das Abendhochwasser wird voraussichtlich 3,00 m bis 3,35 m über mittleres Tidehochwasser (mTW) steigen!“ Die Eingeweihten wissen bei diesen Durchsagen mit der Angabe der Windrichtung „West bis Nordwest“, was ihnen in absehbarer Zeit bevorsteht. So auch die Hamburger THW-Helfer.

In den Morgenstunden des 14. Dezember brandete die fünfte schwere Sturmflut gegen die Hamburger Küstenbefestigungen. Die Deiche und Uferbefestigungen im Stadtgebiet hielten überall den Fluten stand. Sollte jedoch die nächste Sturmflut rund 3,40 m über mittleres Tidehochwasser steigen, so wäre das Klärwerk Köhlbrandhöft durch Wellenschlag gefährdet; so würden u. a. die elektrischen Anlagen ausfallen, das ganze Klärwerk läge still und Millionen cbm ungeklärten Wassers würden in die Elbe fließen. Der Schaden würde in die Millionen gehen, so wie im Jahre 1962. Am Freitag, 14. Dezember, hatte der Wellenschlag bereits die Deichkrone erreicht. Der Deich sollte daher kurzfristig auf einer Länge von 825 m um 50 cm erhöht und die akute Gefahr zunächst gebannt werden. Im Laufe des Freitagvormittag wurde das THW vom HVB alarmiert und beauftragt, in Verbindung mit der Baubehörde die provisorische Deicherhöhung am Wochenende, 15. und 16. Dezember, durchzuführen. Der Auftrag lautete: „Auf der bestehenden Deichkrone sind auf einer Länge von 900 m Holzpfähle von 6 — 8 cm  $\phi$  und 1 m Länge in einem Abstand von je 1 m 50 cm tief einzuschlagen. Die Pfähle sind abzulängen und anzuspitzen. Wasser-

wärts sind die Pfähle mit einer Blende aus Schalbrettern zu vernageln, und darüber ist eine Kunststoffplane, die wasserwärts aufliegt, zu ziehen. Auf die Pfähle sind Sandsäcke bis zu einer Höhe von rd. 50 cm zu stapeln, die Folie darüberzuschlagen und mit Schalhölzern an der Blende zu befestigen. Als Sandsäcke sind Kunststoffsäcke zu verwenden, die gefüllt und vernäht werden müssen. Bei einer Länge von rd. 900 m sind ca. 25 000 Sandsäcke, die nicht UV-beständig sind, zu verbauen.“ Nach diesem Auftrag blieb nur noch sehr wenig Zeit, um die umfangreichen Vorbereitungen treffen zu können; u. a. mußten die Materialien ca. 1000 Holzpfähle, 500 m<sup>2</sup> Schalbretter, 22 000 Sandsäcke 100 — 120 m<sup>2</sup> Sand, 4000 — 5000 m<sup>2</sup> Kunststoff-Folie und die Verpflegung für 280 Helfer/Tag beschafft werden. Am Abend, gegen 18 Uhr, fand eine abschließende Besprechung mit Führungskräften der BV statt, in der die Einsatzleitung die Arbeiten in einzelne Abschnitte aufteilte und den BV zur Durchführung zuwies. Die örtliche Einsatzleitung in den Abschnitten wurde von den Bereitschaftsführern der Führungsgruppen übernommen.

Jeder BV stellte für die beiden Tage jeweils rd. 40 Helfer; der BV Hamburg-Eimsbüttel übernahm zusätzlich die Verpflegungszubereitung und deren Verteilung. Hamburger Baufirmen unterstützten den Transport des Füllsandes durch Gestellung von Sattelschleppern. Der Einsatz begann am 16. Dezember um 7 Uhr. Zum Füllen der rd. 22 000 Sandsäcke sowie zum Vernähen bzw. Verrödeln derselben wurden 140 Helfer eingeteilt. Für die Arbeiten am Deichverbau sowie für die Vorbereitungen waren 130 Helfer eingesetzt. Die Verpflegung wurde von 12 Helferinnen und Helfern zubereitet und verteilt.

Zur Verständigung der eingesetzten Kräfte in den Abschnitten und zur Steuerung der zu verbauenden Sandsäcke waren 4 FuG 7 bereitgestellt. Die einzelnen Abschnitte wurden von Führungsgruppen beaufsichtigt und geführt.

Am Sonntag, 16. Dezember, 18.02 Uhr, konnte der Landesbeauftragte Trautvetter dem HVB melden: „Einsatz



**Richtige Lage der Kunststoffplane und der ersten Sandsäcke ist entscheidend für die Haltbarkeit der Deicherhöhung.**

des THW ohne besondere Vorkommnisse beendet.“

Wertvolle Erfahrungen konnten primär beim Füllen der Sandsäcke sowie beim Vernähen, bei der Steuerung der zu verbauenden Sandsäcke und bei der Verpflegungsverteilung gewonnen werden. Als sehr positiv ist die große Einsatzfreudigkeit aller Helfer zu verzeichnen und das, obwohl an beiden Tagen das Wetter regnerisch und sehr stürmisch war. Die Helfer mußten an beiden Tagen durch die witterungsbedingten Umstände mehr als 12 Stunden hart arbeiten und wurden bis zu ihrer Leistungsgrenze beansprucht. Die THW-Regenschutzbekleidung, die z. Z. noch in geringer Anzahl in Hamburg vorhanden ist, hat sich gerade an diesen stürmischen und regnerischen Tagen — echtes Hamburger Schmuddelwetter — bewährt.

Insgesamt wurden 37 Kraftfahrzeuge eingesetzt, und die 280 Helferinnen und Helfer leisteten 7050 Einsatzstunden. Die Kosten belaufen sich einschl. der Materialien auf rd. 50 000,— DM und wurden vom Senat der FHH getragen.

Die Tageszeitungen in Hamburg haben sich sehr lobend über den THW-Einsatz geäußert und den

Führungskräften ein hohes Maß an Können bescheinigt. Die Führungskräfte aller BV wünschen sich jedoch öfter praxisnah geschult zu werden, um solche oder ähnliche Einsätze optimal durchführen zu können.

G. Trautvetter

### THW-Freund ausgezeichnet



Claus-Dieter Göhle, 1925 in Berlin geboren und seit 1942 im Staatsdienst tätig, beging am 16. November 1973 sein silbernes Dienstjubiläum. Seit 1963 ist Göhle bei der Behörde

für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigt. Das damalige Amt für Katastrophenschutz wurde 1968 von der Berufsfeuerwehr übernommen, und Göhle ist seit dieser Zeit als Lehrgruppenleiter Fernmeldedienst bei der KSL Hamburg im Range eines TOA tätig. In diesen Jahren hat er über 300 Lehrgänge mit mehr als 5000 Helfern, wobei viele THW-Helfer darunter waren, im Sprechfunken und Fernsprechen ausgebildet. Seit dieser

Zeit bestehen auch die guten Verbindungen zum THW Hamburg. Der Empfang, der aus Anlaß seines Dienstjubiläums durchgeführt wurde und an dem zahlreiche Gäste der Behörde für Inneres, der Feuerwehr, der Polizei sowie der Vertreter aller KatS-Organisationen teilnahmen, war auch eine gute Gelegenheit, dem „THW-Kameraden Göhle“ für seine Verdienste um die Ausbildung von THW-Helfern sowie für sein aufgeschlossenes, kameradschaftliches und uneigennütziges Verhalten dem THW gegenüber herzlich zu danken. In Anerkennung seiner Leistungen und seiner stets unermüdlichen Einsatzbereitschaft im Dienst für die Sache und um den Menschen, wobei sein Engagement in seiner Freizeit für das THW besonders hervorzuheben ist, wurde Göhle mit dem THW-Helferzeichen in Gold ausgezeichnet. LB Trautvetter, der die Auszeichnung überreichte, dankte dem Lehrgruppenleiter für seinen Einsatz um die Ausbildung von Fm-Helfern des THW und für die gute Zusammenarbeit zwischen dem Lehrreferat und dem THW-LV. — Möge diese gemeinsame Arbeit auch in Zukunft im verstärkten Umfang zum Wohle des KatS, insbesondere des THW, fortgeführt werden.

G. T.

## Saarland



### KatS-Übung in Neunkirchen

Um die Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutzorganisationen seines Stadtbereichs zu überprüfen, hatte der Oberbürgermeister für Neunkirchen, Paul Kolb, eine Einsatzübung angesetzt, nach deren Abschluß die Verantwortlichen sowie die Zuschauer die einhellige Meinung vertraten, daß nur die Katastrophe realistischer gewesen wäre. Übungsobjekt war ein großes Kaufhaus im Stadtzentrum an der Kreuzung Stumm- und Pasteurstraße. Als Schadenslage wurde angenommen, daß bei einem die ansteigende Stummstraße hinauffahrenden Tanklastzug die Steckachse abreißt und gleichzeitig die Bremsen versagen. Der Tankzug rollt rückwärts zum Kaufhaus, beschädigt die zur Straßenfront gelegenen drei Eingänge und kippt um. Dabei läuft aus einer Tankkammer Benzin aus, das sofort

in Brand gerät. Es besteht für die restliche Tankfüllung Explosionsgefahr. Nachdem die Alarmierung erfolgt war, trafen nacheinander die Einheiten ein und erhielten an der Einsatz-



THW-Helfer stützen die Eingänge zu dem gefährdeten Kaufhaus ab.

stelle ihre Anweisungen zur Schadensbekämpfung. Aufgabe des THW-OV Neunkirchen, der mit einem Bergungszug unter Führung von W. Schug mit fünf Fahrzeugen zum Einsatz kam, war das Verdämmen der Einlaufschächte mittels Sandsäcken und das Abdecken der Eingangs-Belüftungschächte als Schutzmaßnahme gegen das Eindringen von Benzin, während die Feuerwehr mit einer Löschkanone einen Schaumteppich über das brennende Fahrzeug legte. Die Bergung der Verletzten erfolgte gemeinsam mit der Feuerwehr. Hierzu bauten die THW-Helfer eine Seilbahn vom Dach des Kaufhauses bis zur Pasteurstraße. Die hierüber geretteten Personen wurden dem DRK, das auf einem nahegelegenen Platz ein Verbandzelt errichtet hatte, zur Behandlung übergeben, noch während die Löscharbeiten andauerten.



Nachdem die Explosionsgefahr gebannt war, stützte eine THW-Bergungsgruppe die drei durch das Tankfahrzeug beschädigten Eingänge ab.

Kritische Beobachter der Übung waren neben Oberbürgermeister P. Kolb Beigeordneter G. Liedtke, Landesbeauftragter G. Reimann sowie Kreisbrandmeister H. Flick.

Bei der abschließenden Kritik bedankte sich Kreisbrandmeister Flick bei allen mitgewirkten Katastrophenschutzeinheiten und hob die vorzügliche Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr, THW und DRK hervor. Oberbürgermeister Kolb versicherte er, daß der Katastrophenschutz in der Stadt Neunkirchen voll gewährleistet ist.

-G. Faß

eintrafen, wo sich LB Reimann bereits einen Überblick über den Gesamtschaden verschafft hatte, um erste Anweisungen zur Durchführung der Hilfsmaßnahmen zu geben. Neben einem S-Boot und einer Schaluppe wurden je ein GKW und LKW mitgeführt.

Schon seit dem Vormittag um 9.30 Uhr bemühten sich die Männer der Feuerwehr, die Ölflut einzudämmen, die sich aus dem Scheidter Bach in das Hafenbecken der Saar zwischen Brebach und den St.-Arnualer-Wiesen ergoß.

Um diese Zeit war auf dem Flußarm die Oberfläche etwa 300 m lang mit einer Ölschicht bedeckt. Durch die Ölsperre wurde durch die THW-Helfer nun die Öllache daran gehindert, in die offene Saar zu fließen; man versuchte auch vor allem, sie von den Wasserversorgungsbrunnen in den St.-Arnualer-Wiesen fernzuhalten.

Nachdem die Öllache — soweit noch notwendig — mit einem Ölbindemittel bestreut war, wurde der Einsatz für etwa 4 Stunden in der Nacht unterbrochen.

Am Samstag wurde der Einsatz gegen 6 Uhr mit einer Gruppe fortgesetzt. Es wurden noch zwei Sperren aus Balken quer über den Flußarm gelegt, die das auf der Oberfläche schwimmende, zum Teil gebundene Öl an einer Ausbreitung hindern sollten.

Nachdem am frühen Nachmittag eine Firma mit zwei Spezialfahrzeugen etwa 60 000 Liter gebundenes Öl abgesaugt und zu einer Verbrennungsanlage gefahren hatte, konnte der Einsatz nach etwa 14 Stunden beendet werden.

Klaus-Dieter Mole

### **Schnelle Hilfe tat Not**

Während einer Dienstleistung der Helfer des OV Völklingen für die Stadt Püttlingen gab es Gelegenheit zu beweisen, daß das THW auch mit plötzlich auftretenden Problemen fertigzuwerden weiß.

Die Zugmaschine eines Lastzuges mit Hohlblocksteinen, der in einer stark abschüssigen Straße abgestellt war, setzte sich plötzlich rückwärts in Bewegung. Dabei verbog sich die Zuggabel des Anhängers, so daß dieser sich auf einer Seite anhob und nach der anderen umzuschlagen drohte. Die Firma, vor deren Baustelle sich das Mißgeschick ereignete, wußte von der Anwesenheit der THW-Helfer in Püttlingen und bat um ihre Hilfe. Zunächst wurde der Anhänger abgestützt, um ein Umschlagen zu verhindern. Der inzwischen herbeigefahrene Autokran hob dann den Anhänger an, so daß die Zugmaschine anfahren konnte, und so der Hänger wieder auf die Räder kam. Damit war die Gefahr endgültig gebannt und größerer Schaden vermieden.

N. Sperling

### **Ölalarm für OV Saarbrücken**

Am einem Freitag, gegen 19.15 Uhr, wurde beim OV Saarbrücken durch die Berufsfeuerwehr und die Amtsfeuerwehr Brebach über LB Reimann Ölalarm ausgelöst.

Die Alarmierung der Helfer erfolgte unverzüglich, so daß gegen 20 Uhr ein Zugführer, ein Gruppenführer sowie eine Gruppe am Einsatzort

das benötigte Material zur Verfügung stellte.

Die 4 m x 6 m große, im Sechseck angelegte Hütte ruht auf frostschutz-tiefen Betonfundamenten. Tragende Elemente sind Rundhölzer (25 cm Durchmesser). Die Seitenwände sind mit Schalhölzern verkleidet, die Dacheindeckung besteht aus Holzschalung mit Schiefereindeckung. Anlässlich der Übergabe an Oberförster Brehm, die durch OB Kempf erfolgte, wurde bekannt, daß insgesamt 6 Festmeter Holz verwendet wurden.

Im Namen aller künftigen Benutzer der Schutzhütte bedankte sich Oberförster Brehm für das Entgegenkommen des THW-OV St. Ingbert und die präzise Arbeit der Helfer.

G. Faß

### **24 m lange Fußgängerbrücke**

Im Auftrag der Gemeinde und des Heimat- und Verschönerungsvereins Illingen erbauten 10 Helfer des THW-OV Illingen an zwei Samstagen eine 24 m lange Fußgängerbrücke mit einer Nutzbreite von 2 m im Gelände der Weiheranlage Burg-ruine Kerpen über die Ill, damit die Fußgänger künftighin im Parkbereich den Bach überqueren können, ohne die stark frequentierte B 10 zu tangieren.

Die Brücke mit einer Spannweite von 9 m wurde unter Leitung von Ausbildungsleiter Schmitt sowie den Gruppenführern Christmann und Burckhardt auf Betonfundamenten errichtet, die 1,50 m tief eingebracht und mit einer Baustahlarmierung versehen wurden. Die Verschraubung der Tragbalken erfolgte an einbetonierten Laschen. Alle Holzteile wurden mit einem Holzschutzmittel getränkt, insgesamt sind 20 cbm Schnittholz verarbeitet worden.

Bei der Übergabe an Bürgermeister Woll sowie die Vertreter vom Heimat- und Verschönerungsverein fand man viele lobende Worte für die präzise Arbeit der Helfer des OV Illingen und betonte, daß mit der Durchführung der Maßnahme nicht nur ein dringender Bedarf abgestellt, sondern, eine Aufwertung der gesamten Weiheranlage, die Ziel vieler Wanderer und Ausflügler ist, erzielt wurde.

### **Schutzhütte für Wanderer**

Auf einer Anhöhe am Fliegerstein in einem Naherholungsgebiet bei St. Ingbert, wo sich 8 Wanderwege u. a. von Sengscheid, dem Grumbachtal und dem St. Ingberter Stiefel kreuzen, erbaute der THW-OV St. Ingbert an drei Samstagen unter der Leitung von OB Franz Kempf und Gruppenführer Gerhard Hemmerling mit einer B-Gruppe eine Schutzhütte, die dem Wanderer Gelegenheit zu einer Rast geben soll.

Die Initiative hierzu kam von der Forstverwaltung St. Ingbert, die auch

## Brückenschlag über Rhein-Altarm

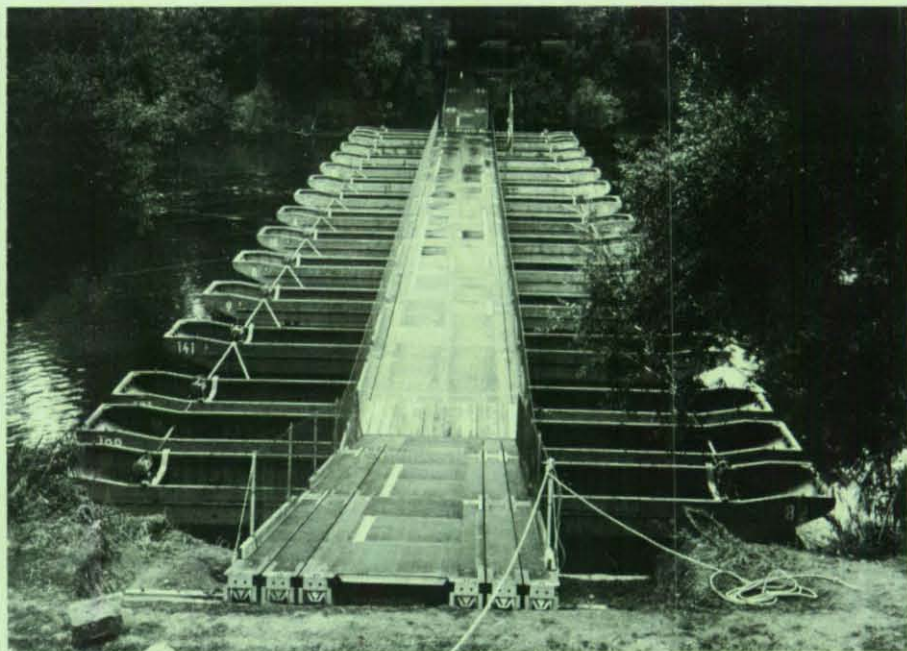
Am 2. September 1973, 15.45 Uhr, wurde die vom THW-Ortsverband Bad Honnef in der Zeit vom 27. August bis 2. September an den Abenden und am Wochenende gebaute Fußgängerbrücke auf schwimmenden Unterstützungen über den Rhein-Altarm zwischen der Insel Grafenwerth und Bad Honnef vom Ortsbeauftragten Breitschuch an den Stadtdirektor von Bad Honnef, Dr. Wahl, übergeben.

### Technische Daten der Brücke:

Länge über alles	85 m
Länge des schwimmenden Teiles	67,20 m
Breite der Fahrbahn über alles	3,75 m
Breite der Rampen über alles	3,15 m
Länge der Rampen	12,80 m

Zu dieser technischen Hilfeleistung kam es aufgrund des Antrags der Stadt Bad Honnef, die wegen Instandsetzung der bestehenden Straßenbrücke eine Brücke für den Fußgängerverkehr zum Schwimmbad auf der Insel Grafenwerth benötigte. Nach einer Vorbesprechung und einer Ortsbesichtigung der geplanten Brückenstelle wurde in der THW-Leitung aufgrund des am 24. Juli vom Bauamt der Stadt aufgenommenen Flußprofils der Konstruktionsplan der Brücke entworfen und am 7. August der Landesverband V des THW mit dem Bau der Brücke beauftragt. Der Stadt Bad Honnef wurden die für die Einleitung des wasserrechtlichen Verfahrens nach §§ 74 und 75 LWG erbetenen Unterlagen (Konstruktionsplan, statische Berechnung und Baubeschreibung) von der THW-Leitung zur Verfügung gestellt. Nach Zustimmung des Bauausschusses der Stadt und einer Dringlichkeitsentscheidung des Bürgermeisters wurde der 1./2. September als Termin der Fertigstellung der Brücke festgelegt.

Nach einer Besprechung aller beteiligten Stellen über die Durchführung des Baus (Zeitplan, Transporte, Personal, Kraftfahrzeuge, Aufgabenverteilung) wurden vom 27. bis 30. August die Geräte antransportiert und jeweils an den Abenden die Fähren gebaut. Die

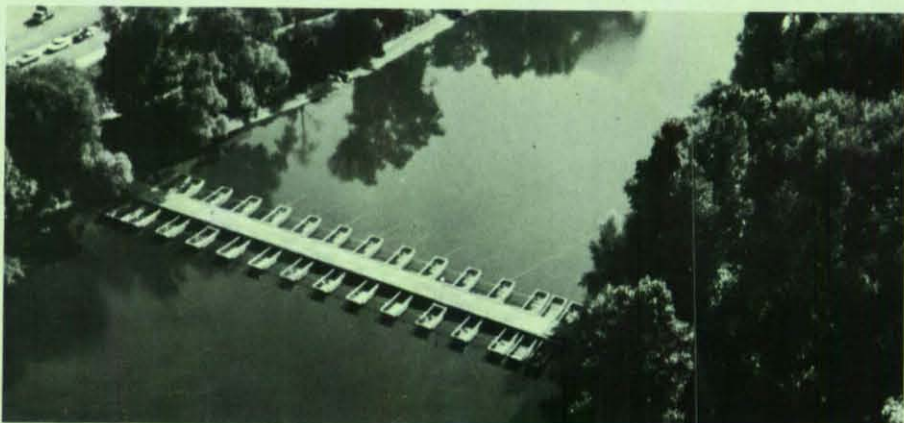


Die Brücke kurz vor der Übergabe an die Stadt Honnef.

Leitung des Baues hatte Ortsbeauftragter Breitschuch (Bad Honnef).

Sorgen bereitete der niedrige Wasserstand, der am 24. August, als die Entscheidung für den Bau der Brücke bei der Stadt Honnef gefallen war, einen Meter unter dem Wasserstand am Tage der Flußprofilaufnahme (24. Juli) lag, mit der Tendenz, weiter zu fallen. Die ursprünglich vorgesehene Baustelle mußte wegen des niedrigen Wasserstandes aufgegeben werden. Es wurden dort nur 4 Pontons abgeladen.

Die neue Baustelle wurde am 27. August näher an der Brückenstelle eingerichtet und zu diesem Zweck vom Bauamt mittels einer Raupe je eine Rampe von der Straße zum Leinpfad und von der Uferböschung zum Wasser angelegt. Nach dem Bau der 4 Brückenfähren mit je 2 Strecken auf je 2 Ganzpontons am 27. und 28. August, folgte am 29. und 30. August der Bau der beiden Landfähren mit je 3 Strecken auf 3 Ganzpontons und zwischen 1. und 2. Ponton zusätzlich unterzogenem Ganzponton zur Verstärkung des Auflagers der Rampen.



Gesamtansicht der Brücke, aus der „Vogelschau“ gesehen.  
(Freigegeben: Reg.-Präs. Düsseldorf Nr. OD 467)

Auf den Landfähren wurden die 6 Träger der Rampen von je 12,80 m Länge, die Fahrbahnplatten und die Unterzüge/Querträger bereitgelegt. Nach Ausstecken der Brückenlinie und Legen der Uferbalken als landwärtiges festes Auflager der Rampen auf beiden Ufern wurden am 31. August beide Landfähren in die Brückenlinie eingefahren und, grob eingerichtet, am Ufer festgelegt. Darauf wurde zunächst die Rampe am Honnefer Ufer, danach die Rampe am Grafenwerther Ufer eingebaut.

Die Rampenträger wurden im Mannschaftszug unter Zuhilfenahme von Bohlen, die auf die Böschung gelegt waren, von der Fähre die Böschung hinaufgezogen und auf den Uferbalken eingedornet. Am 1. September wurden die Restarbeiten an der Rampe des Grafenwerther Ufers erledigt und 4 Brückenfähren eingefahren, die Stromverankerung ausgelegt, die Brücke geschlossen und ausgerichtet. Das Brückengeländer einschließlich eines Maschendrahtzaunes, die Schubverankerung und die Verankerung der Rampen wurden bis zum 2. September mittags fertiggestellt und die Brücke gesäubert. Um 15.45 Uhr konnte sie dem Stadtdirektor übergeben werden. Die Stadt hat auf dem Honnefer Ufer eine Treppe als Zugang zur Brücke anlegen lassen. 4 von der Stadt angelegte Straßenlaternen, 2 auf den Ufern, 2 auf der Brücke, beleuchten die Brücke bei Nacht. Verkehrsbeschilderung „Nur für Fußgänger“, Verkehrskontrolle, Beleuchtung, Unterhaltung der Zugänge sind Sache der Stadt. Die technische Kontrolle der Brücke (Verankerung, Verbindungen, Lage der Fahrbahnplatten, Zustand der Pontons, Wasserstand/Hilfspegel, Führen des Kontrollbuches) obliegt dem OV Bad Honnef. Am Donnerstag, 6. September, wurde die Brücke von der Stadt für den Verkehr freigegeben.

Zur Schonung des Materials während des Winters und wegen des Winter- und Frühjahrshochwassers wurde die Brücke im November/Dezember abgebaut und auf Gelände der Stadt gelagert. Sie wird im Mai wieder aufgebaut.

Bei Pegelstand Köln + 4 m steigender Tendenz eines Hochwassers ist vorgesehen, die Fähren auszufahren und sie am Ufer festzulegen. Die Rampen werden zu diesem Zweck ausgebaut und auf den Landfähren niedergelegt. Beim Fallen des

Wassers auf 47,50 m NN ist vorgesehen, eine Strecke aus dem schwimmenden Teil auszubauen und die Rampen um je 1 Strecke zu verlängern. Dies geschah am 22. September.

#### Beurteilung des Brückenbaus

Der Bau der Brücke zeigt, daß es möglich ist, mit 45 THW-Helfern, die zum größten Teil nicht an dem Gerät ausgebildet waren, in der kurzen Zeit von 4 Ausbildungsabenden und einem Wochenende unter Anleitung von wenigen Fachkräften ein verkehrstüchtiges Bauwerk zu errichten. Als Höhepunkt der Arbeiten können das Instellungbringen der Rampen am Freitagabend (31. August), das Einfahren der Fähren und das Schließen der Brücke am 1. September angesehen werden. A. N.

#### Ältester Helfer geehrt

In Kreise seiner alten und jungen Kameraden feierte das älteste Mitglied des THW Köln seinen 70. Geburtstag. Aus fast allen Ortsverbänden des Betreuungsbereichs Köln waren Ortsbeauftragte oder Helferabordnungen erschienen, um Christian Lölgen zu gratulieren und ihre Verbundenheit mit ihm zu bekunden. Der Landesbeauftragte, Dipl.-Ing. Kautzky, überbrachte die Glückwünsche des Landesverbandes und der Bundesleitung und überreichte ihm als Zeichen der besonderen Anerkennung für seine langjährigen treuen Dienste das Helferabzeichen in besonderer Ausführung.

Christian Lölgen arbeitete bereits von 1927 bis 1945 in der Technischen Nothilfe mit. Als Anfang der 50er Jahre das THW gegründet wurde, stellte er

sich selbstverständlich wieder in den Dienst der Allgemeinheit. Sein Helferausweis trägt das Eintrittsdatum 27. 4. 1953. Von 1954 bis 1968 war er als hauptamtlicher Kraftfahrer beim Ortsverband Köln eingesetzt, bis er als vitaler 65jähriger aus dem hauptamtlichen Dienst ausscheiden mußte.

In den für den Ausbau des THW entscheidenden Jahren war er es, der mit seinem blauen GKW die im Entstehen begriffenen Ortsverbände im Regierungsbezirk Köln bereite und die Ausbildung aktiv gestaltete. Er legte damit den Grundstock für die spätere intensive Ausbildung der wachsenden Einheiten des Bergungsdienstes. Diesen unermüdlischen Einsatz danken ihm die Helfer vieler Ortsverbände, die heute selbst schon lange Ausbilder oder sogar Einheitsführer sind, sowie seine damaligen hauptamtlichen Kollegen mit Freundschaft und Vertrauen. Das kam in besonderer Weise zum Ausdruck, als er in den Personalrat des Landesverbandes V und in den Gesamtpersonalrat beim BzB gewählt wurde.

Die Mitarbeit im THW war für Christian Lölgen zu einer Lebensaufgabe geworden. So war es für ihn selbstverständlich, nach Beendigung seiner hauptamtlichen Tätigkeit in die Reihen der ehrenamtlichen Helfer zurückzukehren. Bis heute zeichnet er sich durch eine nicht zu überbietende Einsatzfreude aus und hat lange Zeit als gewählter Helfersprecher die Interessen der Kölner Helferschaft vertreten. Die vielen Geschenke und Blumen, die ihm von allen Seiten überreicht worden sind, zeugen von der Beliebtheit, die er in dem Kreis der Helfer genießt. Christian Lölgen ist auch heute noch kein „Althelfer“.

H. Rick



Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Kautzky (r.) gratuliert Christian Lölgen zu seinem 70. Geburtstag.

Bild 1

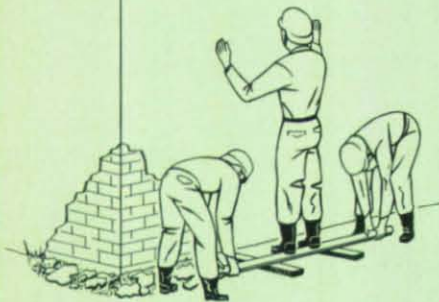
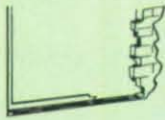


Bild 2

*„Hebestab“ nur auf der wand-  
abgekehrten Schulter tragen!*

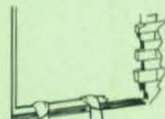
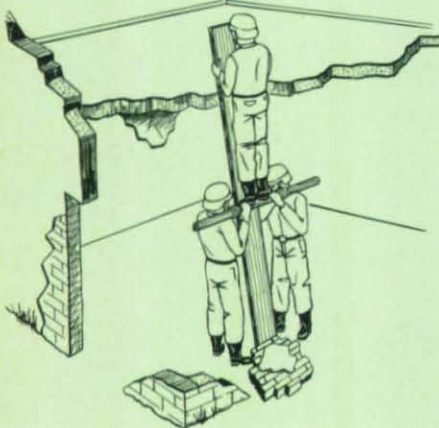


Bild 3



## Der „Hebestab“

Das Vordringen und Eindringen von Rettungskräften zu bzw. in Schadenstellen wird häufig durch Hindernisse verzögert.

Hohe Mauern, hochgelegene Erdgeschoßfenster oder auskragende Raumdecken (Schwalbennester) lassen sich in der Regel nur über Leitern ersteigen.

Stehen keine Leitern zur Verfügung, müssen Auswege gesucht werden, da mit den verfügbaren Mitteln Höhen von mehr als 3 Metern nur in Ausnahmefällen überwunden werden können.

Die Anwendung eines „Hebestabes“ bietet eine vorteilhafte Lösung. Es ist wie folgt zu verfahren:

Ein etwa 1 m langes und mindestens 8 cm starkes Rund- oder Kantholz (Stahlrohr, Profilstahl oder eine Brechstange) wird im Abstand von ca. 60 cm parallel zu dem zu überwindenden Hindernis abgelegt und mit Trümmerteilen (Holz, Steine) unterlegt. Der erste Helfer stellt sich mit beiden Füßen auf den Stab und stützt sich (wie bei dem Schulterstand) mit beiden Händen am Hindernis ab (siehe Bild 1).

Zwei weitere, möglichst gleichgroße Helfer fassen den Stab mit beiden

Händen, heben ihn auf Kommando des ersten Helfers langsam und gleichmäßig an und setzen ihn auf ihren dem Hindernis abgewandten Schultern ab. Während dieses Vorgangs „läuft“ der erste Helfer mit beiden Händen am Hindernis nach oben (siehe Bild 2).

Läßt das Hindernis sich auch jetzt noch nicht ersteigen, so wird er von den beiden unteren Helfern auf sein erneutes Kommando ruckartig über Schulterhöhe gestemmt.

Vor dem Ersteigen einer auskragenden Raumdecke ist ein ausreichend langes und starkes Rundholz, ein Balken oder eine Bohle als Stütze steilschräg gegen die Decke zu lehnen (siehe Abb. 3). Das untere Ende der Stütze ist entweder in den Boden einzulassen und mittels Trümmerteilen festzulegen oder von einem weiteren Helfer gegen Abgleiten zu sichern. An ihr stützt sich der anzuhebende Helfer ab.

Bei dieser Methode spielt die Körpergröße der beteiligten Helfer eine wesentliche Rolle. Je größer diese sind, um so höhere Hindernisse können überstiegen werden. Auch weniger gewandten Helfern ist das Überwinden einer glatten Wand von 3,50 m Höhe relativ leicht möglich.

G. Breitkopf

## Wasserdienstausbildung

Der 3. Bergungszug im THW-Ortsverband Hanau führte eine Wasserdienst-Ausbildungsveranstaltung auf dem Main bei Großkrotzenburg durch. Dank des Entgegenkommens der US-Armee war es möglich, einen sonst nur zu militärischen Zwecken zur Verfügung stehenden Wasserübungsplatz für die Ausbildung im Katastrophenschutz zu nutzen.

Gegenstand der Ausbildung war der Bau einer vierbordigen LA-Übersetzfähre in 3-Träger-Bauweise mit

beweglichen Rampen. Da die Helfer das Sd-Oberbaugerät bereits bei vorausgegangenen Ausbildungen im Behelfsbrückenbau kennengelernt hatten, ging der Aufbau der Fähre schnell voran.

Während des Tages wurden Fahr- und Übersetzübungen durchgeführt. Die Helfer stellten ihr gutes Leistungsvermögen im Wasserdienst, der als Zweitfunktion eine wertvolle Ergänzung des Bergungsdienstes ist, unter Beweis.

M. Kellermann



Übersetzverkehr auf dem Main.



## Jahresabschluß-Übung

Der Absturz eines Transportflugzeuges über der Gemeinde Temmels an der Obermosel war am Samstagvormittag der angenehme Grund einer großangelegten Übung des Katastrophenschutzdienstes der Stadt Trier, an der sich 120 Helfer des Technischen Hilfswerks und je 20 Helferinnen und Helfer des Deutschen Roten Kreuzes und des Malteser Hilfsdienstes beteiligten. Idealer Übungsort war die halbzerrfallene „Schloß“-Ruine in Temmels.

Um 8.30 Uhr sollte das Flugzeug über Temmels abgestürzt sein. Das schnell erkennbare Ausmaß der Katastrophe veranlaßte das Land, die Kräfte des Katastrophenschutzes Trier zur Hilfe zu rufen. Zusätzlich erschwert wurde die Lage durch eine angenommene Straßenblockierung. Um 9.15 Uhr verließen die THW-Fahrzeuge Trier und kamen gegen 10 Uhr in Temmels an, wo sie unter der Leitung von Einsatzführer Karl Heinz Seipel sofort mit den notwendigen Maßnahmen begannen. Erkundungstrupps durchsuchten zunächst das Gebäude einschließlich Keller nach Verletzten und Toten. Während die ersten Verletzten — teilweise unter schwerem Atemschutz — geborgen wurden, begannen der MHD und das DRK mit der Einrichtung einer Verletzensammelstelle, wo die Betroffenen, soweit sie nicht schon im Gebäude Erste Hilfe durch die Malteser-Helfer erhalten hatten, versorgt und auf den Abtransport ins Krankenhaus vorbereitet wurden. Die ärztliche Aufsicht hatte Dr. Hild vom MHD. Inzwischen war eine Schlauchleitung von der Mosel bis zum Schloß gelegt worden, so daß man mit der Brandbekämpfung beginnen konnte. Das Wasser wurde mit einer Motorpumpe aus der Mosel geholt.

Die Bergung aus den oberen Stockwerken wurde durch Deckeneinbrüche erschwert. Den Kellern wurden mit Bohrgestängen Frischluft zugeführt, weil man hier Verschüttete vermutete.

Eine „Stilleperiode“ zum Schluß sollte noch einmal Gewißheit bringen, ob nicht irgendwo ein Verschütteter sich bemerkbar zu machen versuchte. Da bei dem Flugzeugabsturz auch die Fernsprechleitungen zerstört

wurden, mußte der Sprechverkehr zwischen Katastrophenort und Einsatzleitstelle im Rathaus Trier bzw. der Gemeindeverwaltung Temmels über Funk abgewickelt werden. Das THW setzte hierfür eine Funkerin ein.

Gegen 13 Uhr meldeten die Einheitsführer: „Gelände frei“. Eine Aussprache über den Verlauf und die daraus gewonnenen Erkenntnisse beendeten die Übung.

H. W.



Abtransport eines Verletzten zur Sammelstelle von MHD und DRK.



Abseilen eines Geborgenen über eine schiefe Ebene.

Fotos: Trierischer Volksfreund



## Kreisbeauftragter verabschiedet

Am Donnerstag, 24. Januar, wurde Dr. Fritz Werner, Kreisbeauftragter des Technischen Hilfswerkes für den Stadtkreis Stuttgart, nach 21jähriger Tätigkeit verabschiedet. Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schneider sowie Direktor Maier vom Amt für Zivilschutz der Stadt



Dr. Werner (r.) wird durch Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Schneider verabschiedet.

Stuttgart und Ortsbeauftragter Hans-Joachim Wiegand sprachen dem scheidenden Mitglied des Katastrophenstabes der Stadt Stuttgart ihren Dank für die geleistete Arbeit aus. Sie bedauerten das Ausscheiden von Dr. Werner und sprachen zugleich die Bitte aus, daß er trotz starker geschäftlicher Inanspruchnahme auch weiterhin dem THW mit Rat und Tat zur Seite stehen werde.

Direktor Maier betonte in einem kleinen Rückblick auf die vergangenen 21 Jahre die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen dem Technischen Hilfswerk und seinem Amt, die bei der früheren zweigleisigen Führung von Luftschutzhilfsdienst und Technischem Hilfswerk nicht immer sehr einfach war.

Gleichzeitig wurde Ortsbeauftragter Hans-Joachim Wiegand als neuer Kreisbeauftragter begrüßt, er ist bereits seit 20 Jahren im Technischen Hilfswerk tätig. An die offiziellen Erklärungen schloß sich eine lebhaft diskutierte Diskussion über die Probleme des Ortsverbandes an.

R. K.

## Aktiver Ortsverband

Im Frühjahr 1968 kamen in Riedlingen an der Donau einige Bürger zusammen, die aus Zeitung, Rundfunk und Fernsehen etwas vom Technischen Hilfswerk gehört hatten. Vor allen Dingen war den Riedlingern aufgefallen, daß das THW sehr häufig bei Überschwemmungen eingesetzt wurde. Riedlingen, ein schmuckes schwäbisches Städtchen am Fuße der Schwäbischen Alb gelegen, wird aber hin und wieder durch die über die Ufer tretende Donau empfindlich gestört.

Wenn die Donau die Riede um Riedlingen überflutet hat und in der niedrig gelegenen Vorstadt die Fußgänger zu Bootsfahrern geworden sind, ist der ganze Stadtverkehr gelähmt und vor allen Dingen für ältere Leute ist in dieser Zeit die Versorgung gefährdet, so daß sich immer wieder Freiwillige finden mußten, die in Riedlingen einen Notdienst übernahmen.

Die Kenntnis um die Belange ihrer Heimatstadt brachte nun eine Schar Männer unter Leitung von Bau-Ing. Jürgen Bäuerle dazu, einen THW-Ortsverband zu gründen. Im Herbst 1969 erschien in Riedlingen das THW anläßlich einer Feuerwehrrübung zum ersten Mal in der Öffentlichkeit. Es gab natürlich einige Anlaufschwierigkeiten, die erste Unterkunft — alte Baracken eines Segelfluggeländes — konnte nur ein Behelf sein. Im Sommer 1972 wurde dem Riedlinger THW die Kreisausbildungswerkstatt der Bauinnung angeboten und konnte vom BzB angemietet werden.

Der hierdurch entstandene Aufwind ist an den Einsätzen des Jahres 1973 deutlich erkennbar. Im Februar 1973 wurde die alte, unbenutzte Eisenbahnbrücke bei Gölffingen durch das Riedlinger THW gesprengt. Diese erste große Sprengung war ein sichtbarer Erfolg und wurde von der Bürgerschaft mit Genugtuung aufgenommen.

Im Frühjahr bauten dann die Riedlinger eine Brücke am Bussen, dem markantesten Aussichtsberg des schwäbischen Oberlandes, von dem man bei gutem Wetter bis zum Bodensee hinübersehen kann. Mit dieser Brücke erschloß das THW den Naturfreunden in diesem Schutz-



Die alte Eisenbahnbrücke bei Gölffingen vor und nach der Sprengung.

gebiet neue Wandermöglichkeiten. Aber nicht nur für die Erhaltung der Schönheit der Landschaft setzten sich die Riedlinger ein. Der Verkehrssicherheitsdienst auf den Riedlingen berührenden Bundesstraßen hatten die Freiwilligen unter Führung ihrer Obea. stark gefordert. Neben Straßenräumungen von verunglückten Kraftfahrzeugen und sonstigen kleineren Hilfeleistungen, mußten die Riedlinger zweimal ausrücken, um tödlich verunglückte Menschen aus Fahrzeugen zu befreien.

J. B.

Auch im Jahre 1973 waren die Helfer während der Feiertage und der Hauptreisezeit an Fernstraßen im Rahmen des THW-Verkehrshilfsdienstes im Einsatz. Dabei leisteten die Helfer von 25 Ortsverbänden des Landesverbandes Baden-Württemberg Hilfe bei der Bergung von Verletzten, von Toten, von Unfallfahrzeugen sowie der Beseitigung von Kraftstoff, Glas und anderen Gegenständen. Darüber hinaus war es auch notwendig, Maßnahmen zur Unfallverhütung zu treffen, wie z. B. Pannenfahrzeuge unverzüglich von den Fahrbahnen zu entfernen, um Stauungen mit möglichen Auffahrunfällen vorzubeugen. Die Landespolizeidirektionen Stuttgart I und Tübingen dankten für die tatkräftige Unterstützung des THW.

**Berechnung der Erdmassen zwischen den Profilen**

Zwischen Station  $0^{+000}$  und  $0^{+050} = V_1 = F_{m1} \cdot l_1$   
 Aushubmasse  $V_1 = 12,00 \text{ m}^2 \cdot 50,00 \text{ m} = 600,00 \text{ m}^3$

**Addieren sämtlicher Rauminhalte**  
 $V = V_1 + V_2 + V_3 \text{ usw.}$

Station	Ein-schnitt-tiefe, t in m	Sohlen-breite, b' in m	Obere Grab-breite, B' in m	B+b 2 in m	Fläche $B \cdot b / 2$ in m <sup>2</sup>	Fläche $F_m$ in m <sup>2</sup>	Länge, l in m	Massen in m <sup>3</sup>
0+000	2,04	1,20	7,32	4,26	8,69			
0+050	2,82	1,20	9,66	5,43	15,31	12,00	50,00	600,00
0+100	2,92	1,20	9,96	5,58	16,29	15,80	50,00	790,00
0+150	2,80	1,20	9,60	5,40	15,12	15,71	50,00	785,50
0+200	1,61	1,20	6,03	3,62	5,83	10,48	50,00	524,00
0+210	3,43	1,20	11,49	6,35	21,78	13,81	10,00	138,10
0+250	1,84	1,20	6,72	3,96	7,29	14,53	40,00	581,20
0+275	4,41	1,20	14,43	7,81	34,44	20,86	25,00	521,50
0+300	3,31	1,20	11,13	6,17	20,42	27,43	25,00	685,75
Aushub: 4626,05								

**Massenberechnung im Feldbuch**

Bei der Ermittlung der Erdmassen eines Dammes ist sinngemäß zu verfahren.

**208] Aufgabe:**

Die Böschung eines Grabenstückes zwischen den Stationen  $0^{+400}$  und  $0^{+600}$  ist mit Mutterboden anzudecken und einzusäen. Der Mutterboden ist 0,15 m stark aufzubringen, gerechnet von der Böschungsoberkante bis 0,50 m über der Grabensohle. Zu Berechnen sind die anzudeckende Fläche und die Menge des Mutterbodens. Gegeben sind die Einschnitttiefen in m bei  
 Station  $0^{+400} = 1,60 \text{ m}$   
 Station  $0^{+430} = 1,90 \text{ m}$

**Lösung:**

**Erforderliche Bodenmenge für Fläche  $F_1$**

Gemittelte Aufhöhung in m  

$$= \frac{0,12 + 0,26 + 0,32 + 0,14}{4} = \frac{0,84}{4} = 0,21 \text{ m}$$

Bodenmenge  $V_1 = 0,21 \text{ m} \cdot 3\,680,00 \text{ m}^2 = 772,80 \text{ m}^3$

**Erforderliche Bodenmenge für Fläche  $F_2$**

Gemittelte Aufhöhung in m  

$$= \frac{0,26 + 0,38 + 0,40 + 0,32}{4} = \frac{1,36}{4} = 0,34 \text{ m}$$

Bodenmenge  $V_2 = 0,34 \text{ m} \cdot 2\,160,00 \text{ m}^2 = 734,40 \text{ m}^3$

Für die Aufhöhung der Wiese sind demnach  $1\,507,20 \text{ m}^3$  Schüttgut erforderlich.

[206] Die Berechnung der Schüttgutmenge bei größeren Bauten wird durchgeführt, indem der Baukörper durch Querschnitte (Querprofile) in einzelne Teile zerlegt wird. Berechnet wird jedes Teil für sich. Die Summe der Massen der Teilabschnitte ergibt die Gesamtmasse. Die Profile werden je nach Bauvorhaben alle 50,00 oder 100,00 m und in die Geländeknickpunkte gelegt.

Zur Ermittlung der Schüttgutmenge sind folgende Berechnungen notwendig:

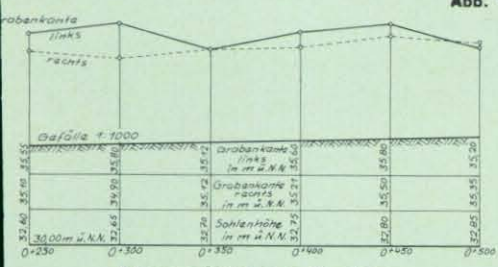
- Ermittlung der mittleren Querschnittsfläche  $F_m$  zwischen zwei Profilen  
 $F_{m1}$  aus  $F_0$  und  $F_1$   
 $F_{m2}$  aus  $F_1$  und  $F_2$  usw.
- Berechnung des Rauminhaltes der Teilabschnitte  $V_1, V_2$  usw. aus den mittleren Querschnittsflächen  $F_{m1}, F_{m2}$  usw. und

ausgebauten Grabens in einem quergeneigten Gelände. Entwurfunterlagen sind nicht vorhanden.

**Durchführung:**

Zum Aufmessen des Geländes wird zunächst die Grabenachse festgelegt. Auf dieser sind in Abständen von 50,00 m sowie jeweils an den Knickpunkten Stationspfähle einzuschlagen. In den Stationen werden die Grabenoberkanten rechts und links sowie die Grabensohle mit Hilfe des Nivelliergerätes in ihrer Höhenlage bestimmt und die Grabenquerschnitte eingemessen.

Abb. 169



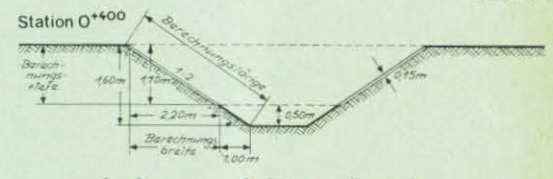
**Längsschnitt des Grabens**

Der Grabenlängsschnitt und die Querschnitte der einzelnen Stationen werden in eine Zeichnung maßstabgerecht übernommen. Die Querschnittsfläche in jeder Station wird zu ihrer Berechnung zwei Dreiecke und ein Rechteck zerlegt oder ein Trapez insgesamt berechnet.

Der Aushub ist aus den Querschnittsflächen und den Abständen zueinander zu ermitteln. Die Ergebnisse werden in das Feldbuch eingetragen.

Station  $0^{+400} = 2,10 \text{ m}$   
 Station  $0^{+540} = 1,70 \text{ m}$   
 Station  $0^{+600} = 2,10 \text{ m}$   
 und das Böschungsverhältnis 1:2.

Abb. 167



**Grabenquerschnitt zur Berechnung des angegedeckten Mutterbodens**

**Lösung:**

Aus der Einschnitttiefe, dem Böschungsverhältnis und der Stationsentfernung ist die einzudeckende Fläche zu berechnen. Die Einschnitttiefe bei Station  $0^{+400}$  beträgt 1,60 m. Die Böschungsbreite ist demnach  
 $2 \cdot 1,60 \text{ m} = 3,20 \text{ m}$ .

Da der Mutterboden nur bis zu einer Höhe von 0,50 m über der Grabensohle anzudecken ist, gilt für die Berechnung der Böschungsfäche die  
 Tiefe =  $1,60 \text{ m} - 0,50 \text{ m} = 1,10 \text{ m}$ .

Die Böschungsbreite beträgt demnach  
 $3,20 \text{ m} - 1,00 \text{ m} = 2,20 \text{ m}$ .

Die Länge der anzudeckenden Böschungsfäche wird mit Hilfe des Lehrsatzes des Pythagoras errechnet.

Lehrsatz des Pythagoras: In einem rechtwinkligen Dreieck ist die Summe der Quadrate über den Seiten, die den rechten Winkel einschließen (Katheten), gleich dem Quadrat über der Seite, die dem

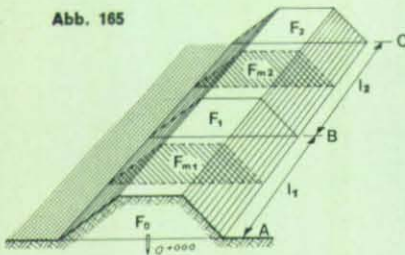
den Abständen  $l_1, l_2$  usw. aus den benachbarten Profilen,

z. B.  $V_1 = F_{m1} \cdot l_1$   
 $V_2 = F_{m2} \cdot l_2$

— Addieren der Massen aller Teilabschnitte, z. B.

$V = V_1 + V_2$  usw.

Abb. 165



Zerlegen eines langgestreckten Erdkörpers durch Querschnitte

Alle Maße und die Berechnung der Querschnitte sowie der Massen werden im Feldbuchblatt eingetragen.

[207] Aufgabe:

Zu berechnen ist der Aushub eines Grabens in ansteigendem Gelände ohne Querneigung. Gegeben sind der Längsschnitt des Grabens — Grabenlänge = 300,00 m, Sohlengefälle = 1:500 —, der Querschnitt des Grabens — Sohlenbreite = 1,20 m, Einschnitttiefe laut Längsschnittzeichnung — und das Böschungsverhältnis = 1:1,5.

Lösung:

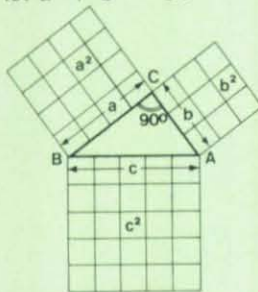
**Berechnung der Einschnitttiefe t**

Einschnitttiefe  $t =$  Geländehöhe — Sohlenhöhe

rechten Winkel gegenüberliegt (Hypotenuse).

Dadurch ist  $a^2 + b^2 = c^2$ .

Abb. 168



Darstellung des Lehrsatzes des Pythagoras

Zur Ermittlung der Böschungslänge ergibt sich somit

$c = \sqrt{a^2 + b^2}$

Bei einer Böschung ist die Hypotenuse gleich der Böschungslänge, während Böschungsbreite und Grabentiefe beiden Katheten entsprechen. Wie folgt errechnet sich die Böschungslänge

$\sqrt{2,20^2 + 1,10^2} = \sqrt{4,84 + 1,21} = \sqrt{6,05} = 2,46 \text{ m.}$

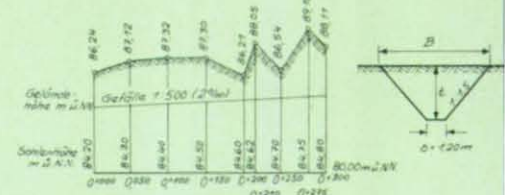
Die Längen der beiden Böschungen ergeben zusammengerechnet  $2 \cdot 1,90 \text{ m} = 3,80 \text{ m}$ .

Die Einschnitttiefe bei Station  $0^{+430}$  beträgt 1,90 m. Demnach beträgt die Böschungsbreite  $= 2 \cdot 1,90 \text{ m} = 3,80 \text{ m}$ .

Für die Berechnung der anzudeckenden Böschungsfläche sind 0,50 m (Begrenzung über der Grabensohle) zu berücksichtigen.

Profil  $0^{+000} = 86,24 \text{ m ü.N.N.} - 84,20 \text{ m} = 2,04 \text{ m}$   
 Profil  $0^{+050} = 87,12 \text{ m ü.N.N.} - 84,30 \text{ m} = 2,82 \text{ m}$   
 usw.

Abb. 166



Längs- und Querschnitt eines Grabens

**Berechnung der oberen Grabenbreite B**

Gabenbreite  $B =$  Sohlenbreite  $+ 2 \cdot$  (Verhältniszahl  $\cdot$  Einschnitttiefe)

Profil  $0^{+000} = 1,20 \text{ m} + 2 \cdot (1,5 \cdot 2,04) = 7,32 \text{ m}$

Profil  $0^{+050} = 1,20 \text{ m} + 2 \cdot (1,5 \cdot 2,82) = 9,66 \text{ m}$   
 usw.

**Berechnung der Querschnittfläche F**

$F = \frac{\text{Gabenbr.} + \text{Sohlenbr.}}{2} \cdot \text{Einschnitttiefe}$

Profil  $0^{+000}$  ist  $F_0 = \frac{7,32 + 1,20}{2} \cdot 2,04 = 8,69 \text{ m}^2$

Profil  $0^{+050}$  ist  $F_1 = \frac{9,66 + 1,20}{2} \cdot 2,82 = 15,31 \text{ m}^2$   
 usw.

**Berechnung der mittleren Querschnittfläche  $F_m$**

$F_{m1} = \frac{F_0 + F_1}{2} = \frac{8,69 + 15,31}{2} = 12,00 \text{ m}^2$

**Querschnittentfernungen**

Diese sind den Längsschnitten zu entnehmen  
 Station  $0^{+000}$  bis  $0^{+050} = l_1 = 50,00 \text{ m}$

Als Grabentiefe ergibt sich 1,90 m — 0,50 m = 1,40 m und als Böschungsbreite  $3,80 \text{ m} - 1,00 \text{ m} = 2,80 \text{ m}$ .

Rechte oder linke Böschungsbreite jeweils  $= \sqrt{1,40^2 + 2,80^2} = \sqrt{9,80} = 3,13 \text{ m}$ .

Daraus resultiert als Länge beider Böschungen  $= 2 \cdot 3,13 \text{ m} = 6,26 \text{ m}$ .

Bei den übrigen Stationen ist in gleicher Weise zu verfahren. Die Resultate sind in das Feldbuchblatt einzutragen. Die erforderliche Menge Mutterboden wird aus den Böschungslängen und den Stationsabständen, multipliziert mit der anzutragenden Bodenstärke, ermittelt. Die Summe aller errechneter Stationsabschnitte ergibt den Bodenbedarf des Grabenabschnittes insgesamt

Profil	Einschnitttiefe	Berechnungstiefe	Berechnungsbreite	Berechnungslänge x 2	mittlere Berechnungslänge x 2	Profilabstand	Fläche	Fläche · 0,15m
	in-m	in-m	in-m	in-m	in-m	in-m	in-m <sup>2</sup>	in-m <sup>3</sup>
$0^{+400}$	1,60	1,10	2,20	4,92	5,59	30,00	167,70	25,16
$0^{+430}$	1,90	1,40	2,80	6,26	6,71	50,00	335,50	50,33
$0^{+480}$	2,10	1,60	3,20	7,16	6,26	60,00	375,60	56,34
$0^{+540}$	1,70	1,20	2,40	5,36	6,26	60,00	375,60	56,34
$0^{+600}$	2,10	1,60	3,20	7,16				
Summe							Fläche: 1254,40	Masse: 188,17

**Berechnungen im Feldbuch**

**Beachte:** Fehlen zur Durchführung der Masseberechnung die Querschnittunterlagen, so ist zuvor das Graben- (oder Damm-) Profil stationsweise aufzunehmen.

[209] Aufgabe:

Zu bestimmen sind die Aushubmassen eines



Klaus-Dieter Knittler

## Zusammen im Geiste echter Partnerschaft

Auf Lehrgang an der ABC- und Selbstschuttschule der Bundeswehr in Sonthofen

„Gemäß o. a. Bezug stehen dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz für den Lehrgang für ABC-Auswerte-Offiziere in der Zeit vom 4. bis 21. 12. 1973 zwei Lehrgangspätze zur Verfügung. Aus meinem Geschäftsbereich mache ich folgende Teilnehmer namhaft:

Anreise: 3. Dezember;

Rückreise: 21. Dezember 1973.“

So lautete die Lehrgangsverfügung, die mich als Einsatzleiter für den ABC-Dienst im Warnamt VII/Weinsheim am 14. 11. 1973 erreichte. Ganz gelegen kam mir dieser Zeitpunkt in der Adventszeit zwar nicht, aber damit bot sich vielleicht eine einmalige Gelegenheit, an einem derartigen Lehrgang teilzunehmen.

Am 3. Dezember kam dann der Tag der Anreise. Von Bad Kreuznach geht die Fahrt mit der Bundesbahn über Mainz, Stuttgart und Ulm nach Sonthofen, das bereits tief verschneit zwischen den Bergen liegt. Beim Verlassen des Zuges fühle ich mich fast wie ein Urlauber, aber der vor dem Bahnhof stehende Bus der Bundeswehr, der mich in die Kaserne bringt, läßt diese Gedanken schnell verfliegen.

Im Geschäftszimmer der Lehrgruppe A, 1. Inspektion melde ich mich und erhalte vom Inspektionsfeldwebel Dienstplan, Schlüssel und die mir noch aus meiner früheren Dienstzeit bei der Bundeswehr bekannten Essenmarken. Dann werde ich zu meiner Unterkunft in die Grünen-Kaserne gefahren. Das Zimmer ist behaglich eingerichtet, und ich bin angenehm überrascht. Wenig später trifft auch mein Kollege vom Warnamt X ein. Lange haben wir uns nicht gesehen und dementsprechend wird auch bei bayerischem Bier und Obstler gefachsimpelt. Was werden wohl die nächsten drei Wochen bringen?

Reichhaltig ist am nächsten Morgen das Frühstück im Offiziersheim, und um 7.40 Uhr treffen sich die Lehr-

gangsteilnehmer im Hörsaal. Zehn Lehrgangsteilnehmer sind wir, Offiziere aus allen Teilstreitkräften, darunter auch zwei wehrübende Leutnante der Reserve, und wir zwei Einsatzleiter des zivilen Warndienstes — eine bunte Mischung und dementsprechend interessant gestaltet sich auch der Informationsaustausch. Herzlich ist die Begrüßung durch Lehrgruppenkommandeur Oberst Harprath, Inspektionschef Oberstleutnant Graf von Lüttichau und Hörsaalleiter Oberstleutnant Fanz. Nach Empfang der Vorschriften steigen wir dann voll in den Lehrgang ein.

Zunächst steht das Thema „Erkennen und Beurteilen von A-Detonationen nach eigenen Beobachtungen und Auswertung des NBC-1-nuclear-Meldungen“ auf dem Dienstplan. Dr. Häusler von der Gruppe Physik räumt anhand von Dias und mit einem Film von amerikanischen Atomtests mit der landläufigen Meinung auf, daß die Detonations-Wolke einer Luftdetonation immer hell und die einer Bodendetonation immer dunkel ist. Danach geht es um das Schätzen der Wirkung einer A-Detonation auf Personen, Material und Gelände — Gesichtspunkte, die auch für den Warndienst von Bedeutung sind, können damit doch den örtlichen Leitern des Katastrophenschutzes in einem Verteidigungsfall unter allen Umständen wichtige Entscheidungshilfen gegeben werden.

Breiten Raum nimmt in den ersten eineinhalb Wochen die Wetterkunde ein. Recht aufschlußreich sind die Ausführungen über die Entstehung der Großwetterlage und des örtlichen Kleinwetters, über den Einfluß von Wetter und Gelände auf die Ausbreitung eines radioaktiven Niederschlags und die Verfrachtung von Kampfstoffen. Für den Warndienst ist das Thema der Niederschlagsvorhersage unter unterschiedlichen Wetterbedingungen besonders wichtig.

Auch in der Handhabung des ABC-Wettergerätes, des Windmeßgerätes und des Luftfeuchtigkeitsmessers (Aspyrationspsychrometer) werden wir unterwiesen. Diese Geräte sind einfach zu handhaben und könnten auch bei der Erstellung der Wetterhilfsmeldungen im Warndienst wertvolle Hilfe leisten. Ein Niederschlagsmodell, mit dem die Verfrachtung eines radioaktiven Niederschlags bei verschiedenen Windrichtungen und Windgeschwindigkeiten simuliert werden kann, wird von RD Lienert vorgeführt.

Am 13. Dezember unternehmen wir eine Besichtigungsfahrt zu dem für Südbayern zuständigen Warnamt X in der Nähe des Starnberger Sees. Die Teilnehmer von der militärischen Seite sind sichtlich beeindruckt von der dortigen Anlage, von der in einem Ernstfalle die Warnungen und Alarmierungen für große Teile der Bevölkerung Bayerns ausgehen. Der ohnehin gute Informationsaustausch während des letzten Durchgangs gestaltet sich jetzt noch intensiver. Auf der Rückfahrt besuchen wir die Erde-Funkstellen der Deutschen Bundespost in Raisting und erleben einen Ballonaufstieg der Wehrgeophysiker der Luftlandeschule in Schongau.

Über vieles wäre noch zu berichten, z. B. über den Vortrag zur ABC-Arbeitsmethode in der Schweiz, über den Kegelabend, den Hörsaalabend und über den Besuch eines Theaterstücks im Soldatenheim. Doch alles kann hier in diesem Rahmen nicht erwähnt werden; es würde bestimmt zu umfangreich. Auch das leibliche Wohl kommt nicht zu kurz. Einmal in der Woche geht es für eine Stunde in das Hallenbad der Sportschule der Bundeswehr in die Generaloberst-Beck-Kaserne. Hier kann man richtig ausspannen und alle dienstlichen Probleme vergessen.

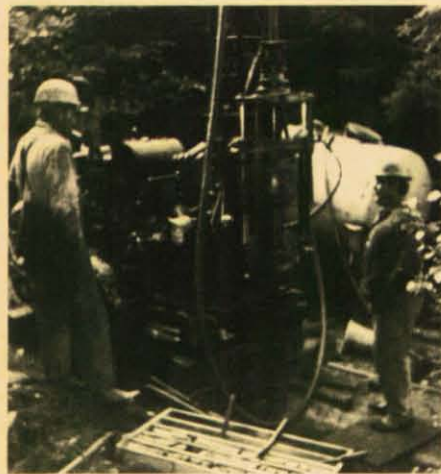
Am Ende des Lehrgangs werden zwei Planübungen durchgeführt. Hier muß

man dann „zur Kasse treten“. Jetzt muß jeder sein Können unter Beweis stellen. Alles, was in den zwei vorangegangenen Wochen theoretisch im Hörsaal erarbeitet wurde, wird hier in der Übung durchgespielt. Dabei muß jeder Lehrgangsteilnehmer in drei einstündigen Tests sein Wissen zeigen. Ja, man kann sagen, an diesem Lehrgang ist alles drum und dran. Am 21. Dezember versammeln wir uns im Lehrsaal zur Ausgabe der Lehrgangszeugnisse und zur Verabschiedung durch Oberst Harprath. Er dankt für die gute Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften und Lehrgangsteilnehmern. Dabei erinnert er auch an die gemeinsame Aufgabe in einem Verteidigungsfall, die voraussetzt, daß sich beide Teile, die zivile und die militärische Seite, gut kennen, um im Notfalle alles Nötige für den Schutz der Bevölkerung tun zu können.

Nun macht sich Abschiedsstimmung breit. Ein Danke-Schön von uns an die bewährten Lehrkräfte. Adressen werden ausgetauscht, private Besuche verabredet und ein Treffen für den Sommer geplant. Ja, dieser Lehrgang war schön und ein echter Gewinn. Ich meine, allen Kollegen in den Warnämtern wäre ein baldiger Besuch der Schule in Sonthofen zu wünschen.

## Sprengungen erschüttern Warnamt

Die zehn Warnämter der Bundesrepublik sind mit ihren Einrichtungen und Geräten, wie bekannt, in unter-



Niederbringen eines Bohrloches.



Meßwagen der Bundesanstalt für Bodenforschung. Von rechts: Warnamtleiter Peterek, Meßtruppeleiter Dr. Wüstenhagen, seine beiden aus Mali stammenden Helfer, Dipl.-Ing. Kirk (BzB).

irdischen Bauwerken untergebracht. Zur Sicherung der Funktionsbereitschaft aller technischen Anlagen ist u. a. ein ausgewogener Schutz gegen die aus einer Waffenwirkung freigesetzte Energie einer Druckstoßwelle Voraussetzung. Daher wurde beim Bau der Warnamtsanlagen der Schutzgrad S 9 zugrundegelegt, d. h. die Baukörper sind in ihrer Widerstandsfähigkeit auf den Spitzenüberdruck einer Druckstoßwelle von 9 atü (jetzt 9,29 bar) ausgelegt. Da die Planungsgrundlagen für die Erstellung derartiger Schutzbauten aus den Jahren 1959/60 stammen, erwiesen sich zwischenzeitlich weiterführende Untersuchungen als notwendig. Nunmehr wurde auch eine Überprüfung der sogenannten Schocksicherheit der baulichen Anlagen der Warnämter erforderlich.

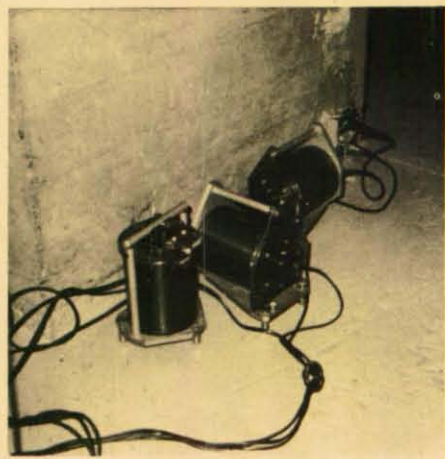
Unter den hier in Betracht kommenden Berechnungsfaktoren Waffenwirkung, Bauwerkabmessung und Baugrunderkennungswert ist letzterer am schwierigsten zu bestimmen.

Zur Festlegung derartiger Kennwerte fanden in den Monaten Oktober und November 1973 im Warnamt VI/ Bodenrod im Taunus Bodenuntersuchungen statt. Sie wurden im Auftrage des BzB von der Bundesanstalt für Bodenforschung, Hannover (BfB) durchgeführt.

In mehreren Versuchsreihen wurden durch Bodensprengungen die Kernwerte des aus Schiefer bestehenden Bodens rund um das Warnamt VI ermittelt. Die Zündung der Sprengstoffmengen von 200 g bis 30 kg (Ammon-Gelit 3) erfolgte in mehreren Bohrlöchern von 25 m und 50 m Tiefe.

Bei allen Sprengungen wurden die im Boden verursachten Druckwellen an verschiedenen Punkten mittels sogen. Seismographen gemessen. Die Aufrechnung der ermittelten Bodenkennwerte auf die in den Planungsvorgaben festgelegten Werte von Waffenwirkungen zwischen 80 kt und 5 Mt wird vom Battelle-Institut in Frankfurt/Main mit Hilfe eines vorliegenden Rechenmodells vorgenommen.

Die Ergebnisse dieser ersten Versuchsreihe werden eine weitere Überprüfung der Schocksicherheit erforderlich machen — eine Maßnahme, die für die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft des für das Land Hessen zuständigen Warnamtes VI von Bedeutung sein wird. In nächster Zeit werden vermutlich auch in den anderen Warnämtern, die geologisch anders geartete Verhältnisse aufweisen, weitere Versuche durchgeführt werden müssen.



Seismographen im Bunkerinnern.



Landesarzt Dr. med. Heinz Engelhardt

# Rettungs-Samariter

Kursus für Samariter im Krankentransport und Rettungsdienst

**EINLEITUNG:** Die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft und die Entwicklung der Technik haben zu einem Wandel der Medizin geführt und neue Erkenntnisse auch im Bereich des Rettungswesens vermittelt, die bessere Möglichkeiten als bisher zur Rettung von Notfallpatienten und zu deren Transport eröffnen. So hat die im Jahre 1967 geschaffene DIN 75080 für Krankenkraftwagen (RTW und KTW) technische Maßstäbe gesetzt, die sich als nützlich erwiesen haben.

Die Erste Hilfe beschränkt sich nicht mehr auf den Unfallverletzten und auf die entsprechenden Hilfen bei Wunden, Blutungen und Knochenbrüchen. Sie hat heute ihren Schwerpunkt in der Wiederbelebung von Atmung und Kreislauf von Notfallpatienten.

Notfallpatient ist jeder Patient mit akut auftretenden Störungen seiner für das Überleben wichtigen Organfunktionen, vor allem der Atmung, des Herzens, des Kreislaufs und des Gehirns, unabhängig davon, ob diese Störungen durch Unfall, Erkrankung oder anderer Ursachen hervorgerufen werden.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Zahl dieser Notfalltodesfälle auf jährlich 200 000 geschätzt. Davon sterben etwa 56 000 an Herzinfarkten, 17 000 bei Straßenverkehrsunfällen und 10 000 an Vergiftungen. In Fachkreisen schätzt man, daß etwa 10 % dieser 200 000 Menschen eine reale Chance auf Rettung gehabt hätten, wenn ein gut organisiertes Rettungswesen rechtzeitig die wirksame Hilfe ermöglicht.

Erste Konsequenzen dieser Entwicklung werden bereits im Bereich der Gesetzgebung sichtbar. Die Bundesregierung bereitet gesetzliche Regelungen vor zur Beförderung verletzter oder hilfsbedürftiger Personen in Krankenkraftwagen sowie zum Berufsbild eines „Rettungssanitäters“. Die gesetzlich vorgeschriebene Ausbildung und Prüfung zukünftiger Rettungssanitäter soll die personellen Voraussetzungen für eine fachgerechte Erstversorgung der Notfallpatienten schaffen.

Die Bundesländer werden ihrerseits Rettungsdienstgesetze verabschieden, in denen die organisatorischen Maßnahmen zur chancengleichen Rettung aller Notfallpatienten durch Sicher-

stellung einer flächenabdeckenden und gleichwertigen Versorgung größerer Regionen unabhängig von Verwaltungsgrenzen festgelegt sind. Da bislang noch keines dieser Gesetze in Kraft getreten ist, wird hier auf Einzelheiten nicht eingegangen.

Dennoch haben diese beabsichtigten Gesetze für die zukünftige Arbeit des Arbeiter-Samariter-Bundes wie auch der anderen Träger und Unternehmer des Rettungsdienstes eine richtungweisende Bedeutung. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt schon jetzt der Ausbildung unserer Helfer in der Transport- und Notfallmedizin.

So soll auch diese Fortsetzungsreihe allen Helfern und Samaritern im ASB einige praxisnahe Kenntnisse für ihre Tätigkeit im Krankentransport- und Rettungsdienst vermitteln oder in die Erinnerung zurückrufen. Es versteht sich von selbst, daß als Beifahrer auf einem RTW nur Dienst machen kann, wer zumindest einen S-III-Lehrgang erfolgreich absolviert hat.

## DEFINITIONEN:

**Krankenkraftwagen (KrKw)** sind Spezialfahrzeuge, die für den Rettungsdienst und die Kranken- und Verletz-

tenbeförderung geeignet sind. Gemäß ihrem Verwendungszweck werden sie unterschieden in:

Rettungswagen (mit dem Kurzzeichen RTW), Krankentransportwagen (mit dem Kurzzeichen KTW).

**Krankentransportwagen (KTW)** sind grundsätzlich für die Beförderung von Nicht-Notfallpatienten bestimmt. Sie sollen das Aufrechterhalten der Transportfähigkeit während der Beförderung ermöglichen.

**Rettungstransportwagen (RTW)** sind zum Herstellen und Aufrechterhalten der Transportfähigkeit von Notfallpatienten vor und während der Beförderung bestimmt.

**Notarztwagen (NAW)** sind Rettungswagen, die zusätzlich mit einem Notarzt besetzt sind.

**Notarzt** ist der im Rahmen eines organisierten Rettungsdienstes am Notfallort und auf dem Transport tätige Arzt.

**Notfall-Patient** ist jeder Patient mit akut aufgetretenen Störungen seiner für das Überleben wichtigen Vitalfunktionen, vor allem der Atmung, des Herzens, des Kreislaufs und des Gehirns, unabhängig davon, ob die Störung durch Unfall, Erkrankung oder andere Ursachen hervorgerufen wird.

Oder wie es in einem Gesetzesentwurf heißt: „Notfallpatienten sind Personen, die sich infolge von Verletzung, Krankheit oder sonstigen Umständen entweder in Lebensgefahr befinden oder deren Gesundheitszustand in kurzer Zeit eine wesentliche Verschlechterung besorgen läßt, sofern nicht unverzüglich medizinische Hilfe eingreift.“

**Aufgabe des Rettungsdienstes** ist es, bei Notfallpatienten lebensrettende Maßnahmen am Notfallort durchzuführen und die Transportfähigkeit herzustellen sowie diese Personen unter Aufrechterhaltung der Transportfähigkeit und Vermeidung weiterer Schäden in ein geeignetes Krankenhaus zu bringen.

**Transportfähigkeit** ist ein medizinisch definierter Zustand des Patienten, in dem dieser mit einem geeigneten Transportmittel transportiert werden kann, ohne daß eine Verschlechterung seines Zustandes allein durch Einwirkung des Transports auf seinen Körper (Transporttrauma) vorhersehbar ist. Ein Mensch ist transportfähig, wenn Atem- und Kreislauf Funktionen nicht ernsthaft gestört sind oder eine bereits vorliegende Störung dieser lebenswichtigen Funktionen vor



Beginn des Transportes behoben wurde. Für die Beurteilung der Transportfähigkeit ist es auch wichtig, ob die am Einsatzort eingeleiteten Maßnahmen auch während der Fahrt durch sachkundige Helfer fortgesetzt werden können.

Voraussetzungen und Kriterien der Transportfähigkeit sind:

- Freie Atemwege,
- Ausreichende Ventilation und Sauerstoffversorgung der Lungen,
- Erfolgreiche Schockbekämpfung,
- Geeignete Lagerung und Schienung gebrochener Gliedmaßen,
- Rosige, warme, trockene Haut,
- Puls unter 100 Schläge pro Minute,
- Blutdruck über 100 mm/hg.

In der Regel wird ein Notfallpatient nur transportiert, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Achtung: Aufbau und Ausrüstung der Krankenkraftwagen sind in der Norm DIN 75080, Blatt I und Blatt II festgelegt. Eine Veröffentlichung dieser Normblätter ist uns leider versagt. Wir empfehlen, die Norm beim Beuth-Vertrieb GmbH, 1 Berlin 30, käuflich zu erwerben.

### Kinder malen ihre Gemeinde

Der ASB-Wettbewerb „Caldener Kinder malen ihre Gemeinde“ hat zwölf Sieger. Das ergab die Wertung der neutralen Kommission von vier Lehrern unter Leitung von Klaus Uhl.

Die Kinder sollten ein Motiv ihrer Wahl aus einem der Ortsteile der Großgemeinde darstellen. Unter den 128 farbigen Bildern aus Calden, Meimbressen, Ehrsten, Fürstenwald und Westuffeln waren auch Bilder aus Schachten und Ersen.

Häufigstes Motiv waren die Kirchen der einzelnen Ortsteile, aber auch der Regionallughafen, das elterliche Haus und weniger bekannte Motive waren zu sehen.

Beteiligt hatten sich an dem Malwettbewerb auf Anregung von Rektor Krüger der Mittelpunktschule Wilhelmsthal auch einige Klassen der Caldener Grundschule. Auch die Jugendgruppe der evangelischen Kirchengemeinde Ehrsten hatte unter Anleitung von Frau Ross (Calden-Ehrsten) mitgewirkt. Sechs Sieger kommen aus dem Caldener Ortsteil Ehrsten, zwei aus Grebenstein-Schachten. Es siegten Claudia Peter (6), Sandra Lotze (7), Frank Grünwald (11), Gaby Lotze (12), Klaus Schelzig (12), Dagmar Fricke (13) — alle Calden-Ehrsten —, Ilona Schimann (Klasse 2 a) und Martina Knobbe (Klasse 4 c) — beide Grebenstein-Schachten — sowie aus Calden Beate Braun (Klasse 3 a), Adelheid Römer (8), Michael Kraft (10) und Ritz Homburg (11).

Alle Bilder sollen bei der offiziellen Übergabe des zweiten Krankentransportwagens an den ASB Calden durch Landrat Dr. Herbert Günther in einer Ausstellung den Bürgern der Ortsteile der Großgemeinde gezeigt werden.

RR Prof. Dr.  
Bernhard Maurer

## Sozial- pädagogisches Praktikum

JUH-Freiburg mit  
daran beteiligt

Zweiundzwanzig Mädchen und siebzehn Jungen haben in Freiburg im Breisgau an einem sozialpädagogischen Modellversuch teilgenommen, der im Herbst 1970 begonnen wurde und über zwei Jahre gedauert hat.

### 1. Ziel des Modellversuchs:

Junge Menschen sollten Gelegenheit finden, in überschaubaren Bereichen

1.1. aufgrund einer gewissen Anleitung konkret helfen zu können und die Auswirkungen des eigenen Helfens bewußt zu erfahren,  
1.2. in der Begegnung mit kranken und alten Menschen sich den Sinnfragen des Lebens neu zu stellen und durch die Begegnung in der eigenen Reifung zu wachsen und die Antworten des christlichen Glaubens besser zu verstehen.

1.3. zu lernen, nach den Ursachen von Krankheit und Not zu fragen und die Bedeutung der persönlichen und sozialen Hygiene zu erkennen;  
1.4. Aufgaben und Probleme des Krankenhausbetriebes in der modernen Gesellschaft kennenzulernen;

1.5. in der Frage nach der eigenen Berufsfindung Entscheidungen fällen zu können.

### 2. Begründung des Modellversuchs:

1. Die neuen Bildungskonzepte für den Unterricht in der Sekundarstufe stehen im Rahmen gesellschaftsbezogenen Lernens das Fach Arbeitslehre vor, das in die moderne Arbeitslehre einführen und durch unterrichts begleitende Block- oder Tagespraktika in Betrieben technischer, kommerzieller und sozialer Art ergänzt

werden soll. Der Schüler soll Kenntnisse gewinnen sowie Erfahrungen sammeln und reflektieren lernen, die ihm die Familie in der Industriegesellschaft im allgemeinen nicht mehr vermitteln kann.

Besondere Schwierigkeiten entstehen aber bei der Begegnung mit Problemen wie sozialer Not, Krankheit, Leid und Tod, zu denen der Schüler um seiner persönlichen Reifung willen eine Einstellung finden muß, die aber in der Industriegesellschaft verdrängt zu werden drohen und pädagogisch ungleich schwerer zu vermitteln sind als die leichter rationalisierbaren Probleme technischer und ökonomisch-politischer Art; freilich ist auch hier die Gefahr der Ideologisierung nicht ausgeschlossen.

Das Fach Arbeitslehre droht in den Sog der unternehmerischen Interessen einerseits, der linken Kapitalismuskritik andererseits zu geraten und keine sachgemäßen pädagogischen Grundlagen für die notwendigen Erfahrungen und Lernprozesse zu schaffen. Das sozialpädagogische Praktikum soll helfen, diese Gefahren zu erkennen und zu vermeiden.

2.2. Das Praktikum soll im Religionsunterricht als Projekt angeregt, reflektiert und ausgewertet, es soll dabei aber auch mit anderen Fächern zusammengearbeitet werden (Arbeitslehre, Biologie, Gemeinschaftskunde, Geschichte). Auf diese Weise könnten in einem Alter, in dem der traditionelle Schulbetrieb auf die Schüler weithin frustrierend wirkt, Fragen der Einstellung zu Gesundheit, Krankheit und Sterben, ethische und religiöse Dimensionen des Lebens, persönliche und gesellschaftliche Aufgaben der Gesundheitspflege, der Sozialarbeit, des Umwelt- und Seuchenschutzes, der kostendeckenden Pflegesätze, der Versicherungs- und Sozialpolitik sowie der kirchlichen Diakonie in für den Schüler verständlicher Weise konkretisiert werden.

### 3. Träger:

Träger des Versuches war die Freiburger Gruppe der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH). Sie versteht sich dabei nicht nur als Organisator von Erste-Hilfe-Kursen, sondern als eine Hilfsorganisation, die mit dem Diakonischen Werk der Kirche verbunden ist und im außerschulischen

Feld mit der Schule einerseits, mit kirchlichen und sozialen Institutionen in der Gesellschaft andererseits zusammenarbeiten will.

### 4. Planung und Durchführung:

Der Modellversuch wurde von der JUH in Verbindung mit Pädagogen und Theologen der Pädagogischen Hochschule Freiburg, der Evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen, Gemeindediakonie und Religionspädagogik Freiburg, dem Oberschulamt und Freiburger Kliniken geplant und von der JUH Freiburg unter Leitung von Harold v. der Hardt und Hanna Schulz durchgeführt. Die Finanzierung erfolgte mit Mitteln der Johanniter-Ordenswerke und des Diakonischen Werkes der Evangelischen Landeskirche. Die beteiligten Schüler des 9. und 10. Schuljahres kamen aus je einer Freiburger Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Dazu stießen einige berufstätige Jugendliche aus zwei Freiburger kirchlichen Jugendgruppen. Die Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren haben an Abenden und Wochenenden eine theoretische Schwesternhelferinnen-Ausbildung erhalten und dann wiederum in ihrer Freizeit und an Wochenenden ein 100stündiges pflegerisches Praktikum in Freiburger Kliniken abgeleistet. Ein Teil der Jugendlichen hat sich den aktiven Gruppen der Johanniter-Schwesternhelferinnen und der Johanniter-Unfall-Hilfe angeschlossen. 14 Unfallhelferinnen und -helfer haben freiwillig eine zusätzliche Schulung als Hilfsausbilder für Erste-Hilfe-Kurse absolviert, von denen sich bereits einige als Hilfsausbilder in der Praxis bewährt haben. 8 aus dieser Gruppe erhielten im Herbst 1973 die Ausbildung zum „Vollausbilder“; sie können in Schulen, Gemeinden und Betrieben selbständig Erste-Hilfe-Kurse durchführen.

### 5. Auswertung des Versuchs:

Die Auswertung erfolgte in Einzel- und Gruppengesprächen und mit Hilfe von Fragebogen. Die Erste-Hilfe-Kurse erwiesen sich als Motivationshilfe zur weiteren Ausbildung, zum praktischen Helfen, auch als pädagogisches Medium zur Vermittlung von Einsichten und zur Veränderung von Einstellungen in der sozialen Gruppe. Die Mehrzahl der

Teilnehmer erklärte, daß Helfen Freude bereite; anderen war der Kontakt mit Patienten, Ärzten, Pflegern und Schwestern wichtig; „die Konfrontation mit Problemen erweiterte den Lebenshorizont“ und „gab Anstöße zur eigenen Lebensführung“; „ich will mir die Freiheit nicht mit stumpfsinniger Diskothek-Philosophie um die Ohren schlagen“. Immer wieder wurden Konsequenzen für das eigene Verhalten im Straßenverkehr angedeutet; eine Schülerin schrieb, die Schüler hätten großes Interesse an allem, was nicht direkt zum Lehrplan gehört und wo sie auch aktiv teilnehmen können. Hinsichtlich der Einflüsse des Praktikums auf die Berufswahl sind genaue Angaben nicht möglich, da einige Teilnehmer bereits einschlägige Pläne hatten, andere noch nicht in der Berufsausbildung oder jetzt bei der Bundeswehr (zum Teil als Sanitäter) stehen.

### 6. Weitere Planung:

In diesem Sommersemester befaßt sich eine studentische Projektgruppe der Pädagogischen Hochschule Freiburg unter Leitung von Paul Gerhard Diez, einem jungen Hauptlehrer von der hiesigen Gesamtschule, der für dieses Projekt von der Hochschule einen Lehrauftrag erhielt, mit kritischen Analysen von Konzepten für das Fach Arbeitslehre in der Sekundarstufe I und mit der Auswertung unseres Materials. Diese Gruppe soll weiterarbeiten und ein didaktisches Konzept für ein größeres und über drei Jahre laufendes Modell entwickeln, das dann mit Hilfe eines hauptamtlichen Sozialpädagogen und unter wissenschaftlicher Begleitung durchgeführt werden kann.

## „Eingebildeter Nörgler“

Studentin lernte sich zu überwinden

Über ihren Einsatz im Krankenhaus berichtete eine Schwesternhelferin der Dezernentin von Württemberg: Nach den arbeits- (und vergnügungs-) reichen Tagen in Heilbronn folgten noch arbeitsreichere 14 Tage im

Chirurgischen Krankenhaus meiner Heimatstadt. Ich wurde von nichts verschont, nicht einmal von der Nachtwache, und ich habe sehr viel dazugelernt.

Ich lernte auch nicht bloß praktische Dinge, sondern vor allem auch die menschliche Seite im Krankendienst kennen. Wieviel Geduld ist notwendig, um Schwerkranke oder Frischoperierte aufzumuntern und sie richtig und gründlich zu pflegen! Das habe ich aber mit großer Freude getan — vor allem, wenn man die Dankbarkeit der Leute gespürt hat.

### Auch Terror der Kranken

Ein wenig Überwindung kostete es mich bei solchen, die Hang zum Terrorisieren und das Bedürfnis nach Krankheit haben. Zehnmal, fünfzehnmal am Tag läuten sie einen von den wirklich schweren Fällen weg — wegen Nichtigkeiten.

Dabei platzte mir im Schwesternzimmer auch 'mal der Kragen — und deswegen geriet ich mit meiner Stationsschwester das einzige Mal in der ganzen Zeit aneinander, als mir ein ungeduldiges „Eingebildeter Nörgler“ über einen Patienten herausschaltete.

Sie fände es aber sehr wenig taktvoll, so über einen Patienten zu sprechen, meinte sie, auch wenn sie ihre Pappenheimer selbstverständlich kenne.

Ruhig sprach sie dann mit dem Betreffenden, und von da an war er freundlicher! Von da an riß ich mich aber auch zusammen — und es klappte wunderbar. Ich habe mich sehr schwer von den Patienten und den Schwestern getrennt, mit denen ich mich die ganze Zeit über prächtig verstand, und die mir alles zeigten und beantworteten, was ich wissen wollte.

Aber inzwischen bin ich in einem Sanatorium für Leber- und Gallenkrankte, Fettsüchtige und Kreislaufkrankte angemeldet und werde dort noch drei Wochen bis zum Semesterbeginn arbeiten.

Ich möchte alle Sparten durchmachen, d. h. auch im Kinderheim, Altersheim und auf anderen Krankenhausstationen arbeiten. Hoffentlich sind die Belegschaften überall so menschlich und tüchtig zugleich, wie ich es jetzt im Kreiskrankenhaus vorfand.

Nun noch zu meinen weiteren Plänen. Ich werde ab Anfang November mein Studium fortsetzen — und hoffentlich in der Zeit zwischen durch Krankenhausarbeit finden!

### Kampf mit Ball und Trage

Die JUH Bonn lud den gesamten Nachwuchs, d. h. also die Jugend-JUH'ler aus dem Regierungsbezirk Köln-Aachen zu einem „Bezirkstreffen“ nach Bonn ein.

Nach arbeitsreicher Vorbereitung war es dann endlich so weit. Etwa 80 Jugendliche und 30 Betreuer aus Köln, Eschweiler, Seelscheid, Stolberg und Bonn waren dem Aufruf gefolgt. Die Gebäude und sportlichen Einrichtungen des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums in Bad Godesberg waren als Austragungsort zur Verfügung gestellt worden.

Die sportlichen Wettkämpfe in Volley-, Basket- und Handball, Indiacas und Tischtennis, die den Vormittag ausfüllen sollten, konnten in den Sporthallen abgehalten werden, so daß wegen des starken Regens nur das Fußballspiel „ins Wasser fiel“. Aber auch das Fußballspiel wurde dann, als der Regen nachließ, noch nachgeholt. Kurz vor dem Mittagessen, das von den Köchen des Technischen Hilfswerks „serviert“ wurde, fand ein Ballonsteigen statt, in der Hoffnung, daß die Finder der Ballons auf das kleine Adressenkärtchen antworten werden.

Nachmittags fanden dann die Geschicklichkeitsspiele, wie Eierlauf, Sackhüpfen, „römisches Wagenrennen“ und Brezelschnappen, statt. Den Bezug zur Ersten Hilfe schuf der „Dreibein-Lauf mit Trage“.

### Siegspokal an Bonn

Ab 16 Uhr, als alle Geschicklichkeitsspiele entschieden waren, glich man das vorherige „Gegeneinander“ durch fröhliches Beisammensein bei Musik und Tanz aus. Bei der anschließenden Siegerehrung wurden durch KB Harald Mettig Urkunden für die Ersten Plätze in den Einzeldisziplinen und der Gesamtwertung überreicht. Den Siegspokal trugen die Jugendlichen der JUH Bonn davon, zweite wurden die Jugendlichen der JUH Köln.

### Ein großer Erfolg

Dank der Vorbereitungsarbeit des Bonner Jugendleiters Volker Bethke und seiner Schwester Brigitte wurde dieses erste Bezirkstreffen der Jugend zu einem großen Erfolg. Die Jugend-JUH'ler lernten sich kennen, konnten sich auch etwas von der Arbeit im eigenen Standort erzählen, und — um dies auszubauen und zu vertiefen — wollen wir wünschen, daß es auch künftig solche Treffen und Veranstaltungen geben wird. Dillmann-Mettig

Erstaufführung eines Films:

## Ärztliche Sofortmaßnahmen am Unfallort

Über 200 Gäste konnte der Leiter des MHD, Dieter Graf von Landsberg-Velen, am 18. 12. 1973 in der Kölner Volkshochschule zur Erstaufführung des Films „Ärztliche Sofortmaßnahmen am Unfallort“ begrüßen. Zu den Anwesenden zählten namhafte Vertreter aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Verwaltungen: Vertreter der Kirche, des Deutschen Bundestages, der Bundes- und Länderministerien, der



Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes, der Polizei, der Ärzteschaft, der befreundeten Hilfsorganisationen, der Feuerwehr, der Berufsgenossenschaften, Krankenkassenverbände,

des Landschaftsverbandes sowie anderer befreundeter Verbände und Organisationen.

Zwei Jahre vorher hatte der MHD die gleichen Gäste zur Erstaufführung des ersten Films „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ begrüßen können. Dieser Film erreichte zwischenzeitlich eine Verbreitung von mehr als 400 Kopien im gesamten Bundesgebiet — aber auch im Ausland — und wurde zweimal im Deutschen Fernsehen in voller Länge ausgestrahlt. Mit der Prädikatsverleihung „Besonders wertvoll“ war eine Filmförderungsprämie verbunden, die an die Produktion eines neuen Films zweckgebunden war. Die Förderungsprämie wurde damit zum Grundstock für den zweiten Film „Ärztliche Sofortmaßnahmen am Unfallort“. Die erhebliche Restfinanzierung in Höhe von 50 000,— DM übernahm die Filmstelle der Firma C. H. Boehringer Sohn, Ingelheim, die sich an diesem Thema sehr interessiert zeigte. Der Film wurde somit zu einer Coproduktion zwischen der Firma Boehringer, der München Film Gesellschaft sowie dem Malteser-Hilfsdienst. Während der MHD das Drehbuch erstellte und für diesen Film die Regie führte, wurde im Trickstudio der Firma Boehringer der graphische Teil des Films erarbeitet und aufgenommen. Die München Film Gesellschaft zeichnete für die Gesamtherstellung verantwortlich. Für die wissenschaftliche Leitung dieses Projekts konnte der Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik München, Prof. Dr. G. Heberer, gewonnen werden.

Die Realaufnahmen für diesen Film konnten nur unter schwierigsten Bedingungen und im härtesten Einsatz — oft nach wochenlangen Wartezeiten — original an den Unfallstellen abgedreht werden. So zeigt der Film die ärztliche Erstversorgung Verletzter im Straßenverkehr beim Einsatz des in Köln stationierten und vom MHD eingesetzten Rettungshubschraubers. Hierbei stehen im

Vordergrund die Maßnahmen zur Normalisierung und Wiederherstellung von Atem und Kreislauf.



Da die Möglichkeiten des Arztes am Unfallort oft abhängen von Ausbildung, Erfahrung, Art und Umfang der mitgeführten materiellen und medikamentösen Ausrüstung, werden zwischen den dramatischen Rettungsaktionen die Sofortmaßnahmen in einem Trickteil umfassend behandelt und Alternativen zu den im Realteil gezeigten Maßnahmen vorgestellt. Hierzu zählen z. B. das Freimachen und Freihalten der Atemwege durch: manuelle Säuberung des Rachenraumes oder Absaugen, richtige Kopf- und Kieferhaltung, Einlegen eines Rachentubus, Endotracheale Intubation, Atemspende, Masken- oder Intubationsbeatmung ebenso wie die Normalisierung des Kreislaufs durch Blutstillung, Schocklage, Autotransfusion, Infusions- und medikamentöse Therapie, Einlegen eines Vena-Cava Katheters oder die Herzmassage.

Dieser Film dient nicht nur zur Aus- und Fortbildung von Ärzten, sondern eignet sich ebenso aufgrund der demonstrierten Zusammenarbeit zwischen Arzt und Hilfspersonal zur



Unterrichtung aller mit dem Notfall konfrontierten Personen. Dazu zählen neben den im Rettungsdienst eingesetzten Helfern auch die Angehörigen der Polizei und Feuerwehren sowie das Krankenhaus-

personal. Der Zufall wollte es, daß bei allen gezeigten Unfallsituationen immer wieder Laien helfend in die Rettungsarbeiten eingriffen und somit das Rettungsteam bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützten. So demon-

striert dieser Film nicht zuletzt auch zwingend notwendige Zusammenarbeit zwischen Arzthelfern und Notarzt. Der Laie erfährt hier, welche Mittel und Möglichkeiten der Arzt am Unfallort über die Laienhilfe hinaus einzusetzen vermag, um Leben und Gesundheit der Verunglückten zu retten. Damit eröffnen sich für diesen Film breite Einsatzmöglichkeiten in der Ausbildung.

Während der MHD den Film im Rahmen seiner Ausbildungstätigkeit vielseitig verwenden kann, wird es über den hauseigenen Verleih der Firma Boehringer „Camera medica“ in achtzehn verschiedenen Sprachen in alle Welt verliehen werden. Der Dank des MHD, den Graf Landsberg in seiner Ansprache anlässlich der Aufführung in Köln aussprach, galt daher allen, die mitgeholfen haben den Film herzustellen und zu gestalten: für die wissenschaftliche Leitung: Professor Dr. med. G. Heberer, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik München; den wissenschaftlichen Mitarbeitern: Dr. med. R. Peper, Dr. med. E. Thiemens, Dr. med. K. W. Wedel und Dr. med. V. Zumtobel; für Kameraführung: Rolf Godo; für Trickzeichnungen: Albrecht Porkert und Claus Kuhn (Boehringer); für Schnitt: Gabriele Doll (München-Film); für Buch und Regie: Mario Nowak (MHD-Generalsekretariat); für Produktion: Edmund Geer (München-Film). Ein besonderer Dank galt jedoch der Firma C. H. Boehringer-Sohn-Ingelheim und dem Leiter ihrer Filmstelle, Herrn Porkert, für die großzügig geleistete finanzielle und sachliche Hilfe bei der Herstellung dieses Films.

#### Prädikat „Wertvoll“

Die Filmbewertungsstelle Wiesbaden vergab nunmehr nach erfolgter Erstaufführung für den Film „Ärztliche Sofortmaßnahmen am Unfallort“ das Prädikat „Wertvoll“. Die Begründung für diese Prädikatsverleihung lautet: „Der Film erhält als Lehrfilm das Prädikat ‚Wertvoll‘. Er ist gut geschnitten und informiert sachlich jene, die mit der Ersten-Hilfe befaßt sind. Deshalb erscheint auch hier die Verwendung von Fachausdrücken sinnvoll.“ Der Film läuft seit dem 8. März als Vorfilm zu „Starker Verkehr“ (Heavy Traffic) in den deutschen Lichtspieltheatern.





# AKTUELLE NACHRICHTEN

## Amerika ändert seine A-Waffen-Strategie

Nach Aussagen von US-Verteidigungsminister Schlesinger verfügen die Sowjets gegenwärtig über so starke „unverwundbare Kräfte für einen zweiten Schlag“, daß ein amerikanischer Gegenschlag gegen sowjetische Großstädte als Antwort auf einen sowjetischen Atomangriff für die USA einem Selbstmord gleichkäme. Künftig sollen die amerikanischen Vergeltungswaffen auf sowjetische militärische Ziele wie Flugplätze oder Waffenlager gerichtet werden. Es solle auch vermieden werden, daß bei Ausbruch eines Atomkrieges die Steigerung gleich bis zur totalen Zerstörung gehe.

Als Voraussetzung dieser veränderten Strategie nannte Schlesinger die Entwicklung einer größeren Zielgenauigkeit.

Schlesinger betonte allerdings unmißverständlich, die USA seien auf jeden Rüstungswettlauf vorbereitet, wenn die UdSSR einen solchen haben wolle.

## Nervengas-Test in der Atmosphäre

Ein neuer Nervengasstoff, ein sogenanntes binäres Gas, soll von der US-Armee in der Atmosphäre erprobt werden. Dabei handelt es sich um die Vereinigung von zwei sonst relativ harmlosen Gasen, die getrennt voneinander eingesetzt werden. Erst dann, wenn sich diese beiden Gase vereinigen, entsteht das tödlich wirkende binäre Gas.

Nervengase zählen zu den am meisten gefährdeten chemischen Kampfmitteln. Jeder Staat, der über eine hochentwickelte chemische Industrie verfügt, kann heute Nervengase herstellen. Sie ähneln den in der Landwirtschaft verwendeten phosphororganischen Pestiziden und lähmen, wenn Lebewesen mit ihnen in Berührung kommen, das Nervensystem.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen beschreibt die Nervengase in seinem „Bericht über chemische und bakteriologische Waffen und die Wirkung ihrer möglichen Anwendung“: „Diese tödlich wirkenden Verbindungen werden leicht durch die Lungen, die Augen, die Haut und den Magen-Darm-Trakt aufgenommen, ohne dabei eine lokale Reizung zu verursachen. . . . Wird eine Person einer tödlichen Dosis eines Nervenstoffes ausgesetzt, so stirbt sie innerhalb weniger Minuten an Erstickung, wenn sie nicht schnell . . . behandelt wird.“ Ort und Zeit des geplanten amerikanischen Versuches stehen zur Zeit noch nicht fest, doch ist es möglich, daß ein solcher Versuch mit tödlichem Kampfstoff in der Atmosphäre zu innen- und außenpolitischen Kontroversen führen wird.

## Allen Zufälligkeiten vorbeugen

Die polnische Regierung hat nach einer Meldung von Radio Warschau ein Programm zur Sicherstellung der Energieversorgung beschlossen, welches alle Zweige der polnischen Wirtschaft betrifft.

Mit diesem Sparprogramm für Brenn- und Rohstoffe wird die Notwendigkeit sparsamer Verwendung zwecks Einsparung von Brennstoffen, Energie, Rohstoffen und Material verpflichtend festgelegt. Angesichts der Energiekrise in der westlichen Welt gewinnt dieses Programm an Aktualität; es umfaßt sowohl entsprechende Sofortmaßnahmen als auch langfristige Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, eine sparsamere Verwendung von Brennstoffen aller Art, von Energie, Rohstoffen und Materialien — vor allem aber von Flüssigbrennstoffen — zu erreichen. In nächster Zeit wird eine Schätzung des Rohstoffbedarfs für das laufende Jahr und eine Bestandsaufnahme aller Vorräte in diesem Bereich durchgeführt. Scharfe Sparmaßnahmen sind vor allem im Bereich der chemischen Industrie, bei Hüttenfabrikaten, Zement, Papier und Holz vorgesehen.

Der innerpolnische Flugverkehr soll eingeschränkt, der LKW- und Anhängertransport schärfer kontrolliert werden. Der Busverkehr wird dort, wo Eisenbahnverbindungen bestehen, sehr stark eingeschränkt. Betriebseigene Busse dürfen nur noch im Arbeiter-Zubringerverkehr oder für Transporte von Schülern zu den Schulen oder Ferienlagern eingesetzt werden.

## Belgische Stadt bleiverseucht

Die Einwohner der belgischen Stadt Hoboken leben mit dem Grauen. Bodenuntersuchungen haben ergeben, daß durch die von einem nahegelegenen Metallwerk ausgehenden Luftverunreinigungen weite Gebiete der Stadt vergiftet sind. Eine große Anzahl der 33 000 Einwohner der Stadt befindet sich wegen chronischer Magen- und Darmkrankungen bereits in ärztlicher Behandlung. Die Ärzte warnen dringend davor, landwirtschaftliche Produkte aus dem betroffenen Gebiet zu verzehren, weil die Bleikonzentration in ihnen lebensgefährliche Werte erreicht hat. Auf den Weiden verenden zahlreiche Tiere. Ein von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebenes Gutachten wurde sofort als Geheimsache behandelt, weil die Bevölkerung nicht beunruhigt werden soll. Trotzdem wurde bekannt, daß der zulässige Bleigehalt der entnommenen Bodenproben vielfach um mehr als das Zweihundertfache überschritten ist. Nach dem Gutachten sind bei mehr als 55 Einheiten Blei im Erdboden Gesundheitsschäden bei Menschen zu befürchten; in Wohngebieten in der Nähe des Metallwerkes sind jedoch mehr als 10 375 Einheiten festgestellt worden. In einer Schule der Stadt ist der Boden mit 1188 Einheiten bleiverseucht, die Kinder, die diese Schule besuchen, sind ständig gefährdet. Die Evakuierung der Stadt wird inzwischen ernsthaft erwogen.

## Zivilschutz-Aufkleber

Der Zivilschutzverband St. Gallen-Appenzell hat Zivilschutz-Aufkleber herstellen lassen und gibt diese zum Preise von 25 Rappen je Stück an die Bevölkerung und Institutionen ab. Der Zivilschutzkleber wird in den



Farben blau/gelb oder schwarz/gelb hergestellt und ist 11 cm hoch und 10 cm breit. Die Initiatoren sind überzeugt, daß sich mit der Verbreitung des Aufklebers eine gute Werbewirksamkeit für den Zivilschutz einstellen wird.

Dieter Meyer-Paysan

## Von der Bergwacht bis zur Rettung aus Seenot

Freiwillige Helfer  
im Gespräch mit dem  
Bundespräsidenten

Fotos: Kurt Hilberath



Bundespräsident Heinemann und Gattin im Kreise der Helferinnen und Helfer, die seiner Einladung gefolgt waren.

Aus allen Teilen der Bundesrepublik waren sie in Bonn zusammengekommen. Und wenn der eine über ein neu in Dienst gestelltes Boot für den Seenotdienst berichtete und der andere über die unterschiedliche Art der Auslagenvergütung bei der Rettung aus Bergnot, dann gehörte auch das zu den Sorgen und Problemen der dreißig Helferinnen und Helfer, die am 5. Februar mit Bundespräsident Heinemann zu einem Gespräch am Tisch saßen. Der Bundespräsident hatte zu diesem Gespräch in seinem Amtssitz, der Villa Hammerschmidt, freiwillige Helfer der Unfall- und Katastrophenhilfsdienste gebeten: Deutsches Rotes Kreuz, Freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Malteser Hilfsdienst, Johanniter-Unfallhilfe, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft und Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Noch etwas steif ging es bei der Begrüßung in der Halle zu, als nach einer kurzen Ansprache jeder Teilnehmer dem Bundespräsidenten und Frau Heinemann vorgestellt wurde. Aber dem Gastgeber gelang es bald, die Distanz, die sein Amt

schaft, zu überwinden. Bei Tee und Kaffee im Speisesaal entspann sich schnell unter der Gesprächsleitung von Frau Gundelach vom MHD eine rege Diskussion. Nüchtern und sachlich berichteten die Helfer aller Organisationen aus ihrer Arbeit. Ganz offen wurden aber auch Probleme und Schwierigkeiten dargelegt. Ganz besonders interessierte den Bundespräsidenten die Jugend. Schon bei der Begrüßung hatte er erklärt, daß Behauptungen, die heutige Jugend taue nichts, durch die vielen tausend zum Teil sehr jungen Helfer und Helferinnen widerlegt werde, die freiwillig in den Hilfsdiensten mitarbeiteten. Er war daher überrascht, als der jüngste Teilnehmer berichtete, daß manche seiner Mitschüler seine Tätigkeit in der Jugendfeuerwehr belächelten. Das Problem des Nachwuchses scheint jedoch in den Hilfsdiensten ebenso unterschiedlich zu sein wie die Gründe des Beitrittes: meist technisches Interesse, seltener allein Idealismus des Helfenwollens. Von allen Helfern, die zu diesem Thema Stellung nahmen, kam aber klar zum Ausdruck, daß bei der Freistellung junger Helfer vom

Wehrdienst vor allem die Bereitschaft zu persönlichem Einsatz maßgebend sein muß. Sei diese Bereitschaft zur Mitarbeit nicht vorhanden, müsse die Freistellung abgelehnt werden. Einheitsführer, die ihren Nachwuchs nur durch das Versprechen der Freistellung heranzögen, seien zu bedauern. Als sehr wünschenswert wurde es dagegen bezeichnet, wenn nicht gerade die technischen Berufe für die Bundeswehr reserviert und damit zu einem großen Teil von der Freistellung ausgeschlossen würden. Besonders Technisches Hilfswerk und Freiwillige Feuerwehr werden von dieser Regelung hart getroffen. Über die in einigen Beiträgen angeklungene, nicht durchweg positive Beurteilung der Freigestellten zeigte sich Frau Heinemann bestürzt. Sie meinte, Ersatzdienstleistende und auch die zur Mitarbeit in Hilfsorganisationen Freigestellten dürften in der Öffentlichkeit nicht schlecht angesehen sein. Sehr scharf wurden die Kurzurse in Erster Hilfe kritisiert, wie sie für Führerscheinbewerber eingeführt wurden. Von allen am Sanitätsdienst beteiligten Organisationen wurde übereinstimmend erklärt, daß die

Kurse besser kostenlos seien, dafür aber mit einer Abschlußprüfung. Zur Zeit zahlten die Lehrgangsteilnehmer lediglich ihre Gebühr und säßen ihre Zeit ab. Eine gute Anregung war der Vorschlag, den Lehrstoff in den Kursen durch Einsatz von Dolmetschern auch für die Gastarbeiter unter den Führerscheinbewerbern verständlich zu machen. Frau Gundelach brachte durch ihre souveräne und lockere Gesprächsleitung die meisten Teilnehmer dazu, ihre Probleme vorzubringen: Die Helfer kritisierten die zum Teil überalterte Ausrüstung und das Fehlen von verschiedenen Spezialgeräten; sie berichteten über das Verhältnis zu den Behörden, die zwar oft großzügige Unterstützung gewährten, oft aber auch durch umständliche und bürokratische Art die Arbeit behinderten und verschleppten, wie auch am Beispiel einer THW-Unterkunft dargelegt wurde; sie erzählten, wie und warum sie ihren Organisationen beigetreten waren; und oft entspann sich eine rege Diskussion unter den Teilnehmern selbst.

Der Bundespräsident und Frau Heinemann ergriffen zwar nur selten das Wort, doch man sah deutlich, daß sie aufmerksam zuhörten und daß ihnen dieses Gespräch keinesfalls gleichgültig war.

Auch das Verhältnis der Organisationen untereinander kam zur Sprache. Wenn man sich auch einmal — wie ein Helfer des DRK es ausdrückte — um die Verletzten „rauft“, so ist doch in der Regel die Zusammenarbeit gut. Auf höheren Ebenen bestehen zwar noch gewisse Kompetenzschwierigkeiten, aber auf der unteren Ebene leistet man meist einander Hilfe bei Einsätzen oder bei gegenseitiger Ausbildung. Die Tatsache, daß Feuerwehrmänner Rettungsschwimmkurse bei der DLRG belegen, entlockte Bundespräsident Heinemann zunächst ein Schmunzeln. Es stellte sich jedoch heraus, daß nicht die Gefahr des Ertrinkens im Löschwasser der Grund für diese Ausbildung ist, sondern der Einsatz auf eigenen Wasserfahrzeugen.

Als einige Helfer sich beklagten, daß manche Hilfsorganisationen zu wenig bekannt seien und in der Presse oft zu kurz kämen, meinte der Bundespräsident: In einem Land der Pressefreiheit sei es Sache jeder einzelnen Organisation, die Presse für sich einzuschalten. „Klappern gehört zum



Die Gruppe der THW-Helfer wird vom Bundespräsidenten begrüßt. V. r.: Winkelmann (OV Mülheim), Meyer-Paysan (OV Saarbrücken), Braun (OV Ulm) und Krebs (OV Coburg).



Offen konnten die Besucher dem Gastgeber ihre Wünsche vortragen.

Handwerk“, sagte er und fuhr fort: „Wenn man die Presse rechtzeitig vor entsprechenden Veranstaltungen benachrichtigt, kann ich mir eine ablehnende Haltung und einen Mangel an Unterrichtung der Öffentlichkeit kaum vorstellen.“

Es waren noch eine Menge weiterer Themen, die vorgetragen wurden,

freimütig und kritisch, aber doch mit Stolz auf die eigene Arbeit in den freiwilligen Hilfsdiensten und mit Genugtuung, alle Sorgen einmal auf allerhöchster Ebene abladen zu können. Zu bemerken wäre noch, daß während des fast zweistündigen Gespräches kein einziges Mal das Wort „Begeisterung“ fiel.



## PRESSESCHAU DES INLANDS

### Noch mehr Aufrüstung

Nach dem Krieg der heiligen Tage in Nahost haben die Israelis ihren Teil der Kriegsbeute sehr sorgfältig nach den von der Sowjetunion an Ägypten gelieferten neuen Waffenarten untersucht. Dabei hat sich bestätigt, was während des Krieges auf der Sinai-Halbinsel bereits erkennbar wurde: Die Sowjets haben frapierend einfache, aber sehr wirksame Neukonstruktionen von Waffen und Kriegsgerät entwickelt und von den Ägyptern einsetzen lassen.

Amerikanische Elektronik-Spezialisten, die nach dem Nahostkrieg Gelegenheit hatten, von den Israelis erbeutete SAM-6-Raketen zu untersuchen, haben diesem Luftabwehrgeschöß hohes Lob gezollt. Mit einem Feststoff- sowie einem Staustrahltriebwerk ausgestattet, erreicht diese sowjetische Rakete eine bis zu 2,8fache Schallgeschwindigkeit. Sie fliegt somit schneller als die amerikanischen Luftabwehrraketen „Nike“ und „Hawk“. Außerdem ist sie in relativ kurzer Zeit — etwa 3 Stunden — auf- und abzubauen und damit beim Vormarsch mitführbar. Die Amerikaner versuchen nun, verbesserte Geräte für die Irreführung und die Abwehr der SAM-6 zu entwickeln. Ebenso werden verbesserte Gleitbomben des Typs „Walleye 2“ und „Hobos“ entwickelt. Die Luft-Boden-Rakete „Maverick“ wird ein Infrarot-Suchgerät bekommen, welches ihren Nachteinsatz ermöglichen soll. Die Rüstungsspirale dreht sich weiter — die Kosten werden astronomisch.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

### Kritik an Äthiopiens Krisenpolitik

Die Berichte über die Dürre-Katastrophe in Äthiopien haben — nicht

nur in der Bundesrepublik — eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Schon aber werden Stimmen laut, die der Regierung des Landes vorwerfen, sehr leichtfertig über die ersten Anzeigen der Katastrophe hinweggegangen zu sein und keinesfalls verantwortlich gehandelt zu haben, um die Folgen der Dürre zu bekämpfen oder zu mindern. Es scheint, als verlasse man sich allzusehr auf die Hilfe von außen. In der „Washington Post“, auf die sich der Kölner Stadt-Anzeiger bezieht, hat David B. Ottoway seine Vorwürfe an die Adresse des Negus mit Fakten untermauert.

Das afrikanische Kaiserreich verfügt aus eigener Produktion durchaus über genügend landwirtschaftliche Produkte, um die Versorgung seiner Bevölkerung sicherzustellen. Aus Statistiken und Mitteilungen der Regierung in Addis Abeba geht sogar hervor, daß trotz der dreijährigen Dürre noch beträchtliche Getreidemengen exportiert werden. Berichte sprechen zudem davon, daß Großgrundbesitzer und Händler in der Hauptstadt und in den am stärksten betroffenen Provinzen — in der Hoffnung auf steigende Preise — Getreide gehortet haben.

Selbst im Oktober und November 1973, längst nachdem sich die Regierung der Krise bewußt geworden war, wurden Hunderte von Tonnen Getreide und Bohnen und sogar Milch in die arabischen Staaten und nach Westeuropa exportiert. In der Hauptstadt lagert — wie aus diplomatischen Kreisen verlautet — eine Reserve von 10 000 Tonnen Getreide in Privatbesitz. (Kölner Stadt-Anzeiger)

### Oberfeldwibel rettete Kinder aus brennender Wohnung

Weil er gelernt hatte, wie man helfen kann, half ein Oberfeldwibel des Luftwaffenamtes in Wahn, als Not am Mann war. Manfred Nühning ist Experte auf dem Gebiet der Selbsthilfe und der Brandbekämpfung — daher schätzte er auch, als er einen Wohnungsbrand bemerkte, die Gefahr für die Bewohner richtig ein und wurde so zum Retter für vier in der brennenden Wohnung eingeschlossene Kinder.

Oberfeldwibel Manfred Nühning sah von der Straße aus in einer Wohnung im vierten Stock eines Hochhauses ein flackerndes Licht, welches sich in eine

große Stichflamme verwandelte. Er drückte sämtliche Klingeln des Hochhauses und lief dann in die vierte Etage. Hinter der Wohnungstür standen, laut um Hilfe rufend, zwei Jungen im Alter von zwei und sechs Jahren und ein dreijähriges Mädchen. Ein fünf Monate alter Säugling lag noch — wie sich später herausstellte — in seinem Bettchen im Schlafzimmer. Nühning beruhigte durch die Tür hindurch die Kinder und gab ihnen Verhaltensmaßregeln. Gemeinsam mit Nachbarn schlug er die Tür ein. Mit Hilfe eines Taschentuches als provisorischem Atemschutz arbeitete sich der Oberfeldwibel dann zu dem Säugling im Schlafzimmer durch und rettete diesen.

Nach der Rettung der — glücklicherweise unverletzten — Kinder begannen die Helfer unter Nühnings Leitung mit der Bekämpfung des Brandes. Als die Feuerwehr eintraf, brauchte sie sich nur noch mit den „Nacharbeitern“ zu beschäftigen. Die Eltern der Kinder waren bei Ausbruch des Feuers bei Verwandten zu Besuch.

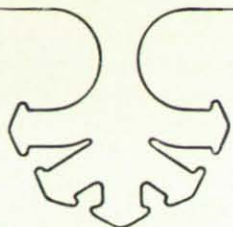
(General-Anzeiger, Bonn)

### Fleischersatz aus Pflanzeneiweiß

Vor etwa fünf Jahren berichteten die Zeitungen weltweit über das aus der Sojabohne hergestellte „künstliche Fleisch“, welches als TVP (Textured Vegetable Proteine) auch in Kaufhäusern und Supermärkten angeboten wurde. Allerdings ist diese sensationelle Entwicklung von den Hausfrauen in aller Welt nicht akzeptiert worden; jedenfalls wurde es sehr schnell ruhig um TVP. Jetzt soll aus Australien ein neuer Fleischersatz kommen.

„Kes pie“ (Kesp) ist ein neuer Fleischersatz aus Pflanzeneiweiß, es soll ihn seit einigen Monaten bereits in England zu kaufen geben. Der Herausgeber der Fachzeitschrift „Food Manufacture“ hat ihn selbst gekostet und stellt fest, er unterscheidet sich im Geschmack überhaupt nicht von Rind- bzw. Hühnerfleisch. Das Eiweiß von Kesp — 32 % der Kalorien — stammt von einer bestimmten Bohnensorte. Kesp hat 21 % Fettgehalt.

(Verbraucherdienst, Köln)



## Presseschau DES AUSLANDS

### Etatmittel für den Zivilschutz

## de paladijn

Im Jahre 1974 werden in den Niederlanden rund 130 Millionen Gulden für die Zivilverteidigung in Ansatz gebracht. Dieser Betrag verteilt sich auf insgesamt 10 verschiedene Ministerien. Nachstehend die Aufschlüsselung des Betrages:

Innenministerium	76 503 000 hfl
Unterrichts- und Wissenschaftsministerium	78 500 hfl
Verteidigungsministerium	18 325 000 hfl

Ministerium für Raumordnung und Wohnungsbau	1 100 000 hfl
Ministerium für Verkehr und Wasserwesen	14 750 000 hfl
Wirtschaftsministerium	5 581 000 hfl
Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei	2 680 000 hfl
Sozialministerium	228 500 hfl
Ministerium für Kultur, Erholung und Gesellschaft	400 000 hfl
Ministerium für Volksgesundheit und Umweltschutz	8 665 000 hfl

(Den Haag, Nr. 10/1973)

### Erfolgreicher, vielfältiger Einsatz



Die Mitarbeiter des Zivilschutzes in der Provinz Britisch-Kolumbien haben im Jahre 1972 viele Einsätze mitgemacht.

Sie waren an 93 Suchaktionen für vermißte Personen, an 20 Wassersuchaktionen und Rettungsarbeiten, an 7 Lufteinsätzen für vermißte oder versunkene Flugzeuge, an 10 Rettungseinsätzen bei Fahrzeugunfällen sowie an Rettungsaktionen bei 37 Überschwemmungen und 8 Brandkatastrophen beteiligt. An diesen 175 Einsätzen arbeiteten

2 852 Zivilschutzmitarbeiter mit; ihre Einsatzzeit betrug zusammengefaßt 145 204 Stunden.

156 065 Arbeitsstunden wurden von 4 459 Zivilschutzmitarbeitern für die Teilnahme an 267 Übungen auf der Gemeindeebene geopfert. 283 Personen nahmen an den 27 Provinzkursen teil. Sie opferten dafür insgesamt 9 905 Stunden ihrer Zeit. Insgesamt betrug die Zahl der zur Verfügung gestellten Stunden bei Katastropheneinsätzen 311 174; würde man von einem Stundenlohn von \$ 2,50 ausgehen, so käme man auf die stattliche Summe von \$ 777 935.

Im Laufe des Jahres konnten rund 2 000 neue Freiwillige gewonnen werden. Eine Vereinbarung mit den Rundfunk-Amateuren wurde getroffen, die dazu führte, daß ein besonderes Zivilschutz-Rundfunkamateur-Netz gebildet wurde, welches bisher über 160 Mitglieder hat.

(Ottawa/Kanada, Nr. 6/7 1973)

### Der Not gehorchend - aber falsch

## ZIVILSCHUTZ

Was Aufklärungsschriften und Vortragswellen, Aufrufe und Appelle, „Notpack“- und „Eichhörnchen“-Aktionen nicht vermochten, das brachte ein einziges benzin- und heizölloses oder -armes Wochenende zustande: Der Österreicher spricht von Bevorratung, er studiert intensiv . . . Tabellen . . . ja, er fordert sogar Rationierungsmaßnahmen — und er schreitet selbst zur Bevorratung, indem er (zum ungünstigsten Zeitpunkt) zu hamstern beginnt.

Und das ist genau der Zustand, den zu vermeiden das Bestreben aller vorangegangenen, jahrelangen und leider so wenig erfolgreichen Aufklärungsaktionen des zuständigen Ministeriums, der Wirtschaft und — nicht zuletzt — des ÖZSV war. Was aber tun Frau und Herr Österreicher in dieser Situation? . . . Sie kaufen, was sie bekommen können, und sie bedenken dabei nicht, daß sie durch ihr unüberlegtes Hamstern die Ware noch mehr verknappt und dadurch die Preise in die Höhe treiben.

So ist es natürlich übertrieben dargestellt, und bei weitem nicht alle Landsleute haben so gehandelt. Aber dennoch sollte diese Erfahrung den

Verantwortlichen im Staate eine ernste Mahnung sein, in Zukunft entsprechend vorzusorgen und die Bevölkerung noch viel nachdrücklicher über die ganze Problematik aufzuklären.

(Wien, Nr. 1/74)

### Kampf gegen Gletscher-Katastrophen

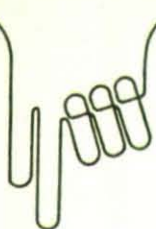
## SOWJETUNION HEUTE

Der Medweschi-Gletscher im Pamir hat seit Jahrhunderten manchen Schaden angerichtet, wenn seine Eismassen in Bewegung gerieten und auf ihrer Talwanderung ganze Flußtäler zwischen den hohen Bergen gewissermaßen „verstopften“ oder abschnitten.

Seit Jahr und Tag stehen jetzt dort, wo die größte Gefahr droht — am Zusammenfluß von Abdukagor und Kaschal-Ajak zum Wantsch —, in der Siedlung Chrystalny, ständig Geologen auf Wacht. Mit den umliegenden Ortschaften und den am Laufe des Flusses liegenden Städten — auch mit der größten Stadt Pamirs, Chorog, und der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe — besteht ständige Funkverbindung. Im Februar — März 1973 wurden wieder Bewegungen im Gletscher festgestellt, im Mai setzte sich das Eis talwärts in Bewegung; die Gletschermasse, die sich voranschob, war in dieser Gewaltigkeit noch nie registriert worden. Die abgeriegelten Flüsse stauten sich gewaltig auf; 50 Millionen Tonnen Eis bildeten eine 700 Meter breite, 120 Meter hohe Barriere, auf die 20 — 25 Millionen Tonnen Wasser drückten.

Eine gigantische Vorsorge-Aktion wurde in Gang gesetzt, alle Rettungsmaßnahmen wurden eingeleitet. Die Täler waren evakuiert, alles Vieh abgetrieben. Über Gletscher und See patrouillierten ununterbrochen Hubschrauber. In drei Phasen, am 20. Juni 1973, am 4. Juli 1973 und im Herbst des gleichen Jahres floß das gestaute Wasser ab. Immer wieder gab es Verstopfungen in der Eiswand. Größeres Unheil wurde aber verhindert, weil alle Schutzmaßnahmen getroffen worden waren. Im Großeinsatz wurden die Verwüstungen beseitigt. Im nächsten Jahr soll der Fluß vor dem Gletscher in einen Tunnel abgeleitet werden.

(Moskau, Nr. 24/1973)



## ZEITSCHRIFTEN SCHAU

EMO  
Ottawa/Kanada, Juni/Juli 1973

### **Katastrophenplan für Friedenszeiten**

Die kanadische Katastrophenschutz-Organisation EMO hat einen Katastrophenplan für Friedenszeiten ausgearbeitet, dessen Annahme durch den Stadtrat der kanadischen Stadt Picton der Fachzeitschrift Veranlassung gibt, dieses Problem noch einmal zu behandeln.

Der Plan zielt darauf ab, von vornherein festzulegen, auf welche Weise der wirkungsvollste Einsatz aller zur Verfügung stehenden Hilfsdienste gewährleistet werden kann. Wichtigste Punkte des Planes: Schnellstmögliche Reaktion aller Dienste und Einrichtung einer übergeordneten Kontrolle aller Maßnahmen; Einleitung aller Maßnahmen, die einen ungestörten Ablauf aller Rettungsmaßnahmen sichern und Ruhe und Ordnung am Katastrophenort aufrechterhalten; Beseitigungen aller Gefahrenquellen zusätzlicher Art; Evakuierungsmaßnahmen für bedrohte Gebäude; Rettung Verletzter und unmittelbare Erste-Hilfe-Leistung; Überwachung der Evakuierung und Verteilung der Verletzten auf die Krankenhäuser; Versorgung der Überlebenden und der Helfer am Einsatzort; Informationsweitergabe für die Öffentlichkeit. Es folgt eine Schilderung der Zuständigkeit der verschiedensten Verwaltungsbeamten im Rahmen des Katastrophenplanes. Besonders die Mitglieder des Stadtrates übernehmen bestimmte Aufgaben.

DAI  
Bonn-Bad Godesberg, Nr. 1/74

### **Umweltschutz und Denkmalpflege**

Das Problem des Kulturgüterschutzes hat — seitdem der Wert eines geregelten Umweltschutzes erkannt wurde — eine neue Variante bekommen. Mit dieser Variante, bei der es auch um die Erhaltung wertvoller Kulturgüter geht, beschäftigt sich in der Deutschen Architekten- und Ingenieur-Zeitschrift Dipl.-Ing. Veit.

Veit untersucht die Aspekte der Erhaltung von Kulturdenkmälern, die in unserer Kulturlandschaft einen unverzichtbaren Bestandteil ausmachen. Er möchte über einen eventuell gegebenen wirtschaftlichen Nutzeffekt hinaus auch die positive Auswirkung solcher Kulturdenkmäler auf den Menschen im geistig-seelischen Bereich gewürdigt wissen. Drei Werte untersucht er: Den Gestalt- und Ausdruckswert; den Bildungs- und Informationswert — und den Gesundheitswert.

Wer aber Maßnahmen zur Behebung des gegebenen kulturellen Notstandes einleiten oder unterstützen will, bedarf zunächst selbst der Kenntnis und der Einsicht — beide können nur aus der Bildung, hier als Grundlage des Wissens zu verstehen, erwachsen.

Aus der Erkenntnis aber wird gleichzeitig die innere Verpflichtung zur Bewahrung entspringen.

Deutsches Rotes Kreuz  
Bonn, Heft 6/73

### **Gefahr abwehren – in Krieg und Frieden**

Der Artikel in der Hauszeitschrift des DRK gibt eine Zusammenfassung über die Entwicklung der Zivilschutzmaßnahmen in der Bundesrepublik und die Maßnahmen, die das DRK in diesem Zusammenhang durchgeführt hat. Die Tatsache, daß das DRK seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, im Katastrophenschutz mitzuwirken, wird aus der Entwicklung in der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg hergeleitet. Nach dem verlorenen Kriege waren durch die Besatzungsmächte auf dem Erlaßwege alle bis dahin im Lande bestehenden Luftschutz-

maßnahmen verboten worden; bestehende Einrichtungen dieser Art mußten beseitigt werden. Nach seiner Neugründung im Jahre 1950 versuchte das DRK die bestehende Schutzlosigkeit von Zivilpersonen in der Bundesrepublik, die sich im Falle eines Krieges katastrophal auswirken mußte, dadurch zu beseitigen, daß die Bundesregierung zu Maßnahmen dieser Art angeregt wurde.

Der Beitrag in der Fachzeitschrift schildert — über mehrere Folgen hinweg — die dann einsetzende Entwicklung der Zivilschutzmaßnahmen in der BRD — vorzugsweise natürlich aus der Sicht des DRK gesehen. Ausführlich werden auch die sich aus dem Nebeneinander verschiedener Organisationen sich ergebenden Schwierigkeiten geschildert.

brand aus  
Wien, Nr. 1/1974

### **Richtlinien zur Aufstellung von Katastrophenschutzplänen**

Nach dem Gesetz über die Katastrophenhilfe in Niederösterreich wurden jetzt einheitliche Richtlinien zur Aufstellung der Katastrophenschutzpläne für Gemeindegebiete, politische Bezirke und für das Landgebiet in Niederösterreich bekanntgegeben.

Die österreichische Feuerwehr-Fachzeitschrift bringt den vollen Wortlaut dieser Bekanntmachung. Zielsetzung der Richtlinien soll die optimale Erfüllung der Maßnahmen der Katastrophenhilfe sein. Die Richtlinien sind als Planungsunterlagen für die konkreten Entscheidungen der Gemeinden, Bezirksverwaltungsbehörden und der Landesregierung vorgesehen. Diese Entscheidungen sollen eine auf vollen Erfolg hinzielende Realisierung der Katastrophenhilfe gewährleisten. Übungen und daraus resultierende Einsatzerfahrungen ermöglichen die notwendige Kontrolle.

Der volle Text der Richtlinien ist für alle Personen, die mit der Aufgabe des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik betraut sind, sicher von erheblichem Interesse — zumal ein bis in alle Einzelheiten gehender Katalog kein wichtiges Gebiet der öffentlichen Versorgung ausläßt.

## Herz-Lungen-Rettungsgerät

In vielen Fällen von plötzlichem Herzstillstand ist die schnelle Einleitung von Wiederbelebungsmaßnahmen von lebenserhaltender Bedeutung. Die Aufrechterhaltung eines Notkreislaufes mit gleichzeitiger künstlicher Beatmung ist die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiederbelebung. Das hier gezeigte Herz-Lungen-Rettungsgerät führt automatisch externe Herzmassage mit gleichzeitiger synchronisierter Sauerstoffbeatmung durch. Es eignet sich daher vorzüglich für den Einsatz bei Notfällen, in denen typische Symptome auf Kreislaufstillstand hinweisen, z. B. nach Elektrounfall. Die erforderlichen Wiederbelebungsmaßnahmen führt das Gerät auch über längere Zeiträume

Das Herz-Lungen-Rettungsgerät ist eine pneumatisch arbeitende Einheit, deren Versorgung im mobilen Einsatz aus zwei Sauerstoffflaschen, die sich in einem Traggestell befinden, bei stationärer Verwendung aus einer zentralen Sauerstoffversorgung (Sauerstoffdruck zwischen 3,5 und 6,3 atü) erfolgt. Zum Transport befindet sich das Gerät in einem robusten Kunststoffkoffer, dessen Unterteil als starres Schulterbett für den Patienten ausgebildet ist. Mit wenigen Handgriffen kann der Brustkompressor durch Gurte an diesem Schulterbett befestigt werden; hierdurch ist gleichzeitig der Patient fest mit dem Gerät verbunden und kann während der Behandlung, z. B. im Ambulanzwagen, transportiert werden.

Sind im Notfall bereits manuelle Wiederbelebungsmaßnahmen eingeleitet worden, kann nach Eintreffen des Gerätes am Unfallort der Patient innerhalb weniger Sekunden an die Wiederbelebungseinheit angeschlossen werden, so daß eine gefährliche längere Unterbrechung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Blutkreislauf und Atmung vermieden wird. Die Herzmassage wird mechanisch durch einen Brustkompressor bewirkt, der mit einstellbarem Druck (bis zu 56 kp/Stoß) 60 Kompressionen in der Minute durchführt. Nach jeder 5. Brustkompression erfolgt über eine



konsequenter und präziser durch, als das manuell geschehen könnte: Die Überlebenschancen eines Patienten werden hierdurch beträchtlich erhöht.

mit dem Gerät verbundene Sauerstoffmaske oder einen Trachealtubus automatisch eine Beatmungsphase. Das Beatmungsvolumen ist regulierbar zwischen 0 und 1500 cm<sup>3</sup>.

## Löschmittel ohne Rückstände

In den letzten Jahren haben Halone als Löschmittel wieder größere Bedeutung gewonnen. Halon-Feuerlöscher werden vorzugsweise eingesetzt bei EDV-Anlagen, Trafo- und Schaltstationen, Anlagen und Einrichtungen der feinmechanischen Industrie, Flugzeugkabinen, Triebwerken, hochempfindlichen Steuerungsanlagen und Rechenzentren. Besonders temperaturempfindlichen Anlagen kommt die geringe Verdampfungswärme dieses Löschmittels zugute, so daß die Gefahr einer Unterkühlung kaum gegeben ist. Unter dem Sammelnamen „Halone“ werden die zu der Gruppe der Halogenkohlenwasserstoffe gehörenden Verbindungen zusammengefaßt. Als Löschmittel eignen sie sich überall dort, wo eine Verschmutzung des Löschgutes durch Löschmittlrückstände vermieden werden muß. Besonders groß ist ihre Löschwirksamkeit bei Bränden der Brandklassen B und E. Sie zeigen aber auch in der Brandklasse C noch gute Wirkungen. Halone besitzen nach wie vor einen nicht ungefährlichen Grad von Giftigkeit. Sie sollten keinesfalls in schlecht belüfteten Räumen benutzt werden.

## Universal-Seilzug

Auf dem Markt gibt es jetzt den Universal-Seilzug, der für drei verschiedene Zuglasten, nämlich für 750, 1500 und 3000 kg gefertigt wird. Das Drahtseil kann in unbegrenzter Länge verwendet werden und wird durch den Seilzug hindurchgezogen. Durch die Einsicherung von Drahtseilblöcken läßt sich die Leistung entsprechend erhöhen. Das Drahtseil kann auch unbelastet durch den Seilzug gezogen werden, um schnell die geeignete Arbeitsstellung zu erreichen. Selbstverständlich wird die Last in jeder Stellung sicher und fest gehalten. Als Zubehör werden Seilhaspeln, Boxen, Drahtseilkloben und Drahtseilstropfs geliefert.

## Hinweis

Namen und Anschriften der Hersteller oder Lieferanten der auf dieser Seite beschriebenen Geräte oder Mittel können bei der Redaktion ZS-MAGAZIN, 5 Köln 41, Eupener Straße 74, Tel.: 49 50 71, erfragt werden.

### **Empfehlenswerte Hand- und Taschenbücher**

**5 Jahre Notstandsgesetzgebung  
— Eine Zwischenbilanz —  
Von Wolfgang Beßlich  
Osang Verlag, Bad Honnef  
DM 4,80**

Diese als Heft 3 der Schriftenreihe „Beiträge für die zivile Verteidigung“ herausgegebene Broschüre stellt dar, welcher Stand der zivilen Verteidigung erreicht wurde. Beßlich nimmt dabei eine Dreiteilung vor: Er zeigt auf, was bis 1968 erreicht wurde; was durch die Notstandsgesetzgebung 1968 erreicht wurde; was seitdem erreicht werden konnte. Der Verfasser versäumt nicht, auch auf die noch vorhandenen Lücken hinzuweisen.

**Die kranke Umwelt  
Osang Verlag, Bad Honnef  
DM 8,80**

Eine Broschüre, die sich mit der Wiedergewinnung des ökologischen Gleichgewichtes beschäftigt und Beiträge von Innenminister Genscher, Landwirtschaftsminister Ertl, dem durch das Fernsehen bekannten Horst Stern und vielen anderen Verfassern bringt.

### **Die politischen Probleme der Dritten Welt**

**Herausgegeben von Dirk Berg-  
Schlosser,  
Hoffmann und Campe Verlag,  
Hamburg  
DM 28,—**

International bekannte Fachleute schreiben über Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe, über die inneren Schwierigkeiten und Probleme der jungen Staaten in der Dritten Welt und ihre zwiespältigen Beziehungen zu den Industrieländern. Nach „Problemkreisen“ gegliedert, behandelt der Band: das Problem der nationalen Integration; das Problem der politischen Teilnahme der Bevölkerung; das Problem der Legitimität des politischen Systems;

das Problem der Leistungsfähigkeit politischer Systeme; das Problem der starren Sozialstrukturen, die notwendige Reformen verhindern; das Problem der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer. Die Autoren sind in der Mehrzahl bekannte Soziologen aus USA, die hier zum Teil schon ältere Arbeiten erstmals in deutscher Sprache veröffentlichen. Aber auch Politiker kommen zu Wort: Kwame Nkrumah, einstiger Präsident von Ghana, schreibt über die „Instrumente des Neokolonialismus“, und Bundesminister Erhard Eppler stellt die Frage: „Deutsche Entwicklungspolitik — Neokolonialismus?“ In den einzelnen Beiträgen werden sehr unterschiedliche und manchmal gegensätzliche Auffassungen vertreten.

### **Jetzt kann ich sprechen**

**Von Ludek Pachmann  
Walter Rau Verlag, Düsseldorf  
Leinen DM 32,—**

Der Verfasser — Journalist und international bekannter Schachgroßmeister — emigrierte im Jahre 1972 aus seiner Heimat in die Bundesrepublik.

Er wurde durch sein mutiges und selbstloses Auftreten gegen die sowjetischen Okkupanten im Jahre 1968 weit über die Schachwelt hinaus bekannt. Pachmanns Buch ist gewissermaßen die Darstellung eines eigenen Lebensabschnittes — umgesetzt gleichzeitig die Darstellung eines Schicksalsabschnittes seines Landes.

Diese Geschehnisse, aus der Feder eines Mannes, der alles am eigenen Leibe erlebt hat, dargestellt, zu lesen, ist etwas anderes, als sie nur politisch oder agitatorisch aufgezümt zu lesen.

Menschlich packend sein „Vorwort“ — ein Brief an Angela Davis in den USA: „Ich wurde zum ersten Mal in meinem Leben eingesperrt, weil mir die deutsche Okkupation entschieden mißfiel, zum zweiten Mal, weil ich es für nötig fand, meine Meinung zu einem Akt zu äußern, den man nicht als Okkupation bezeichnen darf . . .“

### **Der farbige Ploetz**

**Illustrierte Weltgeschichte  
Verlag Ploetz KG, Freiburg/Würzburg  
82 Farbtafeln und 470 Abbildungen im  
Text — Leinen DM 49,50**

Der „altbewährte“ Ploetz, der seit vielen Jahrzehnten umfassend über Geschichte und Zeitgeschehen

informierte — dabei in ständig bearbeiteten Neuauflagen auf den aktuellsten Stand gebracht —, hat eine neue Dimension erobert. Neben Daten und Fakten im Text tritt erstmalig die zusätzliche Information durch das Bild.

Der farbige Ploetz — Illustrierte Weltgeschichte — will mit seinen zahlreichen Abbildungen im Text, den Farbtafeln, Karten und graphischen Darstellungen eine ergänzende Information bieten. Bei der Bildauswahl sind besonders Kunst und Kultur, in der neueren und neuesten Geschichte außerdem Wirtschaft und Gesellschaft berücksichtigt. Die seit vielen Jahren bewährte Darstellungsform im „Ploetz-System“, mit herausgestellten Jahreszahlen, das ausführliche Inhaltsverzeichnis und das umfangreiche Personen- und Sachregister mit mehr als 15 000 Stichwörtern machen die Darstellung der Weltgeschichte bei aller Stofffülle dennoch übersichtlich und ermöglichen eine rasche Einzelinformation.

### **Europa — Herr im eigenen Haus**

**Von Franz Schnell  
Carl Heymanns Verlag KG,  
Köln — Berlin — Bonn — München  
Kartonierte DM 17,—**

Der Gedanke, der sich politisch denkenden Europäern aufdrängt, einmal könnten sich möglicherweise die Weltmächte USA und UdSSR bei der Abstimmung ihrer Interessen einfach über die Interessen der europäischen Staaten hinwegsetzen, hat nach dem Zusammentreffen von Nixon und Breschnew starke Beunruhigung ausgelöst.

Salvador de Madariaga beispielsweise ist davon überzeugt, daß in der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ in Helsinki bereits feste Fäden gesponnen wurden, um das geteilte Europa sanft zu entmündigen.

Die Gemeinschaft der neun europäischen Staaten steht deshalb vor einer unausweichlichen Entscheidung: Soll sie eine eigene weltpolitische Rolle übernehmen — oder soll sie letztlich Juniorenpartner der USA bleiben.

Die Vorgänge in Brüssel — der provisorischen europäischen Hauptstadt — werden damit für den politisch Interessierten von noch größerer Bedeutung. Franz Schnell macht in seinem Buch mit Sachbuchverstand und in pointierten Stellungnahmen das anonyme Europa der Technokraten sichtbar.